DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 1 34 02

77 8. JAHRGANG Februar '91 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

COMPUTER ALS SPIRTUELLE WESEN

Nachtrag zum Schwerpunkt »Computerwelt« (CONTRASTE, November '90): Neben einer Kritik der Überwachungsmöglichkeiten, die eine allseits einsetzbare Computertechnologie schafft, ist es uns wichtig, diese Technologie grundsätzlich in Frage zu stellen. In immer größeren Kreisen der Szene ist eine zunehmende Technologiegläubigkeit festzustellen, mitunter scheinen die Möglichkeiten der Information und Vernetzung wichtiger zu sein als die Inhalte, die damit transportiert werden. Der folgende Beitrag beleuchtet die – erstmal lächerlich wirkenden – Auswüchse der Computermanie in der New-Age-Gemeinde. Das Lachen bleibt aber schnell im Hals stecken, wenn die Gefahren einer Computerhierachie und die Folgen der Chipsproduktion für Mensch und Umwelt deutlich werden. Wir wünschen uns eine Diskussion über unseren Umgang mit der Computertechnologie, die auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Weg und Ziel beinhaltet. (Elisabeth Voß, Redaktion »Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften«)
Siehe Seite 11.

VERNETZUNG

Die Landtagswahlen in Hessen mit dem Ergebnis einer rot-grünen Mehrheit haben die politischen Rahmenbedingungen für den Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen (VSBH) vorteihaft gewendet. Jedoch leistet der Verband auch unabhängig davon seit nunmehr 7 Jahren eine wichtige Arbeit als Selbstverwaltungsorganisation. Nach wie vor bleibt die Vernetzung eine unverzichtbare Basis für Selbstverwaltung als politische Kraft.
Der VSBH hat sich für die Zukunft, in seiner Konzeption für 1991/92, eine Menge vorgenommen.
Näheres siehe Seite 7.

ÖKOFONDS

Eine der Folgen der Abwahl der GRÜNEN aus dem Bundestag ist natürlich die verschlechterte Finanzlage – können sich die GRÜNEN den »Luxus« der Ökofonds überhaupt noch leisten? – Sie sind wichtiger denn je, meint Arnd Grewer in seinem Beitrag »Haben die Ökofonds noch eine Zukunft?«
Wollen die Grünen ihre Basis nicht ganz verlieren, ist der Kontakt über die Ökofonds zu den politischen Projekten und Gruppen von besonderer Bedeutung. Nicht nur die finanzielle Unterstützung, sondern auch die Diskussion und Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten Initiativen spielen dabei eine Rolle.
Ein Beitrag auf Seite 5.

ÖKOBANK

Vielfach wurde die Wahlordnung zur VertreterInnen- und Vertreterversammlung der Ökobank bei den ersten Wahlen als undemokratisch kritisiert. Daher sollen nun die Mitglieder über einen neuen Wahlmodus entscheiden.
Doch dieses Unternehmen ist schwieriger, als es auf den ersten Blick scheinen mag...
Siehe Seite 13.

AUSSERDEM

- »Zwischen Individualismus und kollektiver Orientierung«
  Ein Bericht über die Produktivgenossenschaft Grünspecht auf Seite 12.
- »Gespräche über Bäume mit Joseph Beuys«
  Eine Buchvorstellung auf Seite 10.
- »Die Konjunkturkrisen«
  Das verflixte Geld, 14. Folge auf Seite 14.

GOLFKRIEG

Den Weltkrieg verhindern – aber wie?

Die Horrorszenarien wurden Wirklichkeit: Sterbende Menschen – brennende Städte – gigantische Vernichtung von Leben und seinen Grundlagen. Gegen den Automatismus eines Showdowns von Mord und Todschlag steht die Wut, aber auch die Ohnmacht der rasch wachsenden Protestbewegung. Wird dieser Weltenbrand noch zu löschen sein?

Von Kurt Regenauer, Redaktion Nürnberg ● „...hinterher wird mit Sicherheit nichts mehr so sein, wie es vorher war.", schlußfolgerte das Heidelberger Palästina-Komitee noch in der vergangenen Ausgabe der CONTRASTE zur Gefahr des Golfkrieges. Heute ist dieses „hinterher" noch längst nicht erreicht. Dennoch haben bereits die ersten Kriegswochen so manche alptraumhafte Vision übertroffen.

In diesem schmutzigen Krieg kann es nur Verlierer geben. Ob er, wie es Zukunftsforscher Robert Junkg annimmt, wirklich als „Anfang vom Ende", als irreversible Weichenstellung zum endgültigen Untergang von Mensch und Natur anzusehen ist oder nicht, beschäftigt uns dabei zunächst einmal eher am Rande. Noch leben wir ja...

Verliererin in diesen ersten Kriegswochen ist natürlich zunächst einmal die Zivilbevölkerung im Irak und in Kuwait, die nach jahrzehntelanger Unterdrückung durch feudale Regimes und einen terroristischen Diktator, nach bisherigem Leid und bisherigem Krieg das gesamte Vernichtungspotential westlicher Militärmacht kennenlernt. Sofern sie es überlebt.

Auf Jahre verloren hat des weiteren bereits mit Kriegsbeginn *die Sache der Palästinenser und Kurden. Die Entscheidung der* USA für Krieg bedeutet bedingungsloses Festhalten an einem Sicherheitskonzept, das nach dem erwarteten Kriegsausgang Israel und der Türkei alle Mittel in die Hand geben wird, *ihre Vormachtstellung auszubauen. Menschenrechtsverletzungen* und UNO-Beschlüsse werden *dann keine Rolle* mehr spielen.

Verlieren werden sie jedoch letztendlich alle, denn auch ein militärischer Sieg kann die Supermacht USA wohl kaum ökonomisch sanieren. Neue Krisen und Konfliktherde sind nurmehr vorprogrammiert...

Die Friedensbewegung wird sich damit vor Ort, hier in Deutschland auseinanderzusetzen haben. Auch durch noch so große Massendemonstrationen oder gar Welturabstimmungen wird es keinen schnellen Frieden geben. Der Widerstand muß alle erdenklichen Formen einnehmen und darf nicht erlahmen.

Zu einem „Antiamerikanismus" darf sich dabei ein gesundes Maß an „Antigermanismus" gesellen. Die deutschen Waffen, die in diesem Krieg an allen Fronten stehen, verweisen nur darauf, daß der ökonomische Riese sich auf seine künftige militärische Rolle vorbereitet.

Der beste Schutz vor Senfgas sind nämlich weder Gasmasken noch Antiraketen-Raketen, mit denen nun auch noch die letzte der betroffenen Parteien von deutscher Seite ausgerüstet wird, sondern, daß das Gas gar nicht erst produziert wird. Der Widerstand gegen den drohenden Weltkrieg sollte sich daher zu einem Widerstand gegen jede erdenkliche Form der Waffen- und Kriegsproduktion ausweiten. ●

Foto: Veit Mette

Beiträge zum Golfkrieg: Angelika Koch von der Lernwerkstatt Niederstadtfeld »**Golfkrieg – Weltkrieg – Krieg gegen die Welt**« und der Aufruf der Frauenaktion Schehezerade »**Ja oder Nein zu diesem Krieg – Welturabstimmung jetzt!**« auf Seite 2 · Ein Interview mit Vertretern der »Gruppe irakischer Demokraten«, dem Zusammenschluß eines großen Teils der irakischen Oppositionellen in Berlin auf den Seiten 3/4 · In letzter Minute erreichte uns ein gemeinsamer Aufruf der Verbraucherinitiative Bonn, dem NETZ für Selbstverwaltung & Selbstorganisation NRW und dem Ökofonds der GRÜNEN NRW, den wir auf Seite 9 dokumentieren. Wir bitten Euch um Verständnis dafür, daß aus Platzgründen auf den Seiten 8/9, auf denen sich auch der Beitrag von Fritz Vilmar »**Kommune aufbauen – vom Kibbuz lernen**« befindet, durch das herausnehmen der Fotos zu einer »Bleiwüste« wurde.

P 8008 E

00.3637 001 157 ##
Wolfgang Beywl
Bonnstr.84
D-5040 Brühl

THEORIE UND PRAXIS ALTERNATIVER LEBENSGEMEINSCHAFTEN

Kommune aufbauen – vom Kibbuz lernen

Schritte zur Verwirklichung eines alternativen Sozialismuskonzepts

Fritz Vilmar, Redaktion Heidelberg ● Vor kurzem ist die Entstehungsgeschichte des Kibbuz Hasorea als „Oral-history" veröffentlicht worden – „ein überaus eindrucksvolles, selbst unsere kühnsten und erfolgreichsten Alternativprojekte weit in den Schatten stellendes Lehrstück der Verwirklichung einer Utopie junger deutscher Juden, denen es gelang, ihre Gemeinschaftsideale gegen gewaltige Widerstände in die Tat umzusetzen."(1)

Nach über einem Jahrzehnt der theoretischen Studien, in Kooperation mit Kibbuz-Experten in Israel, der praktischen Erkundung und der Arbeit als „volunteer" in einem Kibbuz hat die Arbeit an der zitierten Oral-history über Hasorea den letzten Anstoß gegeben, intensiver der Frage nachzugehen, auf welche Weise das Modell des Kibbuz zur Neuorientierung sozialistischer Theorie und Praxis im Sinne einer weniger staatsorientierten, mehr auf Selbstorganisation und autonome Gestaltung vertrauende Politik beitragen könnte. Das folgende ist die Zusammenfassung einer auf solche autonome Veränderungsstrategien abzielenden Ausarbeitung.(2)

Das existenzielle Defizit in der sozialistischen Theorie und Praxis

Es ist gut, daß nach Jahren fast völligen Schweigens (Totschweigens?) über den Kibbuz wieder Analysen erschienen sind; Bartölke, Heinsohn und auch Melzer/Neubauer und Busch-Lüty(3) haben sich da verdient gemacht. Michael Weidinger hat 1982 die langen Tonbandprotokolle meiner Gespräche mit Kibbuznikim über Wesen und Wandel des Kibbuz zum Teil übersetzt und in einem großen Text gemeinsam mit mir systematisiert(4) sowie ihre wichtigsten Aussagen mit Helmut Brüggemann zusammenfassend dargestellt; schon damals stellten wir, über pure Analysen hinausgehend, die Frage: „Ist der Kibbuz ein alternatives Sozialismusmodell?"(5) Diese Frage muß inzwischen nicht nur ungeduldiger gestellt, sie muß auch angegangen werden. Die vorliegende Kibbuz-Literatur bleibt akademisch distanziert, wenn sie sich nicht zur Vermittlung aktueller linker Lernprozesse weiterentwickelt. Viele der bei uns publizierten Kibbuz-Berichte lesen sich als Reiseberichte wie der von 1516 über die „Insula Utopia". Wobei der Unterschied immerhin der ist, daß unsere heutigen Thomas Morusse auf wirklich existierende klassenlose Inseln in der Klassengesellschaft verweisen können, auf denen ein – angeblich freilich einmaliges – politisches Klima und solidarisches, ja kommunistisches Miteinanderleben hervorgebracht wurde.

Über solche Betrachterhaltung dem Kibbuz gegenüber gilt es nun hinauszukommen. Was freilich in der Tat nur von denen geleistet werden kann, die Heinsohns links-existenzielle Gretchenfrage „Wer will eigentlich Sozialismus?"(6) für sich und eine Gruppe Gleichgesinnter positiv beantworten können. Wir können an dieser Stelle nicht ins Detail der zentralen, provozierenden Kritik der Linken und ihrer Theorieproduktion gehen, die Gunnar Heinsohns höchst berechtigte Frage impliziert. Aber wir wollen doch wenigstens den Tatbestand und die überfällige Revision dieses falschen linken Seins und Bewußtseins beim Namen nennen. Heinsohns Frage lautet ja, konkret, zugespitzt formuliert: Warum beginnen so wenig Linke hier und jetzt selbst mit egalitären, kooperativen – eben: sozialistischen – Lebensformen? Vom alt- und parteimarxistischen „revolutionären Attentismus" (Groh), der alle genossenschaftlichen Versuche, „Inseln" im Kapitalismus zu schaffen, als verderblichen Idealismus abtat, bis hin zur Negativen Dialektik der Frankfurter Schule, wonach es „in der schlechten Gesellschaft nichts Gutes" geben könne, zieht sich eine fatale Kette soziologistischer Rechtfertigungen des existenziellen Nichtstuns durch linke Theorieproduktion und Praxis, eine bequeme Selbstbeschränkung auf Negation: Ablehnung des bestehenden Systems und Geringschätzung des „Sozialdemokratismus" kleiner Reformschritte, ohne dem das Mindeste alternativ gegenüberstellen zu können außer der nun in der Tat illusionären Hoffnung auf den revolutionären Umschlag des „Ganzen". Die Reformschritte der Sozialdemokraten aber blieben weitgehend auf den Handlungsrahmen des Parlamentarismus beschränkt.

Fortsetzung auf Seite 8

KRIEG UM FRIEDEN ?

Golfkrieg – Weltkrieg – Krieg gegen die Welt

„Krieg um Frieden" lautet der Titel der jüngsten Spiegel-Ausgabe. Die Absurdität dieses gedanklichen Salto mortale können wir bestenfalls ahnen, denn die Bilder, die wir per Fernseher frei Haus geliefert bekommen, sprechen nur vom hartgesottenen Abenteurer, der das Böse bekämpft – und natürlich siegt. Eine Mischung aus Zigarettenreklame, James Bond und Raumschiff Enterprise – Bilder, die in ihrer Aussage schon längst alte Bekannte sind, nicht mehr wachrütteln.

Angelika Koch, Lernwerkstatt Niederstadtfeld ● „Das Entsetzen über den Krieg hilft nicht aus dem Dilemma", schreibt Soziologie-Professor Karl Otto Hondrich in einem Essay in eben jener Spiegel-Ausgabe. Der Krieg sei ein Lehrmeister, und die Europäer hätten eben zu lernen, daß sie „zur Dominanz verurteilt" seien. Auf diese Idee kann man wohl nur kommen, wenn das Entsetzen verdrängt wird. Was sollten wir denn noch dominieren, wenn – wie ein anderer Spiegel-Artikel über die klimatischen Auswirkungen eines Brandes der kuwaitischen Ölquellen belegt – die nördliche Hemisphäre in einer Sintflut von Rußpartikeln erstickt? Nur spärlich und in den meisten Medien kaum beachtet, sickern Informationen durch, fast nebenbei, daß die irakischen Atomreaktoren zurstört sind, daß die Iraker mit der Sprengung der kuwaitischen Ölanlagen begonnen haben, daß der Irak mit Benzinbomben zestört wird, die in ihrer Wirkung mit der Atombombe von Hiroshima vergleichbar sind.

Krieg der Moderne gegen das Mittelalter

Die wesentlichsten Geschehnisse dieses Krieges werden also der Öffentlichkeit verheimlicht, um zu vermeiden, daß sich die Bevölkerung der beteiligten Industrienationen gegen die eigene Strategie wendet, „unser Öl" unter dem freien Zugriff der westlichen Länder zu halten. Das Entsetzen über die Wirklichkeit könnte ein Anstoß sein, die westliche Philospohie in Frage zu stellen, die besagt, daß der Rest der Welt Rohstoff ist für das Projekt der Moderne. Längst schon ist der Golfkrieg ein Weltkrieg – „moderner", rationeller, technisch perfekter als die beiden vorigen. Neu ist jedoch, daß die verfeindeten Parteien nicht mehr „Brüder" sind, nicht mehr Angehörige ein- und derselben Kultur, im weitesten Sinne. Die Moderne führt Krieg gegen das Mittelalter, das Säkulare gegen das Religiöse. Nur scheinbar widerspricht dieser Interpretation die Tatsache, daß es um nüchterne Ökonomie geht, um die Sicherung des Zugriffs der Industrienationen auf den Rohstoff Öl einerseits und den Versuch, ein bankrottes Staatswesen per Annektion zu sanieren andererseits. Daß es nicht um „freedom and democracy" geht, ist jedenfalls klar, denn dieses Modell ist dem arabischen Kulturkreis insofern fremd, als zum Beispiel auch das kuwaitische Herrscherhaus, installiert von den abziehenden Kolonialmächten, ein Feudalsystem repräsentierte, eine personale Bindung einer Bevölkerung an ihren Herrscher. Auf der rein politischen Ebene ist lediglich die Spitze der Hierarchie ausgetauscht worden, von daher also kaum ein Grund, einen Krieg vom Zaun zu brechen, der die ganze Welt in Mitleidenschaft ziehen kann. Es hätte den westlichen Industrieländern schließlich gleichgültig sein können, wer ihnen das Öl verkauft.

Die Motivation dieses Konfliktes, die brutale Wucht der Auseinandersetzungen liegt tiefer, tiefer wohl auch als die Annahme des amerikanischen Psychohistorikers Lloyd de Mause, Hussein und Bush verarbeiteten auf diese Weise frühkindliche Traumata. Vielmehr erscheint es plausibel, daß nach dem Versickern des Ost-West-Konfliktes (daß selbst der blutige Einmarsch sowjetischer Truppen in die baltischen Republiken im Westen nur Bedauern, Besorgnis und leise Mahnungen hervorruft, belegt sehr deutlich, daß diese geschichtliche Dimension mehr oder weniger abgearbeitet ist ein neuer Typ des Konfliktes entstanden ist, die kriegerische Verschärfung des Nord-Süd-Gefälles: saturierte und hochindustrialisierte Gesellschaften gegen die wirtschaftlich unterentwickelten Länder, die ihre innere Stabilität nicht durch materiellen Wohlstand erhalten, sondern durch immaterielle Verheißungen religiöser Vorstellungen. In Krisensituationen tendieren diese immer in Richtung Fundamentalismus und erhöhter Gewaltbereitschaft, weil in ihnen die materielle Daseinsebene – vielleicht aus purer Not – ungleich geringere Bedeutung hat.

Hemmungslose Zerstörung und Ausbeutung

Auf einer endlichen Erde gibt es keinen Wohlstand für alle, jedenfalls nicht auf dem Level, den das Abendland modellhaft vorlebt. Unsere Überentwicklung lebt von der Unterentwicklung anderer Völker, vor allen Dingen davon, daß in der „Peripherie", wie die sogenannte Dritte Welt nicht weniger zynisch bezeichnet wird, in ungebremster Feindschaft gegen die Natur „Rohstoffe" geplündert werden. Auf Dauer läßt es sich nicht vertuschen, daß unser ganzes Projekt der Moderne nur auf der hemmungslosen Zerstörung und Ausbeutung der restlichen Welt beruht. Aus jeglicher spirituellen Ethik entlassen erscheint es den Industrienationen selbstverständlich, den Zugriff zu haben auf alles, was unser Planet an Lebens-Mitteln hervorbringt. Alles wird Material, denkbar allein in Größen der Nutzung. Der Protest gegen dieses Denken ist es, was das Rückgrat des islamischen Fundamentalismus bildet. Es griffe viel zu kurz, sähe man Husseins ständigen Rekurs auf den Djihad, den „heiligen" Krieg, nur als Propagandatrick zur Irreführung analphabetischer Volksmassen. Wir müssen davon ausgehen, daß sie mittlerweile wissen, daß wir ihnen durch unsere Lebensart die ihre zerstören. Wir sind daran beteiligt, in unseren alltäglichen Handlungen: unsere Normalität ist der Wahnsinn, und in diesem System kann es gar nichts anderes geben als „Blut für Öl". Wir müssen noch viel größerem Entsetzen begegnen als dem, das verursacht wird durch den Gedanken an den Tod von unzähligen unschuldigen Opfern. Es ist entsetzlich, was wir tagtäglich an Zerstörung unserem Planeten zumuten, mit all den kleinen Selbstverständlichkeiten, die unsere Normalität ausmachen (bis hin zu der, mit dem Auto zu Demonstrationen unter dem Motto „Kein Blut für Öl!" zu fahren, so notwendig die auch sind, um überhaupt etwas zu bewegen).

Doch ist nun das Gegenprojekt besser, etwa sogar eine Lösung der globalen Katastrophen, die sich ankündigen? Losgelöst vom persönlichen Wahnwitz eines Saddam Hussein – woraus wird ein Denken gespeist, das ernsthaft damit droht, dem Rest der Welt – für ihn der Satan – den Untergang zu bescheren und selbst als Märtyrer im Jenseits Seligkeit zu finden? Gott allein weiß, Gott allein befiehlt, Gott allein besitzt – Kernsätze islamischen Glaubens, krasser Gegensatz zum „anything goes" der westlichen Weise, in der Welt zu sein. Doch welche Gottesvorstellung verbirgt sich dahinter? Ein Vater, das ist klar, männlich bis ins Mark. Doch er hat keinen Platz im Leben, nur außerhalb. Unerreichbar, unergründlich, sich selbst genug, in keinem Austausch mit der Welt, sondern Einbahnstraße, linear und hierarchisch. Deutlicher noch als im Christentum wird hier eine Feindseligkeit gegen alles Kreatürliche. Die Welt wird nicht als „maya" fast augenzwinkernd hingenommen, sie wird nicht geliebt, nicht erlöst; ihr wird befohlen, sie ist Besitz, sie ist dumm. Liebe, Erlösung, Lachen gibt es erst nach dem Tod; erst da hat das Realität. Das Bild eines Gottes, der sich hermetisch verschanzt hat – das Bild eines waffenstarrenden Kämpfers gegen das, was er für böse hält.

Krieg gegen die Welt

Beide Projekte sind tödlich, die Moderne mit ihrem marktschreierischen und ausbeuterischen Materialismus und der Fundamentalismus mit seiner paranoiden Weltablehnung. Insofern ist Krieg durchaus eine „angemessene Dialog form", **die zeigt, daß es eigentlich ein Krieg gegen die Welt ist.** Anders ist auch nicht zu erklären, mit welch inbrünstiger Zerstörungswut ans „Werk" gegangen wird. Jedem Laien, jedem Kind ist klar, daß nur eine verwüstete Erde, auf der kein Leben mehr möglich ist, bei diesem Kampf der Giganten zurückbleiben kann.

Vielleicht gibt es noch ein Erwachen nach diesem Krieg, ein Erschrecken über die Folgen, die uns per Zensur derzeit vorenthalten werden. Doch diese „Mutter aller Schlachten", wie Hussein es zu nennen beliebt, wird nur ein Geplänkel sein, wenn der Menschheit auf Dauer nichts anderes einfällt als dieses projektive Nullsummenspiel (der Gewinn des einen ist der Verlust des anderen) konkurrierender Wahnvorstellungen.

Das Problem ist nicht vom Tisch, egal wer „gewinnt", sondern es wird uns so lange und mit zunehmender Schärfe verfolgen, bis wir eine Denkweise entwickelt haben, die aus dem double-bind des Nord-Süd-Konfliktes herausspringt.

Nun ist es leicht, satt und in einem geheizten Zimmer zu sitzen und an die Friedfertigkeit und Fantasie der Menschen zu appellieren. Es ist leicht, besonders als Frau, beiden kriegführenden Seiten todessüchtiges Machogehabe zu attestieren. Was ist wirklich zu tun – womit ich nicht sagen will, daß Antikriegsdemonstrationen pure Zeitverschwendung seien. Sie machen Sinn, motivieren, bringen in Kontakt und in Bewegung, machen aufmerksam und nachdenklich. Nur eins machen sie sicher nicht: dem Töten ein Ende.

Viel zu offensichtlich sind mittlerweile die Verbindungen zwischen dem, was am Golf geschieht, und unserer Lebensweise. Daran jedoch können wir etwas ändern. Zumindest unser eigenes Wahnsystem können wir verlassen, wenn wir auch das andere nicht aufbrechen können. Doch wahrscheinlich ist, daß in dem Moment, wo wir uns ändern, die anderen auch die Möglichkeit haben, sich zu ändern – und dann werden sie es auch tun.

Die ganzen Verhandlungen im Vorfeld des Krieges waren dominiert vom Beutestück Kuwait; haben oder nicht haben, das allein war die Frage. Niemand hat sich oder die Gegenseite jedoch nach den tieferen Beweggründen von Annektion und UNO-Beschluß gefragt, niemand hat die zugrundeliegenden Weltanschauungen hinterfragt. Der Okzident mit der Arroganz des Neureichen, der Orient mit dem Trotz des zu kurz gekommenen Kindes – da gibt es keinen Platz für die Einsicht, daß wir wohl oder übel miteinander auskommen müssen, denn wir haben ja nur die eine Welt.

„Chronik eines angkündigten Todes"?

Eine Möglichkeit wäre es, überhaupt erst in einen wirklichen Dialog der Menschen und nicht der Bomben zu gehen, eine Art globales Encounter, in dem die gegeseitigen Verletzungen Thema sind, die vernichteten Hoffnungen und geraubten Lebenschancen. In diesen Tagen wird klar, wie wenig wir eigentlich vom anderen wissen, selbst ohne Pressezensur. Was bringt Menschen dazu, sich lieber selbst umzubringen und vielleicht gar noch die ganze Welt dabei mitzureißen, als weiterzuleben wie bisher? Was haben wir ihnen angetan? Und uns selbst, der Natur?

Ein halbes Jahr hätten wir allein in diesem Falle Zeit gehabt, um diese Fragen zu stellen. Stattdessen ließen wir es laufen: Chronik eines angekündigten Todes. Und wogegen hätte ein wohlwollender Mensch auch protestieren sollen? Gegen einen „Verrückten", dem man doch irgendwie Einhalt gebieten muß? Gegen den eigenen Ölverbrauch? Gegen die „Völkergemeinschaft"? Bis „fünf vor zwölf" Schulterzucken allerorten, und erst allmählich kriecht in uns die Panik den Rücken hoch, wir könnten in einen Konflikt geraten sein, der nicht über Haben oder Nicht-Haben entscheidet, sonder über Haben oder Sein. ●

Anzeige

Dem Hunger entflieht man nicht mit den Füßen, sondern mit den Händen.
(Afrikanisches Sprichwort)

Deshalb unterstützen wir Selbsthilfeprojekte und Basisinitiativen in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Nähere Informationen erhalten Sie bei:
ASW
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61
BFG Berlin BLZ 100 101 11
Konto 555

ÜBERLEBENSSICHERUNG

Vom Schneeball zur Lawine

Diesen Aufruf bitte weitergeben! Weiterfaxen in alle Welt!

Die Frauenaktion Scheherazade hat sich aufgrund der schrecklichen Ereignisse am Golf spontan in und außerhalb der taz gebildet. Sie hofft deshalb auf die Frauen, weil diese resistenter sind gegen die männliche militärische Logik, die Kriege als „notwendig" oder gar „gerecht" und „heilig" ansieht. Ihre Idee ist die simple alte vom Schneeball, der zur Lawine werden kann. Sie bittet deshalb alle Frauen, die sich angesprochen fühlen, diesen Aufruf **in alle Welt** zu versenden, damit Medienwirbel und politischer Druck auf die UNO entsteht. Unterschriften in der Bundesrepublik reichen längst nicht aus. Wichtig sind vor allem Kontakte in die kriegführenden Länder. Für das allererste können Unterschriften bei der taz per Post oder Fax gesammelt werden, die Telefaxnummer ist: 030-251 6062, international 0049-30-251 6062, zu Händen von Scheherazade oder Ute Scheub. Die Frauenaktion Scheherazade ist jedoch kein fester organisatorischer Zusammenhang, sie hat weder ein BÜro noch Geld, deshalb muß sie auf spontane selbständige Unterstützungsformen von Frauen hoffen. Vor allem Frauen, die Kontakte zu „Prominenten" in aller Welt oder zu internationalen Frauenorganisationen und Netzwerken haben, bitten wir dringend um selbsttätige Unterstützung.

Frauenaktion Scheherazade
Spendenkonto: Berliner FrauenfrAKTION, Halina Bendkowski, Konto-Nr. 162399 9000, Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 100 101 11. Das eingehende Geld brauchen wir für einen Telefax und internationale Organisation.

Ja oder Nein zu diesem Krieg – Welturabstimmung jetzt!

Waffenstillstand sofort! Kein dritter Weltkrieg! Wir Frauen fordern, daß die Mehrheit dieser Welt zu Wort kommt!

Wir wissen, daß unser Gedanke utopisch und verrückt klingt – aber ein vom Golf ausgehender Weltkrieg ist millionenfach verrückter.

Wir wissen, daß es nicht die Herren Präsidenten und Generäle sein werden, die in ihren sicheren Befehlsbunkern den Tod finden werden. Sterben wird die den fürchterlichen Massenvernichtungsmitteln ausgesetzte Zivilbevölkerung.

Wir wissen, daß die Mehrheit der Menschheit und die Mehrheit in den kriegsbeteiligten Staaten einschließlich der arabischen Welt diesen grauenhaften und absurden Krieg nicht führen will. Nur haben diese Menschen keine Stimme, und ihre Stimmen werden nicht gezählt.

WIR FORDERN EINE WELTURABSTIMMUNG im Namen des Friedens, der Demokratie, der Menschenrechte und der Würde jedes und jeder einzelnen: JA ODER NEIN ZU DIESEM KRIEG. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand. Wir fordern, daß die UNO die Interpretation des Ultimatums an den Irak nicht den Militärs überläßt. Wenn die Waffen sprechen, darf die UNO nicht stumm werden. Wir fordern eine Durchführung dieser Urabstimmung durch internationale Gremien wie zum Beispiel UNESCO, UNICEF und WHO.

Jeder einzelne Mensch in dieser Welt muß in dieser Frage auf Leben und Tod angehört werden – dies ist unser natürlichstes und elementarstes demokratisches Recht! Unsere Stimme gegen die Sprache der Waffen!

Wir erklären schon jetzt, daß – solange dies nicht geschieht – wir unsere eigenen Mittel und Wege finden werden, diese Abstimmung in allen uns zugänglichen Ländern mit schnellen Mitteln zumindest provisorisch durchzuführen. Wir werden zum Beispiel einen Tag und eine bestimmte Stunde ausrufen, in dem in jedem Land alle NeinsagerInnen sämtliche Stromquellen ihres Haushalts an- oder ausschalten werden – der Erfolg dieser Aktion wird am Stromverbrauch abzulesen sein.

Parallel dazu werden wir ab jetzt und heute eine außerparlamentarische Weltfriedenskonferenz zu organisieren versuchen, in der sämtliche Konflikte in der Krisenregion des Nahen Ostens thematisiert werden.

Frauenaktion Scheherazade

Erstunterzeichnerinnen: Afrikanische Fraueninitiative, Berlin; Sophie Alf, USA; Arcidonna, Palermo; Gabriele von Arnim, Journalistin, München; Autonome Iranische Frauenbewegung im Ausland, Berlin; Marie Bardischewski, Filmemacherin, München; Jo Baumann, Angestellte, Hamburg; Christel Becker-Rau, Fotografin, Köln; Halina Bendkowski, FrauenfrAKTION Berlin; Hanne Birkenbach, Friedensforscherin, Hamburg; Heike Breitenfeld, Studentin, Hamburg; Gisela Breitling, Malerin, Berlin; Hiltrud Breyer, Europaabgeordnete, Brüssel; Barbara Böttger, Sozialwissenschaftlerin, Köln; Barbara Bronnen, Schriftstellerin, München; Claudia von Braunmühl, entwicklungspolitische Gutachterin, Berlin; Bettina Bruns, Studentin, Hamburg; Utemaria Bujewski-Crawford, Friedensforscherin, Berlin; Rosemaria Bujewski-Schultz, Rechtsanwältin, Berlin; Frauen gegen die Mafia, Palermo; Casa editrice La Luna, Palermo; Centro di come donna, Palermo; Anne Clauberg, Psychologin, Köln; Birgit Cramon-Daiber, Europaabgeordnete, Brüssel; Brigitte Engler, Abgeordnete, Berlin; Ciden Eren, Initiative selbständige Immigrantinnen e.V., Berlin; Andrea Ernst, Journalistin, Düsseldorf; Solange Fernex, Europaabgeordnete, Brüssel; Marcella Ferraresi, Dolmetscherin, San Remo; Erica Fischer, Journalistin, Köln; Frauen in der einen Welt, Nürnberg; Eva-Maria Göke, Sekretärin, Hamburg; Claudia Gehrke, Publizistin, Verlegerin, Tübingen; Adrienne Goehler, Kunsthochschulpräsidentin, Hamburg; Gruppe lateinamerikanischer Frauen, Berlin; Britta Hagge, Sportlehrerin, Rendsburg; Heidrun Hankammer, Psychoanalytikerin, Berlin; Anke Helfers, Geschäftsführerin, Düsseldorf; Vera Hemmerich, Pädagogin, Frankfurt; Traute Hensch, Verlegerin, Freiburg; Maria Hubbing, Studentin, Hamburg; Elfriede Jelinek, Schriftstellerin, Wien; Barbara Jentzsch, USA; Petra Kelly, Die Grünen, Bonn; Gabriele Kemper, Kulturwissenschaftlerin, Berlin; Corinna Koch, Öffentlichkeitsreferentin, Hamburg; Gundel Köbcke, Senatsangestellte, Berlin; Ingrid Köppe, Bundestagsabgeordnete, Bonn; Renate Künast, Abgeordnete, Berlin; Susanne Lochr, Studentin, Hamburg; Mereile Löber, Vorsitzende Grüne Liga Berlin; Lia de Lonet-Delgado, Journalistin, Portugal; Ursula Loeckx-Wiegard, Künstlerin, Saarbrücken; Renate Martin, Rentnerin, Berlin; Gisela Marx, Journalistin, Köln; Dr. Regine Mehl, Netzwerk Friedensforscherinnen, Bonn; Frieda Meißner-Blau, Politikerin, Wien; Maria Mies, Professorin, Köln; Kate Millett, Schriftstellerin, New York, USA; Margit Miosga, Journalistin, Berlin; Vera Munro, Galeristin, Hamburg; Ingrid Nebelin-Runge, Lehrerin, Heidelberg; Silke van Ophuysen, Sportlehrerin, Rendsburg; Peggy Parnass, Kolumnistin, Hamburg; Petra Olbrich, Theatermalerin, Berlin; Beate Passow, Bildende Künstlerin, München; Martina Palm, Studentin, Hamburg; Karin Pretzel, Referentin, Hamburg; Uta Ranke-Heinemann, Theologin, Essen; Christa Randzio-Plath, Europaabgeordnete, Brüssel; Daniele Renom, Übersetzerin, Paris; Ursula Ritter, Dozentin, Hamburg; Erika Runge, Schriftstellerin, Berlin; Ruth Rybarski, Journalistin, Wien; Renate Sadrozinski, Publizistin, Hamburg; Silvia Sanides, Journalistin, Washington; Ute Scheub, Journalistin, Berlin; Ida Schillen, Stadtplanerin, Berlin; Renate Schmidt, Bundestagsvizepräsidentin, Bonn; Karin Scholz, Studentin, Hamburg; Angelika Schröder, Studentin, Hamburg; Barbara Schulte-Hengsbach, Schmuckdesignerin, Düsseldorf; Katharina Sieverding, Professorin, Hamburg; Dorothee Sölle, Theologin, Hamburg; Sabine Stampfl, Journalistin, Düsseldorf; Margareta Steinrücke, Sozialwissenschaftlerin, Köln; Marita Stender, Kauffrau, Düsseldorf; Gisela Tams, Kaufmännische Angestellte, Düsseldorf; Theater Rote Grütze, Berlin; Tina Thürmer-Rohr, Professorin, Hamburg; Gülay Toksöz, Nozizwe Multikulturelle Feministische Bildungsarbeit, Berlin; Unabhängige Frauen, Freiburg; Unione donne italiane, Palermo; Lotte Valbjoern, KSZE der Frauen, Kopenhagen; Renee Verdan, Professorin, Hamburg; Ketto von Waberer, Schriftstellerin, München; Marina Wandruszka, Schauspielerin, Hamburg; Inge Wettig-Danielmeyer, Bundesvorsitzende der AG Sozialdemokratische Frauen; Beatrix Wilmes, Journalistin, Köln; Lieselotte Wulff, Erzieherin, Berlin; Elisabeth Ziemer, Abgeordnete, Berlin. Außerdem: Internationale Organisation Voice of Women, Kanada; ihre Vorstandmitglieder Bianca Jagger und Margarita Papandreou sind in Bagdad!!!

Anschrift: Scheherazade, c/o Birgit Cramon-Daiber
Scheidemannstr. 2, 1000 Berlin 21
Tel. (030) 397 734 50, Fax (030) 397 734 53

INTERVIEW

Die Glaubwürdigkeit der USA ist ein für allemal verloren gegangen

CONTRASTE interviewte am 24.1. in Berlin drei Vertreter der „Gruppe irakischer Demokraten". Dies ist der Zusammenschluß eines großen Teils der irakischen Oppositionellen in Berlin, die angesichts der drohenden Zerstörung ihres Landes – unabhängig von ihren unterschiedlichen politischen Positionen und ihrer Kritik an der Situation im Irak – gemeinsame Standpunkte zur aktuellen Lage erarbeiten.

CONTRASTE: Wie schätzt ihr die Situation im Irak ein, wieweit steht die irakische Bevölkerung hinter der Politik von Saddam Hussein, gibt es eine Opposition gegen ihn und gegen diesen Krieg?

Sadik: Die Opposition im Irak ist im Prinzip seit Jahrzehnten zerschlagen. Sie ist im Land sehr schwach, jetzt abgesehen von den Kurden im Norden und den Moslems, die während des Irak-Iran-Krieges einen großen Widerstand geleistet haben. Was die Linke betrifft, oder andere Demokraten: Von ihnen lebt der größte Teil im Ausland, so wie die meisten Iraker die hier sind, seit Jahrzehnten. Bisher gab es überhaupt kein Interesse daran, etwas über die irakische Opposition zu hören. Wenn jetzt die irakische Opposition etwas erzählt, da kommen die Massenmedien, sogar die Springer-Presse versucht jetzt mit uns Kontakt aufzunehmen. Ich lehne es absolut ab, daß man in den Massenmedien versucht, das irakische Volk wie einen Mann hinter Hussein darzustellen. Es gibt viele, viele Anlässe, wo überall im Ausland von irakischer Opposition, sogar von bewaffnetem Widerstand geredet wurde, z.B. über den Aufstand im Südirak, in den Sumpfgebieten, wo viele linke Iraker, aber auch desertierte Soldaten damals den Kampf gegen die Regierung geführt haben. Aber gegen ein totalitäres Regime und einen Diktator haben meistens die Kräfte im Land wenig Chancen. Ich muß nochmal erwähnen, daß die irakische Opposition hier verschwiegen wurde und es sogar ein Abkommen gab, z.B. zwischen der Bundesregierung und dem Irak, aber auch mit der Türkei, daß sie jegliche Informationen über die irakische Opposition an die irakische Regierung liefern. Daher gibt es viele Gründe für Iraker, Angst zu haben in ein benachbartes Land zu gehen, das mit dem Irak befreundet ist. Es gibt viele Leute die darüber Bescheid wissen, daß die irakische Opposition momentan nur in Syrien wirklich vorhanden ist, und sonst nirgends.

Weil du gerade die Türkei angesprochen hast: wie schätzt du denn die Rolle der Türkei ein, die sich jetzt ganz klar gegen Saddam stellt?

Sadik: Man liest in der Zeitung und hört in den Nachrichten, daß die Türkei sich für die sogenannte Nachkriegszeit erhofft, ein Stück von dem Kuchen zu bekommen. Es gibt verschiedene Punkte, wo die Türkei erhofft, daß es für sie strategische Vorteile bringt. Einmal versucht sie dadurch das Kurdenproblem zu lösen, das heißt möglicherweise auch Liquidierung von Hundertausenden von Kurden. Özal hat auch ganz offiziell gesagt, daß die Türkei nach dem Krieg größer wird, das heißt, es gibt Gebietsansprüche. Nachdem sie durch den Blockzerfall ihre Rolle als wichtiger Posten gegen den Osten verloren hat, versucht sie jetzt, diese wiederzugewinnen. Es gibt hier also verschiedene Gründe für die Türkei, sich stark in den Krieg einzumischen.

Die Blockkonfrontation könnte ja, wenn es in der Sowjetunion zu einem Militärputsch kommt, wieder aufleben. Wie ist eure Einschätzung dazu?

Sadik: Ich kenne einen von unseren Leuten, der Russisch versteht und die sowjetischen Nachrichten verfolgt. Er sieht die Möglichkeit, daß nach einem Eingreifen der Militärs in der Sowjetunion die Karten nochmal neu gemischt werden. Da sehe ich auch – ich weiß nicht, ob es eine Gefahr ist –, daß sich dann auf jeden Fall die Lage ändern wird.

Hier wird oft das Schlagwort „Heiliger Krieg" gebraucht, und daß die Moslems zum Heiligen Krieg aufrufen. Darüber würde ich gerne mehr wissen.

Sadik: Dieses Wort „Heiliger Krieg" wird gebraucht und gleichzeitig mißbraucht. Auf arabisch heißt es „Al-Djihad", das bedeutet „Kampf" und nicht „Heiliger Krieg", wie man es hier direkt von der Springerpresse übernommen hat. In der Schule, als wir im Unterricht den Islam hatten, da mußten wir auch Suren aus dem Koran lernen, und das interpretieren. Und da steht im Koran, du mußt zuerst für deine Überzeugung in deinem Herzen mit dir selbst kämpfen. Dann sollst du versuchen, mit deinen Worten die Leute zu überzeugen, und wenn das nicht geht, dann mußt du handeln. Zum Djihad wird aufgerufen im Kampf gegen die Kolonialherren, aber auch um notwendige Maßnahmen – z.B. die Urbarmachung des Landes für den Anbau – durchzuführen. Es geht also um eine innere Haltung, die Kraft geben soll, sich für das Richtige einzusetzen. Das Wort, wie der Hussein-Islam es versteht, um die Masse zu fanatisieren, das wird hier mißbraucht, um mit dem Finger auf den Islam als Riesengefahr zu zeigen. Ich habe mit 23 Jahren meine Heimat verlassen, da wußte ich z.B. überhaupt nicht, was der Unterschied ist zwischen dem Islam und dem Christentum. Ich wußte schon, daß das eine eine Kirche hat, und das andere eine Moschee, aber zum ersten Mal habe ich mir die Frage gestellt, als ich hier war, als ich hier gemerkt habe, daß es doch einen Unterschied gibt zwischen den Religionen. Wir haben übrigens eine vierte Religion im Irak, die noch viel älter ist als das Christentum, der Islam und das Judentum. Sie heißen Mandaier, und machen etwa eine halbe Million Menschen aus im Irak. Was ich damit sagen wollte: der Islam ist eine sehr tolerante Religion, sonst hätten die Mandaier – als Minderheit – nicht so lange bestehen können. Selbst die Regierung ist nicht ausschließlich moslemisch, z.B. ist Tarik Aziz, der Außenminister und der Zweite Mann im Irak, ein Christ. Hier versucht jeder den Islam darzustellen als eine Gefahr für den Westen. Das beinhaltet in sich einen Rassismus gegenüber den Arabern.

Jede Parallele zwischen Hitler und Saddam ist absolut falsch

Was hältst du von der Parallele, die hier gezogen wird zwischen Saddam Hussein und Adolf Hitler?

Sadik: Von dieser Parallele halte ich überhaupt nichts. Zwischen dem Regime Saddam's und dem Hitler's damals, gibt es große Unterschiede. Der Irak ist ein Land der Dritten Welt, er hat keine großartige Industrie, er hat alles, was er an Waffen hat, von den Industrieländern gekauft. Deutschland war damals die zweitgrößte Industrienation der Welt, das kann man mit Sicherheit nicht vom Irak behaupten. Außerdem hat die Besetzung Kuwaits historische Ursachen, die mit den Grenzproblemen der ganzen Region zusammenhängen – es gab sogar Abstimmungen im Kuwaitischen Parlament für einen Anschluß an den Irak. Das ist mit Hitlers Weltherrschaftanspruch nicht vergleichbar, auch wenn dies keineswegs als Rechtfertigung der Besetzung dienen kann. Wir haben von Anfang an einen Rückzug aus Kuwait und eine friedliche Lösung gefordert. Ein weiterer Unterschied ist, daß Hitler demokratisch gewählt wurde, während Saddam ein von den USA und den westlichen Industrienationen eingesetzter Diktator ist. Jede Parallele zwischen Hitler und Saddam ist absolut falsch und zielt nur daraufhin, einen Grund zu finden, um das irakische Volk so schlecht wie möglich zu machen, damit man es berechtigt – so wie es die Amerikaner seit 7 Tagen machen – flächendeckend bombardieren kann. Das ist für mich ein sehr entscheidender Faktor, ich lehne jeden Vergleich in jeder Hinsicht ab, weil man mit diesem Vergleich versucht, eine Rechtfertigung zu geben für die Amerikaner, die NATO, die Verbündeten gegen das irakische Volk.

Nun ist ja zunehmend das Argument in den Medien zu hören – vor allem von jüdischer Seite – der Krieg wäre positiv, gerade auch mit diesem Vergleich Saddam/Hitler, denn hätte man damals Hitlers Rüstungsmaschinerie kaputtgebombt, wären Millionen Menschen nicht ums Leben gekommen. Daß es jetzt in ihrem eigenen israelischen Sicherheitsinteresse liegt, daß diese Rüstung dort im Irak niedergemacht wird.

Sadik: Ich klage die Industrieländer an, daß sie in ihrem eigenen Interesse dem Irak ermöglicht haben, daß er diese Waffen besitzt. Ich verstehe diese Haltung der jüdischen Menschen oder Israelis – wo ich auch einen Unterschied mache zwischen beiden – überhaupt nicht. Vor allem weil die Israelis selbst ABC-Waffen besitzen. Sie haben lange mit dem rassistischen Regime in Südafrika zusammengearbeitet, zusammen an der Entwicklung von Flugmarschkörpern gearbeitet, aber auch im Atomsektor sehr stark zusammengearbeitet. Die Israelis haben überall in Lateinamerika an diktatorische Regime Waffen geliefert. Die Israelis versuchen für sich alleine in Anspruch zu nehmen, Waffen zu besitzen, um überhaupt ihre Siedlungspolitik zu ermöglichen. Sie besitzen seit Jahrzehnten die Atombombe. Ich bin gegen jede Bewaffnung, und ich kann nicht akzeptieren, daß die Israelis auf diese Weise versuchen, die Völker dieser Gegend zu erpressen, indem sie sie mit diesem Waffen bedrohen. Jetzt haben wir im saudischen Rundfunk gehört, daß eine Meldung der Agentur Reuter dementiert wurde, wonach israelische Kampfflugzeuge in Saudi-Arabien, an der Grenze zum Irak, stationiert seien. Es ist auch eine Tatsache – die niemandem bekannt ist – daß 1973, als der Krieg mit Ägypten angefangen hat, und die ägyptische Armee sich der israelischen Grenze genähert hatte, israelische Piloten und Flugzeuge bereit standen, weil sie damals den Plan hatten, taktische Atombomben einzusetzen, einmal über Kairo und einmal über Damaskus. Die Israelis denken, daß sie nur einseitig mit Waffen die Existenz Israels sichern können, das halte ich für absolut falsch. Die beste Sicherung für den Frieden, für die Existenz, ist das Gespräch mit den anderen, die Anerkennung der Rechte. Und ich glaube schon, die Palästinenser haben das vor drei Jahren getan, das heißt, die Palästinenser als Opfer haben ihre Täter anerkannt. Das hat es noch nie in der Geschichte gegeben, daß die Opfer die Täter anerkennen ohne Entgegenkommen. Und die Israelis sind auf diese Anerkennung nie eingegangen, und wollten auch nie mit den Palästinensern verhandeln, das weiß mittlerweile jeder. Ich glaube, daß auch die arabischen Massen seit 40 Jahren begriffen haben, daß die Israelis niemals Frieden wollen. Und daher sehe ich als einzige Möglichkeit eine internationale Friedenskonferenz, wo man die Rechte der Palästinenser anerkennt, und die ganze Region – einschließlich Israel – zur ABC-Waffen-freien Zone macht, wie Saddam es vorgeschlagen hat. Das ist die beste Garantie für Israel, das ist die beste Garantie für die Völker der Gegend.

Meinst du, eine Nahost-Friedenskonferenz hätte Saddam dazu bewegen können, sich aus Kuwait zurückzuziehen?

Sadik: Ich kann mich nicht in Saddam Hussein hineinversetzt, das möchte ich auch nicht, aber ich denke mir, man hätte ihm diese Partie wegnehmen können, indem man gesagt hätte, wir können diese Friedenskonferenz machen. Dann hätte er keine Möglichkeit gehat, einen Teil der arabischen Massen auf seine Seite zu bringen. Kurz vor der Invasion des Irak in Kuwait wurde in der UNO eine Resolution eingebracht. In dieser Resolution, der mehr als 100 Staaten zugestimmt haben, war vorgesehen, ein paar Menschenrechtbeobachter von der UNO in die von Israel besetzten Gebiete zu schicken. Über 100 Staaten haben dem zugestimmt. Dagegen gab es zwei Nein-Stimmen, das waren die Nein-Stimme Israels und das Veto der USA. Die Glaubwürdigkeit der USA ist ein für allemal verlorengegangen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Amerikaner haben von Anfang an geplant, den Irak anzugreifen

Was für Chancen hätte denn das Handelsembargo gegen den Irak gehabt, und gibt es überhaupt eine Berechtigung dafür, nachdem das ja auch schon schlimme Folgen hatte – es sollen z.B. schon einige tausend Kinder aufgrund dessen im Irak gestorben sein. Ist das überhaupt ein Mittel der politischen Auseinandersetzung?

Sadik: Also, ich weiß überhaupt nicht, wie die UNO auf das Datum 15. Januar gekommen ist. Das ist für mich schleierhaft. Ich glaube, die Amerikaner wollten von Anfang an Saddam Hussein in eine Position manövrieren, wo er sich überhaupt nicht zurückziehen konnte. Es gibt viele Hinweise, die zeigen, daß sie unbedingt den Krieg mit Saddam Hussein wollten. Die Amerikaner sind nach Saudi-Arabien gekommen, weil sie damals behauptet haben, daß sie Saudi-Arabien schützen wollen vor einem Angriff von Saddam Hussein. Nach einer Woche hieß es, sie wollen nicht nur Saudi-Arabien verteidigen, sie wollen auch Kuwait befreien. Und das, nachdem sie dem Irak vor der Besetzung Kuwaits zu verstehen gegeben hatten, daß sie eine Besetzung tolerieren würden. Nach ein paar Wochen haben sie gesagt, selbst dann, wenn Saddam sich aus Kuwait zurückzieht, wird trotzdem die militärische Maschine des Irak angegriffen. Diese Tatsachen sprechen für sich und zeigen, daß die Amerikaner damals überhaupt nicht das Ziel hatten, mit Saddam Hussein zu verhandeln, sondern eine Rechtfertigung gesucht haben, um militärisch eingreifen zu können. Nochmal zurück: Die Palästinenser warten seit 23 Jahren auf die Lösung ihrer Probleme. Es existiert seit 23 Jahren ein UNO-Beschluß, auch mit der Zustimmung der Völkergemeinschaft, daß die Israelis sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen. Und seitdem warten die Palästinenser darauf. Warum können die Amerikaner und ihre Verbündeten nicht ein Jahr warten, bis das Embargo wirkt.

Kasim: Es wurde weggelassen, daß die westliche Wirtschaft überhaupt kein Interesse daran hatte, so ein Land, so einen Abnehmer ihrer Produkte so lange zu boykottieren. Es war in ihrem Interesse, daß schnell ein Krieg passiert, damit das Land wieder aufgebaut wird. Und dieser Aufbau wird bestimmt mit dem Import von westlichen Waren passieren. Das Embargo hätte für die westliche Wirtschaft bedeutet, daß sie auf Jahre – man hat ja nie gewußt, wie lange das gedauert hätte – auf einen guten Warenabnehmer hätten verzichten müssen, und auch auf einen Rohstofflieferanten; das ist der Irak. Die Export-Import-Bilanzen zwischen BRD oder Frankreich und dem Irak gehen in die Milliarden vielleicht in Hunderte Milliarden jährlich, darauf wollten sie nicht verzichten. Das kam ihnen total gelegen, daß sie den Krieg so schnell anfangen konnten.

Aber wie ist eure Meinung zu einem Embargo. Ist es ein gutes Mittel, wenn es über längere Zeit durchgehalten würde, oder nicht?

Kasim: Ich verstehe es als Iraker so als eine Doppelmoral. Von einem Embargo wären doch am wenigsten die Militärs betroffen. Es wäre vielmehr die Wirtschaft betroffen, auch gerade die kleine Wirtschaft, z.B. das Handwerk, wovon sehr viele Menschen leben. Das würde einen Mangel an Ersatzteilen oder Zulieferware bedeuten, die für solche Werkstätten unheimlich wichtig sind. Ich kann nicht ein Land gerade im militärischen Bereich so hoch rüsten, und danach mit einem Boykott das ganze Volk treffen. Jetzt wird wieder im Namen der Freiheit und der Menschenrechte in Land, ein ganzes Volk zunichte gebombt, nur weil es einen Diktator hat. Und ich sag' es immer wieder: wo kämen wir hin, wenn wir ein Volk ausbomben, weil es einen Diktator hat. Nicht zu vergessen dabei, daß man diesen Diktator erst einmal so weit gebracht hat technologisch, von hier aus mit ihm Milliardengeschäfte gemacht hat.

Sadik: Wir haben schon von Anfang an, als irakische Opposition, den Abzug aus Kuwait verlangt, aber gleichzeitig den Abzug der Amerikaner aus dem Golf. Wir haben gesagt: nein zu der Hungerblockade gegen das irakische Volk. Weil jeder weiß, daß das irakische Volk direkt betroffen ist. Da sind keine Medikamente, und dieser wirtschaftliche Boykott trifft das irakische Volk. Aber um zurückzugehen auf den Grund: Der Irak wurde hochgerüstet, damit er standhaft gegen den Iran kämpft, der ja damals der Übeltäter gewesen ist für den Westen. Der Krieg zwischen dem Irak und Iran ist seit anderthalb Jahren beendet. Im Interesse des Westens, einerseits um die Sicherheit der Golfregion zu garantieren, aber auch um weiter diese Erdölpreise niedrig zu halten, wurde diese militärische Maschine im Irak als ein instabiler Faktor gesehen. Man darf also nicht vergessen, daß der Krieg am Golf vor dem Einmarsch des Irak in Kuwait angefangen hat, also vor dem 2. August. Nach 10 Jahren Rüstung des Irak, nach dem Ende des irakisch-iranischen Krieges hat der Westen, haben die Amerikaner entdeckt, daß es französische, deutsche, englische und amerikanische Firmen gibt, die Waffen an den Irak liefern. Auf einmal hat man das entdeckt, obwohl man es Jahrzehnte gemacht hat. Dann fingen die Massenmedien an, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken – damals war die Geschichte mit dem Atomzünder, mit der Superkanone, aber auch mit Frankfurt hier, wo angeblich Waffen beschlagnahmt wurden, die für den Irak bestimmt waren, usw.. Damals fing es an, daß über die Medien plötzlich Angst vor der Aufrüstung des Irak verbreitet wurde. Und schon damals habe ich gesagt: irgendetwas wird gekocht, was den Irak betrifft. Und tatsächlich ist es auch so gewesen.

Die UNO hat sich zu einer Kriegspartei erklärt.

Meint ihr, es geht für die USA jetzt vor allem um das Öl, oder haben sie noch darüberhinausgehende weltpolitische Machtinteressen, und was ist die Rolle der UNO dabei? Ist sie – wie die allgemeine Meinung ist – eine Institution er Völkerverständigung, wo sie sich friedlich zusammensetzen, oder ist sie nicht mittlerweile schon ein recht obskurer Verein geworden, der eigentlich dazu da ist, Großmachtinteressen durchzusetzen?

Adel: Ich glaube, die UNO ist instrumentalisiert worden von den Amerikanern zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen in der Region. Natürlich geht es ihnen nicht nur um Öl, obwohl Öl ein ziemlich wichtiger Faktor ist, da er ein strategischer Rohstoff ist. Zur Instrumentalisierung der UNO: die UNO hat mehrere Beschlüsse gefaßt, die auch andere Probleme der Welt angehen. Ich erwähne als Beispiel Palästina. Es sind mehrere Resolutionen verabschiedet worden in der UNO, niemals sind die Resolutionen durchgesetzt worden, gerade wegen dem Veto der Vereinigten Staaten. Es geht einfach um den Großmachtanspruch der Vereinigten Staaten. Nachdem der Warschauer Pakt zusammengebrochen ist, wollen sie eine neue Weltordnung schaffen. Diese neue Weltordnung soll den wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA dienen. Und die Kontrolle der Golfregion ist der erste Schritt dazu. Die Golfregion besitzt fast 40-48% der gesamten Erdölreserven der Welt. Das ist eine große Karte, die von den USA auch benutzt werden kann als ein Druckmittel gegenüber den europäischen Ländern und gegenüber Japan, zumal die amerikanische eigentlich auf dem absteigenden Ast ist. Der zweite Punkt der UNO bei der Lösung von Problemen: Ich muß mit Trauer feststellen, daß die UNO eigentlich wenig unternommen hat, um diesen Krieg zu verhindern. Im Gegenteil, ich kann mich an Sätze von Perez de Cuellar erinnern, wo er sagte: Alle Türen sind geschlossen, Saddam Hussein will keinen Frieden. Und im nachhinein hören wir, daß da Initiativen gewesen waren von Mitterand zur Verhinderung von einem Krieg, es gab eine Initiative von arabischen Staaten, von Libyen, Algerien, Jemen, PLO und anderen Staaten, sie haben realistische Lösungen angeboten, mit denen auch Saddam Hussein einverstanden wäre. Alle diese Lösungsangebote wurden von den Vereinigten Staaten abgelehnt, und ich kann mich daran erinnern, daß Wischnewski erwähnte, Bush hätte dem Algerischen Präsidenten gesagt, er solle zu Hause bleiben, er hätte seine eigenen Pläne.

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Es war einen Tag vor dem Krieg, und zu Mitterand haben sie ein paar Stunden davor auch gesagt, er soll zu Hause bleiben. An diesem Punkt hatte ich von der UNO erwartet – auch wenn es eine Resolution von der UNO gibt – daß sie hilft, ein Verbrechen an Millionen von Menschen zu verhindern. Jeder Krieg ist ein Verbrechen. Und ich denke das ist eine Aufgabe der UNO; nicht nur eine Weltordnung zu kontrollieren, sondern auch Leben zu schützen. An dem Punkt muß ich Perez de Cuellar vorwerfen, daß er nicht alle Initiativen aufgegriffen hat und daß er nicht unparteiisch ist. Die UNO hat sich zu einer Kriegpartei erklärt in dieser Resolution.

Sadik: Ich weiß gar nicht, ob der Angriff daran lag, daß Perez de Cuellar nichts getan hat. Vielleicht konnte er nicht mehr viel dazu beitragen. Jeder Mensch wußte schon, was für eine Rolle die USA innerhalb der UNO spielen. Es gibt fünf ständige Mitglieder der UNO, die jeden Beschluß zu Fall bringen können, das sind die sogenannten „Veto-Länder", das sind Frankreich, China, Sowjetunion, England und die USA. China hatte damit spekuliert, sein „Nein" einzulegen. Sie haben darauf spekuliert, daß sie einen Preis dafür bekommen, wenn sie mit „Ja" stimmen oder sich enthalten, und der Preis war da. Am Tag vor dem UNO-Beschluß über das Ultimatum flog der chinesische Außenminister in die USA. Bis dahin wußte niemand, wie China abstimmen würde. China hat dann 7 Milliarden Kredit von den USA bekommen und hat es durch seine Stimmenthaltung auch geschafft, eine Zusicherung der USA zu bekommen, daß sie China nicht in der Weltöffentlichkeit wegen Menschenrechtsverletzungen anprangern werden, die USA haben das Embargo gegen China auch gestrichen. Das alles ist der Preis dafür gewesen, daß sich China der Stimme enthält. So kommt es zur Übermacht der USA in der UNO, indem sie Stimmen kauft. Die UNO ist ein Völkergemeinschaft, und sie hat bestimmt nicht das Recht, einem Volk den Krieg zu erklären, obwohl sie genau weiß, daß die irakische Regierung nicht gewählt ist, und daß das irakische Volk seine Meinung dazu überhaupt nicht sagen kann. Der Krieg ist dem irakischen Volk aufgezwungen worden, aufgezwungen von beiden Seiten, einmal von dem Regime im Irak, aber vor allem auch von den Amerikanern.

Sie bombardieren sogar die heiligen Stätten

Was ist denn eure Meinung, was wir jetzt überhaupt noch tun können, wo die Interessenslage so eindeutig und die Situation so festgefahren ist, daß wir alle hilflos davor sitzen? Was ist eure Erwartung an uns?

Sadik: Unsere Erwartung an alle Menschen, die noch ein Gefühl dafür haben, daß eine Bombe Menschen trifft, Zivilisten, ohne einen Unterschied zu machen zwischen Zivilisten und Militär, mein Appell ist: seit 8 Tagen wird der Irak flächendekkend bombardiert, ich erwähne hier die B52-Bomber, die man damals einen Tag gegen Hanoi verwendet hat. Bekannt ist, daß diese Bomber Hunderte von Tonnen Bomben schleppen können, und wenn sie bombardieren, dann bombardieren sie flächendeckend. Viele Augenzeugen berichten, daß Bagdad, diese 4-Millionen-Stadt, zerstört ist. Aber nicht nur Bagdad, sondern alle großen Städte. Auch zwei Städte, die bei uns als heilige Stätten gelten, das sind Nadjef und Kerballa. Diese beiden Städte wurden von vielen Zivilisten aufgesucht, weil sie gedacht haben, daß die Amerikaner sie nicht bombardieren würden.

Was sie ja auch nach wie vor in den Medien behaupten. Gestern abend im Fernsehen wurde auch noch mal deutlich gesagt, um die Gefühle der Araber nicht zu verletzen, würden solche heiligen Stätten nicht bombardiert werden.

Sadik: Also ich weiß von Augenzeugenberichten, daß Nadjef und Kerballa bombardiert worden sind.Und sie sind überhaupt keine Ausnahme, sie sind genauso bombardiert worden, wie alle anderen Städte. Es gibt Berichte die sagen, Bagdad ist von allen Seiten bombardiert, Basra ist total vernichtet, Mosul ist total bombardiert. Seit 7 Tagen bombardieren Amerikaner pausenlos, pausenlos den Irak von Norden bis Süden. Sie können keinem Menschen erzählen, daß sie ihre Ziele nicht treffen können, weil der Himmel von Wolken bedeckt ist, und trotzdem keine Zivilisten getroffen haben. Zuerst haben sie behauptet, daß sie mit 80 Prozent Genauigkeit ihre militärischen Ziele getroffen haben, gestern haben sie gesagt, nur schätzungsweise 20 Prozent der Bombardierung galt militärischen Zielen. Und der Rest – da weiß jeder, wo es gelandet ist.

Kannst du mal genauer zu den Erwartungen an uns etwas sagen, an uns als Deutsche?

Sadik: Also die ersten Tage, als der Krieg angefangen hat, habe ich ehrlich gesagt, ich hab's, ich hab' ....

Sadik kann nicht weitersprechen, er geht raus.

Adel: Die 5.000 Tonnen Bomben pro Tag, die sie auf die irakischen Städte abwerfen, das entspricht mehr als dem Zwanzigfachen von dem, was sie insgesamt während des Zweiten Weltkrieges auf Dresden geschmissen haben; man weiß, was sie aus Dresden gemacht haben. Und darum ist es nur ein Hohn zu glauben, daß nur wenige Zivilisten umgekommen sind. Niemals können diese 5.000 Tonnen Bomben nur militärische Ziele treffen. Seit 7 Tagen bombardieren sie, es sind mehrere Tausend Tonnen Bomben runtergekommen. Mit der Menge könnte man nicht nur die militärischen Ziele im Irak zerstören, sondern von der ganzen Welt. Das ist der Hohn. Ich denke, das ist eine Demoralisierungskampagne gegen die arabische Bevölkerung, und die arabische Bevölkerung ist wirklich – wie vorhin gesagt wurde – in die Zange genommen worden. Einerseits von der Diktatur im Irak, und andererseits von einer Großmacht, die ihre Interessen durchsetzen will. Große Opfer sind zu beklagen, mehr als 300.000 Menschen sind bisher umgekommen. Und ich will damit nochmals aufrufen: Versucht alles, um diesen Krieg zu stoppen! Versucht alles, um diesem Verbrechen Einhalt zu gebieten!

Aber nochmals, wie können wir das machen, was haben wir hier für Möglichkeiten?

Adel: Man muß die Friedensbewegung unterstützen, man muß in die Medien kommen, man muß auch Druck auf die Bundesregierung ausüben. Die Bundesregierung hat einen großen Einfluß in Westeuropa, sie hat ebenso einen Einfluß auf die Vereinigten Staaten, dort die Möglichkeiten auszuschöpfen, den Krieg zu stoppen. Und einen Waffenstillstand durchzusetzen – zumindest einen vorübergehenden –, damit die Toten und Verletzten geborgen werden können, damit Medikamente und Lebensmittel für die Kinder und Frauen da runter kommen. Zumindest damit mal ein Zeitraum da ist, sich zu besinnen, und das Ausmaß des Verbrechens anzusehen. Wir halten es auch für ganz wichtig, daß den Flüchtlingen dort geholfen wird. Wir haben von Hunderttausenden gehört, die auf der Flucht sind, viele von ihnen sind verletzt. Wir haben gehört, daß der Iran es nicht mehr schafft, die Verletzten aus dem Grenzgebiet zu holen. Wir fordern das Rote Kreuz auf, alle nur mögliche Hilfe zu leisten. Es sollten möglichst viele Menschen diese Forderung unterstützen.

Habt ihr jetzt Befürchtungen für euch persönlich als irakische Oppositionelle hier in Deutschland? Und wie könnten wir euch hier unterstützen?

Adel: Ich haben gehört, daß mehrere Wohnungen von Irakern und Palästinensern durchsucht worden sind. Bisher ist mir nicht bekannt, was in Deutschland an Maßnahmen geplant ist. Aber ich weiß von England und von den Staaten, daß mehrere Iraker interniert wurden.

Meint ihr, daß es irgendwann wichtig wäre – so wie jetzt viele Kampagnen gelaufen sind, um Deserteure hier zu verstecken – meint ihr, daß es irgendwann auch wichtig wäre, euch irgendwo sicher unterzubringen?

Adel: Das bleibt den Deutschen überlassen, ich will da keinen Aufruf machen.

Danke für das Gespräch. ●

DOKUMENTATION

Aufruf: Menschenkette gegen die alltägliche Gewalt

Von der taz zum Axel Springer Haus. Kochstraße bleibt Kochstraße.

»Wer am Donnerstagabend mit Hingabe und Hämmern Auto- und Schaufensterscheiben zertrümmerte, hat nur eins eindrucksvoll bewiesen: daß sein moralischer Horizont sich ungefähr auf dem Level jener Politiker in Washington, London oder Bonn eingependelt hat, die seit Kriegsausbruch von Betroffenheit faseln, ...« (taz, 19.1.91)

Ist das nun nur großer Schwachsinn, oder nicht auch GEWALT? »Das ist doch Krieg in Berlin« (gleiche Ausgabe, Bericht über die Demo) GENAU!

Dieses Meinungsmachermonopol der etablierten Medien ist alltäglicher Terror. Diese gewalttätige Sprache der Ausgrenzung, diese brutalen Angriffe auf unsere Subjektivität, ja auf die Freiheit unserer Ausdrucksformen des Protests. Aber gegen Gewalt kann mensch natürlich glaubwürdig nur gewaltfrei protestieren.

Steine gegen Raketen? – Wirklich lächerlich. Kaputte Scheiben von Luxuskaufhäusern sind doch wirklich viel schlimmer als bombardierte Städte. Und natürlich sind wir nicht wütend auf die taz, sondern tief betroffen. Deshalb wollen wir mahnen. Für den Frieden in unserer Stadt. Wir fassen uns an den Händen und bilden eine Menschenkette – von der gewalttätigen taz zu den Kriegshetzern im Axel-Springer-Haus. Prädikat: Besonders gewaltfrei. Ein fröhliches Lied auf den Lippen, das uns das Böse in der Welt vergessen läßt. Walter Momper mitten unter uns, so ganz als Mensch. Und nochmal: Keine GEWALT!!! Für Krieg und Gewalt lassen sich schließlich auch keine Schuldigen benennen, das ist mehr so ein böses Naturereignis, da kann mensch nur betroffen sein und vielleicht beten. In Klaus Hartung ist wahrscheinlich auch nur der Teufel gefahren, als er uns in der taz-Sondernummer die Parteinahme für die Yankees nahelegte.

Deshalb nehmen wir natürlich keine Farbeier mit, um sie eventuell auf eins der beiden Objekte zu werfen (Nein, Nein). Auch keine Trillerpfeifen (könnte Leute erschrecken, oder noch schlimmer – aufschrecken). Und nur weiße Transparente (es besteht sonst die Gefahr der Bombardierung anderer Menschen mit einseitigen Positionen und dann kommt Momper vielleicht nicht). Das einzige Problem was noch besteht ist, daß die taz und das Axel-Springer-Haus auf verschiedenen Straßenseiten liegen. So ist die Gefahr nicht ganz von der Hand zu weisen, daß eine Menschenkette zwischen beiden Gebäuden den Straßenverkehr blockieren könnte, und damit die Normalität, die trotz des schrecklichen Krieges in dieser Stadt noch herrscht, gestört wird. Ist es nicht auch Gewalt, andere Menschen, die trotz Smoggefahr noch Autofahren möchten, daran zu hindern?

Laßt uns dieses Problem gemeinsam lösen! Montag 20.1., 16.30 Uhr, Kochstraße.

Unterstützerlnnen: Initiative »Aufhören, Aufhören«. Aktionsgruppe Steine für den Frieden. Bündnis »Es ist alles so schrecklich«. Gruppe Reuiger Autonomer – Gewaltfreiheit jetzt. Symp. d. Rev. Defätisten, ASTA TÜV-Berlin.

V.i.S.d.P.:
Axel Cäsar Hartung, Kochstr. 18-50, 1000 Berlin 61.

STEINE AUF SCHEIBEN GEGEN BOMBEN AUF BAGDAD

Was gibt das für 'nen Sinn?

Während die Nachmittags-Großdemo in Berlin am Samstag vor Kriegsbeginn recht friedlich verlief, gab es am Abend des 17. Januar, also nach Kriegsausbruch, jede Menge Scherben entlang der Demoroute. Danach lebte die Diskussion um den Argumentationswert von Pflastersteinen wieder auf. Die taz bezog mal wieder eine wunderbar eindeutige Position, mit der sich auch jeder CDU-Politiker blicken lassen könnte. Eine daraufhin angekündigte Menschenkette zwischen den Verlagshäusern von Springer und taz (siehe Dokumentation des Aufrufs im Kasten) konnte mangels Beteiligung der Szene leider nicht geschlossen werden. Wir dokumentieren ein Gespräch zum Thema.

„Gerade weil wir prinzipiell gegen Gewalt sind, lassen wir uns die staatliche Gewaltdefinition nicht aufzwingen: Denn Gewalt ist nicht nur der geschleuderte Stein, Gewalt ist auch Tiefflug, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Armut."
Aus der Präambel zum Bundestagswahlprogramm der Grünen, April '90

„Wer am Donnerstagabend mit Hingabe und Hämmern Auto- und Kaufhausscheiben zertrümmerte, hat nur eines eindrucksvoll bewiesen: daß sein moralischer Horizont sich ungefähr auf dem Level jener Politiker in Washington, London oder Bonn eingependelt hat..."
Andrea Böhm, taz Berlin 19.1.91

Verena (Mutter, 35 Jahre): Also ich hab' eine mindestens klammheimliche Freude dabei gespürt, als ich gehört hab', wie es gescheppert hat.

Rolf (Computerfachmann, 43 Jahre): Ich hätte mich gerne mit den anderen Leuten anders gefühlt und war die ganze Zeit beeinflußt durch diese Ärsche hinter mir, die dauernd irgendwas einhacken mußten, und dabei auch so ganz negative Gefühle abgegeben haben.

Verena: Mir haben sie diese negativen Gefühle nicht gemacht. Gerade in der Situation, zu dem Anlaß, waren mir ihre Aktionen sehr nachvollziehbar. Am Samstag davor, bevor der Krieg angefangen hatte, auf der Demo hatte ich ja auch überhaupt kein Verständnis dafür. Da war ja auch nicht viel. Aber Donnerstag war echt 'ne andere Situation. Da haben sich die Relationen verschoben. Da standen wir mit dieser Hilflosigkeit, da wußte keiner was wir machen können.

Rolf: Nur wenn 300 solcher Hilflosen einfach die Sau rauslassen und sich jede Gelegenheit nehmen – das war nur eine, eine sehr ungünstige Gelegenheit – dann üben sie damit einfach Macht aus. Ich verstehe, warum sie es machen, aber ich nehme mir das Recht, auf die sauer zu sein. Das ist nicht Politik oder irgendwas, die lassen nur die Sau raus. Die benutzen uns dabei, uns und all die anderen. Allein trauen sie sich nicht, haben keine Fantasie oder was, sie trauen sich's nur, wenn sie wissen, sie können unterschlüpfen. Und die hätten's ja auch gemacht, wenn wir uns vorher getroffen hätten, was weiß ich, um gegen den 1. Januar zu demonstrieren oder so, da hätten sie's auch gemacht. Da werfe ich ihnen vor, daß es nichts mit dem Anlaß der Demo zu tun hat.

Verena: Ja klar, sie haben auch unheimlich viel Schwachsinn gemacht, Scheiben eingeworfen, wo's keinnen Sinn gegeben hat. Und dann die echt üble Aktion mit dem Molli auf die Polizei, wo einer sogar gebrannt hat, und sich noch Leute drüber gefreut haben. Das finde ich pervers, da hab ich 'ne Grenze. Aber solange die Gewalt gegen Sachen geht, wo sie die richtigen Scheiben einwerfen, da drücken sie in dem Moment schon auch einn Stück meiner eigenen Gefühle aus. Wo ich auch einen Unterschied mache zwischen denen, die sinnlos immer und überall Randale machen, und denen – die es darunter mit Sicherheit auch gibt – denen in ihrer Verzweiflung einfach nichts anderes einfällt. Und die genauso wie du dich über sie empörst, sich darüber empören, wie Leute jetzt noch friedlich auf der Straße langlatschen können.

Rolf: Okay, soll'n sie machen, soll'n sie irgendwas tun.

Verena: Na sie tun ja was.

Rolf: Nein, ich mein' jetzt was zu tun und das auch klarer zu sagen. Wenn die Autonomen aufrufen, dann weiß man, es wird 'ne Zerhacker-Demo. Das war keine von den Autonomen aufgerufene Demonstration, die haben sie einfach benutzt. Und dann schlagen sie los, so wie' ne Gruppe von Rechten losschlägt, wie die Bullen losschlagen, nur daß sie halt sagen, wir sind von der anderen Seite. Das mag ja sein, daß sie auf der sozial schlechten Seite stehen, und zufällig aus irgendeinem Grund auf der linken Seite gelandet sind und deshalb die Bank zerhacken und sich jetzt nicht den nächsten Türken greifen. Aber ich kann nicht sehen, wo die mir nahe stehen, nur weil sie sowieso die Machtlosen sind, keine Uniform und keine Waffe in der Hand haben, sondern einfach nur 'nen Knüppel.

Verena: Was einen Unterschied bedeutet.

Rolf: Das ist aber doch kein Ding wo ich sag': na prima, macht doch weiter. Was gibt das denn für 'nen Sinn.

Verena: Was es für'n Sinn gibt weiß ich nicht, aber ich denke, ich kann mich noch nicht mal hinstellen und sagen: Scheiße, aufhören, was ihr macht ist falsch. Mir fällt ja auch nichts Besseres ein in so'ner Situation wo du hilflos davorstehst, daß die Krieg machen, den wir nicht wollen, wo wir auch mit reingezogen werden. Daß dir dann vielleicht nichts anderes einfällt als Scheiben einzuschmeißen, auch ganz wesentlich die Scheiben von denen, die zu diesem Krieg mit beigetragen haben, da hab ich Verständnis für.

Rolf: Das ist ja das, was ich verstehen kann, daß sie sagen: ich weiß nicht, was ich machen kann. Nur sind da einfach Leute, die treffen sich in 'nem bestimmten Zusammenhang, und dann kommen 300 Leute und üben Macht aus. Das ist das, was mir einfach stinkt daran. Wenn sie nicht der Meinung sind, daß es 'nen Sinn gibt, daß sich die anderen zu Tausenden da treffen, dann dürfen sie nicht einfach sagen, nun gehen wir dahin und machen unser Ding daraus. Das ist ganz pure blinde Macht, die sie durch Gewalt ausüben, wie jeder Bulle Gewalt hat und Macht ausübt.

Verena: Aber die richtige Macht wird doch ganz woanders ausgeübt. Sie tun doch nicht dir was, sondern sie schmeißen Scheiben ein, wo ich nicht auf die Idee käme, mich ihnen in den Weg zu stellen.

Rolf: Doch, sie tun mir was in dem Sinne, Daß ich nicht mein Ding da machen kann, mein Stück Leben da leben kann mit den Leuten, mit denen ich mich getroffen habe. Wenn ich zu so'ner Gruppe komme und sag': ich hab' eigentlich 'ne ganz andere Meinung, ich bin mit Wenigen und Ihr seid Viele – dann würde ich sagen: macht Euers , und ich gehe und mach' meins.

Verena: Aber die anderen tun dir doch viel mehr, wenn sie massenhaft Leute abschlachten und die Erde kaputt machen. Da hab' ich doch gar keine Wut mehr übrig für Leute, die anders demonstrieren als wie ich das vielleicht gerne hätte. Und das ist doch klar, daß die der Meinung sind, daß genau diese Steinwürfe auch in diese Demo zu diesem Thema gehören.

Rolf: Das ist es ja, das machen sie: sie sind der Meinung, und dann geht's los. Man kann nicht reden mit ihnen. Und wenn ich dann komm' und sag': Junge verpiß' dich, dann droht der mir Prügel an.

Verena: Umgekehrt sind sie auch verprügelt worden, also wenn man jetzt diesen taz-Bericht ...

Rolf: ... wenn das stimmt, was da drinne steht. Ist der gleiche Kurzschluß, ist völlig richtig.

Verena: Aber warum willst du die Banken oder so was unbedingt schützen? In dem Moment bist du doch selbst schuld,wenn du auch was abkriegst.

Rolf: Darum geht's nicht, sondern es wird gleichzeitig wieder zu so'nem Ding: das ist das einzig Richtige, und wer was dagegen hat, der kriegt eins aufs Maul.

Verena: Aber 'ne andere Haltung vertrittst du im Grunde auch nicht, wenn du dich dann hinstellst und sagst: Scheiß-Autonome verpisst euch. Das ist genau die gleiche Position, du weißt doch eigentlich wo's lang geht und die anderen sind eh schräg drauf.

Rolf: Ich hab' mich erstmal in dem Augenblick nur darauf berufen, daß da eigentlich was anderes los war, außer da nun Scheiben einzuhacken. Und die Masse zu nutzen, um da untertauchen zu können. Dazu kommt ja noch, daß diese Typen so unfähig sind, daß sie nicht mal merken wie leicht das ist, sie dazu zu bringen, loszuschlagen. Die sind ganz leicht zu führen.

Verena: Die Friedlichen funktionieren doch genauso. Wenn's losgeht, dann fällt die Klappe, und alle rufen: aufhören! Es ist da noch darüber nachzudenken, einfach weil's da so'n Dogma gibt Gewalt ist scheiße, und keiner mehr differenziert. Die tauchen da genauso in der Masse unter. Mach' dir das doch mal klar, das waren die einzigen Sprechchöre, als wär's 'ne Demo gegen die Autonomen, alles andere ist plötzlich weg. Ich find' diese Selbstgerechtigkeit ziemlich zu Kotzen.

Rolf: Die müssen ja nicht der Meinung sein, daß man da ruhig langlaufen soll, aber sie sollen die Leute erstmal laufen lassen.

Verena: Na gut, sie sind 'ne Minderheit, aber sie nehmen erstmal auch mit der gleichen Berechtigung an der Demo teil.

Rolf: Ich streite ihnen ab von der Berechtigung zu reden, weil sie nicht wegen irgendwas dabei sind, sondern weil sie die Sau rauslassen wollen. Das kann nicht der Weg sein, so kann ich nie was Besseres machen als die, die ich kritisiere. Die wenden Gewalt an, die benutzen ihre Macht, das ist das Gleiche.

Verena: Aber Gewalt gegen Scheiben ist doch 'was anderes als Bomben auf Bagdad. Das hat doch 'ne ganz andere Qualität.

Rolf: Das sagt auch keiner, daß die sind wie Bomben auf Bagdad. Argumente dagegen sind für mich, daß diese ganzen Wege über Gewalt, auch in der Geschichte, gezeigt haben, du kannst mit dieser Scheiß-Gewalt nichts Positives aufbauen.

Verena: Was heißt Gewalt. Sachbeschädigung hat doch irgendwie 'ne Berechtigung, wenn sie an die richtige Adresse geht. Ich denk', das kann 'ne wichtige Widerstandsform sein. Und wo ich mir dann – was zwar utopisch ist, was nie passieren wird – wo ich mir aber lustvoll ausmalen kann, was wäre, wenn die Deutsche Bank in diesem Land keine Filiale mehr errichten könnte, weil sie sofort wieder niedergemacht würde.

Rolf: Also das wird nicht passieren, das ist klar.

Verena: Ja, das wird genauso wenig passieren, wie wir mit unseren Demos, so oft wir auch auf die Straße gehen, diesen Krieg beenden können.

Rolf: Mir ist einfach 'was verlorengegangen dabei. Ich habe es lieber, es treffen sich viele Leute friedlich; und das hätte ich gerne mal, ohne daß da ein paar Idioten, ob's nun die Bullen sind oder die Autonomen, reinhauen. Und deshalb ist mir schon 'was verlorengegangen. Also es ist schon irgendwie ein ganz anderes Klima in so'ner Demo.

Verena: Na gut, damit hab' ich keine Probleme, ich brauch das nicht unbedingt, mit Tausenden friedlich rumzulaufen.

Rolf: Warum gehst du dannn dahin? Geh doch hin zu den 300.

Verena: Erstmal trau' ich's mich nicht. Und seit dem Donnerstag bin ich nicht sicher, ob ich deswegen dagegen bin, so als Ausrede, oder was überhaupt noch richtig ist. ●

NEUKONZEPTION DER AUSSERPARLAMENTARISCHEN ARBEIT

Haben die Ökofonds noch eine Zukunft?

DIE GRÜNEN und ihr politisches Umfeld finden durch die Wahlniederlage eine völlig neue Ausgangsposition für ihre politische Arbeit vor.

Arnd Grewer, Bonn ● Selbst Leute, die vom Parlamentarismus nicht allzuviel halten, sind verunsichert oder aufgeschreckt. Grün-alternatives Denken scheint in der bundesdeutschen Bevölkerung weit weniger verankert, als wir bereits gedacht hatten.

Für die GRÜNE Partei und ihre Strukturen hat die Pleite auch ganz praktische Auswirkungen. Mit der grünen Bundestagsfraktion fällt der größte Denk-, Recherchier- und Auskunftsapparat weg, den die Alternativszene jemals nutzen konnte. Auf die Partei kommen bei verschlechterter Finanzlage gesteigerte Anforderungen zu. Deshalb ist ihr das Hemd jetzt näher als die Hose. Sprich: viele meinen, der Apparat müsse nun erst einmal konsolidiert werden. Die Ökofonds seien ein Luxus, den wir uns jetzt nicht mehr leisten könnten. Waren die Ökofonds bereits von der Abwahl der GRÜNEN aus dem Bundestag am unmittelbarsten betroffen, könnte die Streichung von Spenden aus Landtagsfraktionen und anderen Geldern aus der Parteikasse für sie das „Aus" bedeuten. Die Zukunft der grünen Ökofonds ist also massiv bedroht.

Situation der Länderökofonds

Dabei stellt sich die aktuelle Situation der einzelnen Länderökofonds sehr verschieden dar:

- Der Ökofonds Bayern hat 1990 Projekte und Initiativen mit insgesamt 650.000,-DM unterstützt. Nach dem Wegfall der Spenden der Bundestagsfraktion verbleiben dem Ökofonds Bayern noch 200.000,-DM aus Spenden der Landtagsfraktion und 50.000,-DM aus Kreditrückzahlungen.
- Der Ökofonds Baden-Württemberg speiste sich bisher ausschließlich aus den Spenden der Bundestagsabgeordneten. Der Landesverband und die Landtagsfraktion haben sich bisher geweigert, zusätzliche Mittel für den Ökofonds zur Verfügung zu stellen. Die 170.000,-DM Rücklage des Ökofonds wurden vom Landesvorstand eingefroren. Fördersumme 1990: 171.500,-DM.
- In Bremen muß der Ökofonds zunächst mit seiner Rücklage von 35.000,-DM überleben. 1990 konnte er Projekte mit insgesamt 33.000,-DM fördern.
- Der GAL Finanzrat (Ökofonds) Hamburg hatte bereits mit Auflösung der Bürgerschaftsfraktion seine stärkste Finanzquelle verloren. Z.Z. ist nur noch ein Restbestand von 50.000,-DM bis zur Bürgerschaftswahl zu verteilen.
- In Hessen steht die nächste Landtagswahl unmittelbar bevor. Der Ökofonds Hessen kämpft um seinen Erhalt und gegen Bestrebungen, die Rücklagen in den Wahlkampf zu stecken. 1990 hat der Ökofonds Hessen 56 Projekte mit insgesamt 246.000,-DM unterstützt.
- Der älteste Ökofonds aus Niedersachsen hat für nächstes Jahr noch 180.000,- DM zur Verfügung. 1990 betrug die Fördersumme 260.000,-DM.
- In NRW hat der Landesvorstand beschlossen, dem Ökofonds einen festen Haushaltstitel für die nächsten fünf Jahre von 300.000,-DM zuzusichern. Dafür gibt der Ökofonds die Diätenspenden der Landtagsabgeordneten und Anteile der Wahlkampfkostenrückerstattung in den Haushalt des Landesverbandes ab. Zusammen mit den Kreditrückflüssen hat der Ökofonds in Zukunft dann 500.000,-DM pro Jahr zur Verfügung. Fördersumme '90: 1,1 Millionen DM.
- Die Zukunft des Ökofonds Rheinland-Pfalz ist ungewiß. 1990 konnte er noch 70.000,-DM an Projekte vergeben.
- Der Ökofonds Schleswig-Holstein ist faktisch am Ende. Der grüne Landesverband ist so pleite, daß er den Ausfall der Diätenspenden aus Bonn nicht ersetzen kann.

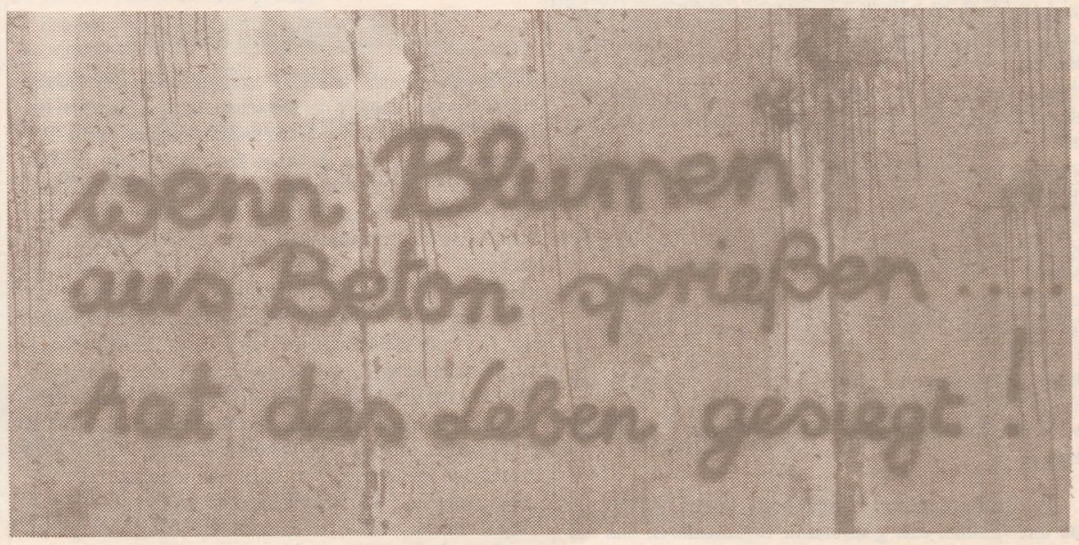
Seit '83 in allen Bundesländern eingerichtet, haben die grünen Ökofonds zusammen mittlerweile mehrere tausend Projekte und Initiativen mit insgesamt an die 15 Millionen DM unterstützt. Die Unterstützung durch die Ökofonds sollte ursprünglich nach den ersten Wahlerfolgen einen Teil der neuerworbenen Gelder an die Bewegungen zurückgeben aus denen die Partei entstanden war. Die unterstützten Projekte sollten Zeichen setzen gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und/oder für den Aufbau einer neuen, ökologischen, gewaltfeien, solidarischen, von Gleichberechtigung geprägten Gesellschaft. Durch sie sollte die grüne Programmatik – die ja zunächst auch nur ein Stück Papier ist – anschaulich und für jede/n anfaßbar gemacht werden. Insbesondere sollte die Diätenabführung der Bundestagsabgeordneten auch ein Stück praktischer Solidarität aufzeigen. Die Abgeordneten sollten sich nicht allzusehr vom Leben der „Normalmenschen" entfernen und „überschüssige" Diäten an gesellschaftlich sinnvolle Vorhaben aus dem grünen Umfeld abgeben.

Und nun: DIE GRÜNEN sind raus aus dem Bundestag. Von der Anschaulichkeit grüner Konzepte scheint nicht viel rübergekommen zu sein. Die politischen Initiativen und die GRÜNEN werfen sich gegenseitig mangelnde Solidarität und Zusammenarbeit vor. Um die Diätenspenden der Abgeordneten gab es nichts als Ärger.... Ist die Ökofondsidee gescheitert?

Mitnichten! Die Ökofonds sind für die GRÜNEN wichtiger denn je, wollen sie sich ernsthaft in die Gesellschaft öffnen. Für das Wiedererlangen bundespolitischer Bedeutung sind die Erfahrungen und Kontakte der Ökofonds von besonderer Bedeutung. Auch für die politischen Gruppen und Projekte spielen sie als Geldgeber in höchster Not, als Ansprechpartner und als Kooperations- und Koordinationsorgane eine wichtige Rolle.

Was haben die Ökofonds erreicht?

Mit Hilfe der Ökofonds sind eine Reihe wichtiger Projekte ermöglicht worden. Dabei haben die Ökofonds in der Regel Anschubfinanzierungen geleistet, deren Summen sich im Nachhinein manchmal als lächerlich niedrig ausnehmen. 20.000,- oder 100.000,- DM zinsloser Kredit würden einem Ökotestmagazin – mittlerweile bundesweit bekannt – oder Comuna Metall – mittlerweile Marktführer bei Kleinst-Blockheizkraftwerken – heute nicht mehr viel helfen. In der Konzeptions- und Startphase, wenn niemand sonst Geld für ein gutes Projekt, das keine Sicherheiten bieten kann, lockermacht, waren diese Gelder aber entscheidend. Die Reihe der bundesweit erfolgreichen Ökofondsprojekte spannt sich von der Narrenschiffreise der Alternativen zur Psychiatrie bis zur Kampagne „Das bessere Müllkonzept". Ganz zu schweigen von den vielen lokal und regional wichtigen Projekten, die durch die Ökofonds mitangestoßen oder in schwierigen Situationen erhalten worden sind. Nicht zuletzt haben die Ökofonds an der Errichtung bzw. Aufrechterhaltung einer unübersehbaren Zahl von selbstbestimmten Arbeitsplätzen mitgewirkt.



Die Ökofonds haben zur Konsolidierung austrocknender Bewegungsstrukturen beigetragen. So wurden z.B. zahlreiche Projekte der Friedensbewegung in den letzten Jahren unterstützt, obwohl sie im Bild der veröffentlichten Meinung schon lange als tot galt. Wie wichtig das war, zeigt sich bei der aktuellen Golfkrise, in der die Friedensbewegung nicht wieder bei Null anfangen muß sondern auf noch intakte Organisationszusammenhänge zurückgreifen kann.

Die Ökofonds haben die unterschiedlichsten politischen Ansätze an einen Tisch gebracht. Das gilt zum einen für die Vergabeausschüsse, in denen so unterschiedliche Politikansätze wie z.B. der des BUND und der von Netzwerken zusammengebracht werden. Die Vergabeausschüsse sind auch ein Testfeld dafür, wie InitiativenvertreterInnen und GRÜNE zusammenarbeiten können. Zum anderen haben die Ökofonds immer versucht, politische Gruppen miteinander zu vernetzen. So gab es immer wieder den Versuch, in bestimmten Bereichen vernetzte Strukturen (z.B. Müllinititiaven) anzuregen oder durch modellhafte Vorhaben den ganzen Bereich voran zu bringen (z.B. Freie Schulen). Lädt mensch die verschiedensten Initiativen und Projekte zusammen ein, zeigen sich die erstaunlichsten Ergebnisse. Wer hätte zum Beispiel gedacht, daß sich Ökobänker, Kulturschaffende, Menschen aus der autonomen, sozialistischen Selbsthilfe und wertkonservative NaturschützerInnen was zu sagen hätten? So geschehen bei der Veranstaltung „8 Jahre Ökofonds – Stand der Bewegungen in NRW" letzten Oktober (der Reader dieser Veranstaltung wird im März fertig und kann bestellt werden beim Ökofonds NRW).

Nicht zuletzt hat die Solidarität der grünen Abgeordneten viel weitgehender funktioniert, als gemeinhin angenommen. Fast 10 Millionen DM, ca 80% der ursprünglich errechneten Diätenspenden, sind eingegangen und an Projekte geflossen.

Mangehafte Öffentlichkeitsarbeit

Jemand aus einem Projekt hat einmal gesagt: Die Ökofonds sind die beste Idee der GRÜNEN seit ihrer Gründung – es weiß nur niemand. Recht hatte er! Der Fehler aller Ökofonds war die mangelhafte Öffentlichkeitsarbeit. Geschuldet der unprofessionellen Arbeitsweise, dem Spardrang beim Personal, wurden die spannendsten Vorhaben mit auf die Beine gestellt. Nur oft genug bekam das außer den unmittelbar Betroffenen so recht kein Schwein mit (außer beim Neuland e.V. vielleicht). Das hatte zur Folge, daß die Modellwirkung, die wir uns für eine breitere Öffentlichkeit versprochen hatten, weitgehend ausblieb. Indirekte Folge davon ist, daß auch unter GRÜNEN die Arbeit der Ökofonds weitgehend unbekannt ist und noch weitgehender unterschätzt wird.

Wieso sollten dann DIE GRÜNEN die Ökofondsarbeit fortführen? Wie können sie von dem Sinn überzeugt werden?

Das von (nicht mehr Grün-)WählerInnen am häufigsten vorgebrachte Argument gegen die GRÜNEN bei der Budnestagswahl war, sie seien nicht mehr glaubwürdig. Diese Stimmung führte zu (so politisch völlig abwegigen) Reaktionen, daß gerade Jugendliche zu Oskar überliefen und diesen (ausgerechnet!) für glaubwürdiger hielten! Eine glaubwürdigere Politik als die Ökofondspolitik der GRÜNEN ist kaum vorstellbar: Grüne Abgeordnete üben Solidarität mit gesellschaftlich sinnvollen und politisch zukunftsweisenden Projekten.

Ein weiteres Hauptproblem der grünen Politik in den letzten Jahren ist, daß es keine überzeugenden Umsetzungsstrategien gab. Klar, wir haben es geschafft, ein Problembewußtsein in fast allen unseren Themenbereichen zu schaffen. Im Aufrütteln, Aufklären, Bewußtmachen waren die Linken-Alternativen-Grünen schon immer gut. Was uns keiner zutraut, ist die Umsetzung von Kritik in konstruktive Konzepte. Rot-grüne Regierungspolitik war ohne gesellschaftliche Unterstützung bisher ein Flop, grüne Umbauprogramme sind technokratisch-theoretisch, aber nicht anschaulich. Konkrete gesellschaftliche Veränderungen, neue Formen des Zusammenlebens- und Arbeitens, ökologischer und solidarischer Umgang miteinander und unserer Umwelt – kurz die Umsetzung grüner Konzepte in tägliches Leben, werden so lange als utopisch verlacht, bis sie Wirklichkeit werden. Daß viele Aspekte grüner Programmatik Wirklichkeit werden konnten, ist wesentlich den Ökofonds zu verdanken.

Der parlamentarische Arm ist den GRÜNEN auf Bundesebene abgeschnitten. Um so wichtiger ist es, jetzt außerparlamentarisch gesellschaftlich tätig zu werden. Für DIE GRÜNEN kann das schon aus Selbsterhaltungsgründen nicht allein die Aufrechterhaltung eines Parteiapparates heißen. Grüne Politik muß lebendig sein und auch außerhalb der Partei stattfinden. Nicht umsonst gibt's immer die schlechtesten Wahlergebnisse in den Kreisen, in denen es kein Initiativenumfeld gibt. Eine reine Wahlpartei sind DIE GRÜNEN bei aller Systemanpassung nämlich (noch) lange nicht.

Eine Förderung politischer Gruppen wird immer Bestandteil grüner Arbeit sein, sei es auf Orts-, Kreis-, Landes- oder Bundesebene, allein schon, weil dieser Anspruch ständig von außen an die Partei gestellt wird. Aber auch, weil die Ziele von Partei- und Initiativenarbeit oft genug deckungsgleich sind und einiges nicht auf der Parteischiene zu erreichen ist. Eine demokratisch legitimierte, professionelle und doch einfühlsame Bearbeitung dieser Förderanträge ist weder von Landesgeschäftsstelle und Landesvorstand, noch von der Landtagsfraktion zu leisten, sondern einzig von den Ökofonds.

Die Ökofonds sind unersetzlich!

An gesellschaftliche Initiativen und Verbände muß auf eigenen, geeigneten Wegen herangegangen werden. Zumal die Möglichkeiten und die Anziehungskraft der Bundestagsfraktion nun auch auf diesem Gebiet ausfallen.

Die Ökofonds haben in den letzten Jahren für die Partei unersetzliche Kontakte und Verbindungen zu (und zwischen, s.o.) politisch relevanten gesellschaftlichen Initiativen hergestellt – von alternativen bis weit in wertkonservative, bürgerliche Kreise hinein. Beim Ökofonds sitzen die verschiedenen Gruppen alle an einem Tisch.

Die Ökofonds sind also eigentlich für einen grünen „Neuanfang" unersetzlich. Es wäre jetzt geradezu selbstmörderisch für die GRÜNEN sich nach dem parlamentarischen nun auch noch den Initiativenarm (bzw. die Kontakte zu denselben durch die Ökofonds) abzuschneiden. Wenn die Partei also klug ist, wird sie sich ihre Ökofonds erhalten. Z.T. wird das ja nach der anfänglichen „Weg mit dem Plunder- Aufräumstimmung" auch bereits so gesehen, siehe NRW. Es wäre allerdings wichtig, daß auch die Projekte als Betroffene einer Wegrationalisierung der Ökofonds den GRÜNEN klarmachen, was sie davon halten.

Wie es bundesweit mit den Ökofonds weitergeht, wird auf einem Treffen aller Landesökofonds vom 25.-27. Januar in Fulda beraten. Auf jeden Fall brauchen die Ökofonds mit weniger finanzieller Ausstattung ein neues Konzept.

Der Ökofonds NRW hat bereits beschlossen, Geld durch Arbeit zu ersetzen. Er wird gezielter einige wenige Projekte unterstützen und stärker als bisher inhaltliche Schwerpunkte setzen. Die drei halben GeschäftsführerInnenstellen und die Sachkompetenz im Vergabeausschuß sollen genutzt werden, um nicht mehr nur auf Anträge zu reagieren sondern gemeinsam mit politischen Gruppen Kampagnen und politische Aktionen zu entwerfen und ihre Durchführung zu ermöglichen. Der Ökofonds wird da, wo es notwendig erscheint, von sich aus aktiv die Initiierung von Projekten vorantreiben.

Durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit auf regionaler und überregionaler Ebene – je nach Projekt – wird in Zukunft das Modellhafte der vom Ökofonds unterstützten Projekte über den Kreis der Politszene hinaus bekanntgemacht. Eigene Veranstaltungen werden einen Beitrag zur Vernetzung von Projekten und zur Weiterentwicklung gemeinsamer politischer Konzepte leisten. Weil hier Wissen aus verschiedenen Bereichen zusammenläuft sollten die Ökofonds auch den Charakter von Informationsbörsen bekommen. So werden die Ökofonds auch unter den erschwerten Bedingungen nach dem 2. Dezember '90 ihrer Mittlerrolle zwischen grüner Partei und politischen Bewegungen gerecht werden können. ●

KURZMELDUNG

9. Jahrestagung der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften

Um Perspektiven einer ökologischen Landwirtschaft, Ernährung und Vermarktung im „neuen" Deutschland und um die Frage, welchen Beitrag die EVG's zur Umgestaltung leisten können, geht es bei dieser Tagung, die vom 21. bis 24. Februar in Bremen stattfindet.

Diese agrarpolitische Informationsveranstaltung richtet sich an VerbraucherInnen, ErzeugerInnen und UmweltschützerInnen, die an ökologisch-sozialen Projekten beteiligt oder interessiert sind. Sie wendet sich dabei an Personen, Gruppen und Initiativen in Ost- und Westdeutschland.

Angesichts der wachsenden Industriealisierung in der

- **Landwirtschaft** (tendiert auch der Ökolandbau in diese Richtung?)
- **Lebensmittelverarbeitung** (z.B. gentechnisches Food-Design)
- **Landschafts(ver)planung** (Wohnungsbau auf der grünen Wiese und Naturschutzinseln)

müssen wir konkrete Handlungskonzepte zur Umstellung auf den ökologischen Anbau entwickeln.

Neben Eigenaktivitäten sollten die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften ein breites, gesellschaftlich relevantes Bündnis mit Agrar-, Verbraucher-, Umwelt- und Entwicklungspolitischen Gruppen eingehen. Gemeinsam sollten sie die Forderung nach staatlichen Förderungsprogrammen zur Umgestaltung von Landwirtschaft, Ernährung und Vermarktung intensivieren. Daneben will die Tagung auch Raum bieten für den Erfahrungsaustausch über die Alltagsprobleme in den „alten" und neuen EVG's.

Ein ausführliches Programm gibt es bei der Anmeldeanschrift:
Evang. Jugendbildungsstätte Asel
z. Hd. Hannelore Köhler
Zum Freizeitheim 3
2944 Wittmund-Asel
☎ (04462) 52 89

Anzeige

Erste Oppositionelle Wochenzeitung
hervorgegangen aus dem Herbst '89

jede Woche 24 Seiten für 1,80 DM

Was die andere ANDERS macht ?

▲ Bürgerbewegte Texte
jetzt für ganz Deutschland

▲ Probleme aufspüren,
wo es den Leuten an Spürsinn fehlt

▲ Jene Hälfte der Wahrheit stärken,
die viele nicht wahrhaben wollen

im Jahresabo: 80 DM, halbjährlich zahlbar
Probeabo: 10 DM für 6 Ausgaben bei:

BASISDRUCK
Verlagsgesellschaft mbH
PF 148, Schliemannstraße 23, OSTBERLIN 1058

VERBAND DER SV-BETRIEBE IN HESSEN

Vernetzung ist die Basis der Selbstverwaltung

Zeitgemäßes aus dem Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen

Uwe Weppler, Redaktion Rhein/Main ● Der Golfkrieg überschattet zur Zeit die Ereignisse. Was für uns heißt, alles Erdenkliche dagegen in der Gegewart zu tun, aber uns auch zur Aufgabe macht, uns verstärkt für eine menschengerechte Zukunft einzusetzen.

Auch wenn bei uns in Hessen mittlerweile Wahlen stattgefunden haben, der Anlaß dieses Artikels oder besser Plädoyers für die Vernetzung aus dem VSBH-Büro, ist ein anderer. Die politischen Rahmenbedingungen haben sich für uns mit der Hessenwahl vorteilhaft gewendet. Und natürlich blicken wir optimistisch (nicht ohne zu versuchen, Einfluß zu nehmen) auf die Koalitionsverhandlungen, zumal unser Forderungskatalog im Wirtschaftsprogramm der GRÜNEN umfassend berücksichtigt ist. Aber reduzieren lassen auf einen Staatskneteverein wollen wir uns denn doch nicht. Obschon dies sicher ein herausragender Anlaß unserer Gründung vor 7 Jahren war und wir erneut vor der Situation stehen, über massive Geldmittel (z. B. Bürgschaftsbank) zur Stärkung der hessischen Betriebe und Projekte verfügen zu können. Daneben steht aktuell an, den Fortbestand des Ökofonds zu sichern, der in die Diskussion geraten ist. Was will nun aber dieser Artikel?

Angesichts des Wandels der Selbstverwaltungskultur aufgrund der gesellschaftlichen Verhältnisse ist meines Erachtens kein Grund zur Frustration gegeben (zumal wir uns weiterhin im Lernprozeß befinden), sondern ein Weiterdenken, das den veränderten Bedingungen Rechnung trägt, ist gefragt.

Die Situation der BAG der Netzwerke (CONTRASTE 1/1991) ist dabei eher eine zeitliche Zufälligkeit (aber bezeichnend). Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang sollten wir nicht vergessen – und dies soll auch der Tenor dieses Artikels sein –, daß der Grad der Vernetzung letztlich über die Selbstverwaltung als stabilen ökonomischen und politischen Faktor entscheidet.

Zur gegenwärtigen VSBH-Struktur

Der VSBH als branchenübergreifender Zusammenhang wird derzeit von 34 Betrieben und Projekten getragen, primär aus dem südhessischen Raum. Das ist wegen der dortigen Projektdichte zwar nicht ungewöhnlich, jedoch resultiert daraus die oft kritisierte Rhein-Main bzw. Betriebezentrierung (die konkrete Auswirkungen auf den Vergabe-Modus des Hessenkneteprogramms hatte). Eine Repräsentanz der hessischen Selbstverwaltungskultur läßt sich daraus sicherlich weder ableiten noch legitimieren. Da nun aber Frauen-, soziale und kulturelle Projekte ebenso wie die Betriebe diese andere Kultur untrennbar ausmachen, bedarf es einer Zusammenführung dieser Betriebe ebenso wie (damit verbunden) der hessischen Regionen, um unsere gesellschaftlichen (sowohl die wirtschaftliche als auch die politische) Durchsetzungskraft in Hessen zu stärken. Daß spezielle Geldtöpfe oder enge Marktorientierungen (Branchenverbände, so sinnvoll sie auch sind) so schnell zu Zersplitterung einer umfassenden „Bewegung" beigetragen haben, dürfen wir nicht ohne weiteres hinnehmen.

Trotz unterschiedlicher Prioritäten dürfte klar sein, daß wir mindestens etwas Ähnliches wollen. Der Förderbereich „Soziokultur" im aktuellen VSBH-Hessenprogramm trägt dem bereits Rechnung. Ansätze die Regionen zusammenführen gab es bereits im April 1989, wurden aber wegen einer auszumachenden Passivität der Betriebe/Projekte hinsichtlich einer organisierten Vernetzung nicht weiterverfolgt.

Konsequent wäre nicht nur die Erweiterung des VSBH um den Begriff „Projekte", sondern ebenso Regionalversammlungen bzw. inhaltliche Treffen der verschiedenen Bereiche sowie Regionen- bzw. BereichsvertreterInnen in einem gemeinsamen Rat oder Vorstand. In 1991 werden, mit der beabsichtigten Einberufung von Regionalkonferenzen, dahingehende Aktivitäten zeigen, ob sich aus den zahlreichen SV-Scherben ein Gefäß formen läßt, das verhindert, daß uns eine sehr reale „Utopie" aus den Händen rinnt.

Seit 1990 existiert ein neuer geschäftsführender Vorstand mit Maud Beeskow (Faprik), Helmut Klenk (AUEN), Fritz Wartenpfuhl und Bernd Herz als Kassenführer. Obwohl 12 Leute an der entsprechenden Mitgliederversammlung teilnahmen, beschämend wenig, zumal die nachfolgende VSBH-Veranstaltung „ASH Krebsmühle Gestern und Morgen" über 50 BesucherInnen zählte (mit relativ wenig KrebsmüllerInnen).

Plädoyer für Vernetzung

Von einem „gemeinsamen" Antreten für eine andere Arbeits- und Gesellschaftsstruktur ist ebenso wenig zu sehen, wie es sich nicht empfiehlt der (nicht verlorenen!) Vergangenheit nachzutrauern. Wir sollten uns zur Gegenwart bekennen und unser Selbstbewußtsein darauf aufbauen, daß wir die herkömmliche Sichtweise von Ökologie (Mensch in seiner natürlichen Umwelt) um die soziale Komponente (den Arbeitsplatz etc.) erweitert haben, wir den Demokratiebegriff weiter fassen und insbesondere die Wirtschaftdemokratie als das revolutionierende Moment zu einer anderen Gesellschaft vertreten. Wir repräsentieren eine „neue reale Utopie" in dieser frustrierenden hoffnungstrüben Zeit, die nicht nur den realen entarteten Sozialismus zu Grabe trug, sondern humane Sozialismusmodelle durch Identifikation mit dem realen, die Durchsetzung auf absehbare Zeit unmöglich machen wird. Es ist nun die Zeit, uns bewußt zu werden, daß wir mit unseren wirtschaftdemokratischen Modellen uns und anderen gegenüber in der Verantwortung stehen und gefordert sind. Uns mitzuteilen und uns zu erklären, zu dokumentieren, was möglich ist, auch wenn wir selbst noch lernen, erweist sich jetzt als notweniger denn je.

Die Repräsentanten des bestehenden Systems wissen wohl um ihren Einfluß über gemeinsame Organisationen und um die Stärke, die darin begründet liegt. Das heißt für uns: Um einen gesellschaftlichen Nährboden für breite emanzipatorische Veränderungen zu schaffen, bedarf es einer breiten solidarischen Basis, die die grundsätzlichen Ziele, nicht über interne Differenzen, aus den Augen verlieren sollte (natürlich auch

Geschäftsführer Uwe Weppler im VSBH-Büro

nicht den einzelnen Menschen). Unterschiedliche Fähigkeiten ergänzen sich, jedes Projekt kann nicht alles wissen, Annäherung kann nur über Austausch erfolgen. Denn gemeinsam sind wir allemal schlauer. Was natürlich auch bedeutet, daß dieses „Gemeinsam" gar nicht groß genug sein kann. Was bedeutet, daß wir aktiv dazu beitragen müssen, auch anderen ein selbstverwaltetes Arbeiten zu ermöglichen und nahe zu bringen.

Sicherlich ist mittlerweile klar geworden, daß ein vernünftiges Wirtschaften existenziell notwendig ist, daß die Gesetze und Auswirkungen des Systems auch vor selbstverwalteten Betrieben nicht halt machen (die Nische existiert nicht). Daß die Ansprüche auf einen sicheren Arbeitsplatz, angemessene Bezahlung und soziale Sicherheit mittlerweile nunmal da sind, kann nicht einfach ignoriert werden.

Aber Wirtschaftlichkeit kann nicht alles sein, sondern muß neben anderen, nicht minder existenziellen Bedürfnissen gesehen werden (nach Elmar Sing). Solidarität und Vernetzung ist die Basis der Selbstverwaltung, wenn wir uns weiterhin vereinzeln (und uns in bloßer Kritik an gesellschaftlichen Zuständen genügen), werden wir immer mehr unsere ursprünglichen Ansprüche aufgeben müssen, uns in Richtung ökonomisches Wachstumsdenken bewegen und irgendwann einmal tierisch unglücklich dabei werden. Die wachsende Bedrohung eines alles vereinnahmenden Kapitalismus zeigt sich nicht nur an der Entwicklung in der DDR oder der europäischen oder im Irak, denen es etwas entgegenzusetzen gilt.

Zum Abschluß dieses Abschnitts noch ein Zitat von Giap (vietnamesischer Befreiungskämpfer): „Während all dieser Jahre machte das französische Expeditionskorps einen Prozeß der Zersplitterung durch und verzettelte seine Kräfte auf Tausenden von Posten. – ... – Rote Zonen, die sich ständig ausbreiteten und vermehrten. Die Front verlief dort, wo sich der Feind befand. Sie war nirgends, sie war überall. Die wichtigste Schlacht ging um den Reis."

Praktische Folgen der Vernetzung

a) Interessenvertretung der Mitglieder gegenüber gesellschaftlichen Institutionen.
b) Wirtschaftliche Vorteile durch Information (Überschaubarmachung) Beratungs- und Serviceleistungen (Rabatte).
c) Suche nach und Entwicklung eigener Finanzierungsinstrumente (Bürgschaftsbank)/eigene Verfügung über „Staatsknete".
f) Gesetzesinitativen (z.B. eigene Rechtsform als SV-Identifikation/Steuervorteile).
g) Weiterbildung/Erfahrungsaustausch: gemeinsame praktische Problemlösung (z.B. Organisation/Entlohnung), Austausch in Theorie und Praxis/Qualifikationsseminare
h) Hilfestellung für neue Projekte und Entwicklung einer eigenen Infrastruktur
i) Öffentlickeitsarbeit/Werbung: SV als gesellschaftliche Perspektive propagieren und vertreten/soziales Gütezeichen/Gemeinschaftsanzeigen/Broschüre
j) Gemeinsame soziale Absicherung
k) Konkurrenzschwächung (Schiedsstelle o.ä.)

Gesellschaftliche Situation

Die Kriegskatastrophe am Golf bestimmt mittlerweile massiv das Denken und Handeln der Menschen. Diese existenzielle Bedrohung überlagert zwangsläufig andere Probleme, die dahinter zurückstehen, aber durchaus Zusammenhänge begründen. Wir befinden uns heute in einer gesellschaftlichen Situation, die u.a. geprägt ist von einem zunehmenden Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit, einem entmenschlichten Kapitalismus, einem gravierenden Nord-Süd-Gefälle, ökologischen Katastrophen, Medienanästhesie, Gentechnologie, einem ausufernden Überwachungsstaat, Sozialabbau, Kriegsgefahr. Nicht nur in Ostdeutschland sind soziale Krisen zu erwarten, die umfassende Auswirkungen haben werden. Demgegenüber ist es still geworden um die von Motiven wie Selbstbestimmung und Solidarität getragene Aufbruchbewegung. Impulse einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Veränderung, die auf eine Verknüpfung von Arbeit und sonstigen Lebensinhalten zielen und den Warencharakter menschlicher Beziehungen auflösen wollen, haben einen herben Rückschlag erlitten. Der erhoffte Wertewandel ist vorerst im Wiedervereinigungstaumel stecken geblieben, obschon dieser allein nicht als Begründung herhalten kann, sondern nur Konsequenz ist. Die durchaus positiven Ansätze in der Ex-DDR, Modellvorstellungen hinsichtlich betrieblicher Selbstverwaltung (z.B. Robentron Sömmerda), haben uns ziemlich überrascht und nicht das entsprechende Echo gefunden.

Eine organisierte Selbstverwaltung als politische Kraft zur Unterstützung ähnlicher Bestrebungen wurde sicher mancherorts beschworen. Andernorts erhoffte mensch sich von der Entwicklung in der Ex-DDR eine Sogwirkung auf unsere sinnkriselnde Alternativkultur. Eine neue Ökonomie als Voraussetzung für eine grundlegende Gesellschaftsveränderung. Aber es gibt uns, obwohl es nur die wenigsten wissen. Mit dem Begriff „Selbstverwaltung" wurde zudem ein Wort gewählt, mit dem leider weniger assoziiert wird (öffentliche Selbstverwaltungskörperschaften ?!) Belegschaftsbetrieb bzw. -projekt ist dagegen einfacher zu definieren, so daß diese Bezeichnung auch im Zusammenhang mit einem sozialen Gütezeichen meines Erachtens mehr Sinn macht. Was soll zudem die Abgrenzung von den Übernahmebetrieben? Selbstverwaltung muß ins Bewußtsein der Bevölkerung dringen als attraktive Alternative zur herkömmlichen Wirtschaft, Kultur und Sozialauffassung.

Selbstverwaltungsjahr 1991

Da nur die Praxis, so unzureichend sie meist auch ist, überzeugen kann, einiges zur Konzeption des VSBH 1991/92, sowie die Beschreibung der ständigen Büroaktivitäten. Was die Aktivitäten des VSBH in der Vergangenheit anbelangt, nur kurz und sicher lückenhaft in Stichworten: „Hessenknete", Projektmessen (Ökobank/CONTRASTE), Betriebsstättenzählungsboykott, Gutachten „Status von Gesellschaftlern in selbstverwalteten Betrieben", Hessenstudie, Ökozentrumsinitiative, diverse Veranstaltungen und AG's, Hessenprogramm 1991, u.v.m...

a) Das Büro: (ständige Arbeiten)
   - Informationsvermittlung (Termine, Angebote, Wirtschafts- und sonstige Informationen, Aktuelles aus den Projekten etc.) per:
   - Rundbrief
   - Arbeits-, Literatur-, Infoschriftenvermittlung
   - Anfragen beantworten bzgl. Arbeitsrecht/Betriebsform/Betriebs-, Finanzierungs-,Gründungsberatung
   - Auftragsvermittlung/Kontaktadressen
   - Vorbereitung von MV's und Veranstaltungen
   - Öffentlichkeitsarbeit und Werbung
   - Presseerklärungen/politische Artikel umsetzen
   - Begleitung des Förderprogramms für SVB/SVP in Hessen u.a.
   - Herstellen von Kontaken zu anderen Organisationen und Behörden
   - Projektinitiativen (z.B. eigene Krankenkasse) weiterverfolgen
   - und die leidigen allgemeinen Verwaltungsarbeiten

b) Arbeitsschwerpunkte in den kommenden 18 Monaten:
   1) Veranstaltungen/Projekte:
      a) Projektveranstaltung im Werkhof Darmstadt
      b) Hessenwahl 1991 – Konsequenzen für die Selbstverwaltung
      c) Ökobank ohne Bewegung? – Problemsondierung/-lösungen
      d) Werbekampagne/soziales Gütezeichen/SV-Broschüre Hessen
      e) Bürgschaftsbank
      f) Alternativkrankenkasse
      g) Hessisches Projektereffen (ähnlich den „Wintertagen")
      h) Wirtschaftsdemokratie – Podiumsveranstaltung mit VertreterInnen von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden
      i) Diskussionen zur Theorie und Praxis der Selbstverwaltung
   2) **Mitgliederwerbung**
      a) Verbreitung des Vernetzungsgedankens
      b) Regionalveranstaltungen in Ost-, Nord- und Mittelhessen
   3) **Herausgabe eines »regelmäßigen« Rundbriefs**
   4) **Permanente Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** (Die z.B. angesichts der Entwicklungen in der Ex-DDR ein großes Manko darstellt)
   5) **Umsetzung des »Hessenprogramms« des VSBH** (REA's, Kulturfonds, Bürgschaftsbank, Studie „Alltagssorgen", Infopool, Förderung von Gewerbehöfen, Ausbildungswerkstätten, Weiterbildung/Forschung und der Projektemesse „Ende der Eiszeit"

Zum Abschluß

Die hier aufgelisteten Vorhaben lassen unschwer erkennen (zumal nur die absehbaren aufgeführt werden konnten), wie notwendig und sinnvoll eine entsprechende Stelle für die Verbandsarbeit ist, die natürlich finanziert sein will. Dahingehende Schritte wurden zwar bereits unternommen, sind aber nur für eine Übergangszeit möglich. Der VSBH braucht also die finanzielle und organisatorische Kraft, um sich für übergeordnete wirtschaftliche und politische Ziele der Selbstverwaltung einsetzen zu können. Was nichts anderes heißt als eine breite Mitgliederbasis. Betriebe und Projekte, die aus den unterschiedlichsten Gründen selbst nicht aktiv werden können, sollten eine Interessenvertretung, die sich in direkten Vorteilen für die Projekte auswirkt, daher zumindest über ihr Beitragsaufkommen stärken. Denn nur durch Geschlossenheit gewinnt die Selbstverwaltungskultur gestaltenden Einfluß z.B. auf Förderprogramme und die Chance sich gegen staatliche Vereinnahmungsversuche zu wehren. Bundesweite Anfragen dokumentieren darüberhinaus, wie wichtig eine Organisation wie der VSBH für die Selbstverwaltung ist. ●

Kontakt: VSBH, Mainzer Landstr.147, 6000 Frankfurt 1,
☎ (069) 738 18 74

Anmerkung: In dieser CONTRASTE-Ausgabe befindet sich eine Anzeige des VSBH, worin die Mitgliedsbetriebe/-projekte kurz dargestellt werden. Derartige Anzeigen wirken dadurch effektiver, daß sie die gezielte Suche nach bestimmten Produkten und Dienstleistungen, unter Berücksichtigung regionaler Aspekte, vereinfachen bzw. ermöglichen. Geplant ist darüber hinaus eine Anzeigenserie in verschiedenen hessischen Tageszeitungen und Zeitschriften, soweit es unsere Finanzen zulassen. Da es sich um eine Modellanzeige handelt, wird um Anregung und Verbesserungsvorschläge gebeten. Das Gütezeichen (in Diskussion!) soll als Identifikationsmerkmal dazu dienen die soziale Qualität unserer Produkte und Leistungen zu verdeutlichen und entsprechendes Bewußtsein zeitigen. Aufgabe des VSBH ist die Gewährleistung der dem Gütezeichen zugrunde liegenden Selbstverwaltungskriterien durch die Mitglieder.

VSHB – VERANSTALTUNGSHINWEISE

1) * **Mitgliederversammlung (ab 19 Uhr)**
1) Stelle des VSBH, 2) Hessenprogramm und 3) Sonstiges

Erläuterungen zur Tagesordnung:
zu 1) Die MV soll darüber befinden, ob eine feste Stelle im VSBH-Büro Sinn macht und gegebenenfalls über die dazu notwendigen Finanzierungsinstrumente.
zu 2) Zur Zeit bemühen wir uns um Kontakt zu den GRÜNEN, um den Einfluß auf die Durch- und Umsetzung unseres Forderungskatalogs (siehe auch Programm der GRÜNEN) zu behalten. Deshalb gilt es die einzelnen Förderbereiche, am besten in Form entsprechender Arbeitsgruppen, zu begleiten. Das Engagement der betreffenden Betriebe/Projekte kann zudem als Indiz dafür herhalten, für wie notwendig und sinnvoll die einzelnen Vorhaben erachtet werden.

* Projektveranstaltung Werkhof Darmstadt (ab 20 Uhr)
Thematik: Strukturveränderungen im Werkhof, erlebte Selbstverwaltung und die Konsequenzen für die MitarbeiterInnen, Erfahrungsaustausch.

Mo., 18.2.91, Werkhof Darmstadt, Rundeturmstr.16

Vorankündigungen:

2) **Ökobank ohne Bewegung !?**
Nachdem einige Betriebe/Projekte Probleme mit der Geschäftspolitik bzw. dem Geschäftsgebaren der Ökobank hatten, wird eine Veranstaltung mit VertreterInnen von Ökobank, Beirat und Betrieben/Projekten im März stattfinden, um Problemlösungen zu suchen.

Der Ort und die genaue Zeit werden noch bekannt gegeben.

3) **»Fördermöglichkeiten für Alternativprojekte, -betriebe und Initiativen«**
Veranstalter: BUND, CASH-COOP, Netzwerk, Ökofonds, VSBH

Es werden Referenten zu folgenden Themenkomplexen sprechen:
1) Ökofonds
2) Fördersystematik/Landesförderung
3) Ökobank/Bürgschaftsbank (Hessenprogramm VSBH)
4) Netzwerk/Direktkreditvermittlung
5) Stiftung »Nachbarschaftlicher Träger«

3. März 1991, 10 bis 17 Uhr, im »Bürgerhaus Südbahnhof«, Frankfurt/Main

4) **»Hessenwahl 1991«**
Diskussion konkreter Reaktionen auf die politischen Verhältnisse in Hessen. Konkrete Weiterverfolgung des VSBH-»Hessenknete«-Programms.

Voraussichtlich Ende März, Termin und Ort werden noch bekanntgeben.

KRIEG AM GOLF!

Aus aktuellem Anlaß diese wenigen Zeilen.
Mittlerweile ist die unvorstellbar schreckliche Katastrophe Krieg eingetreten. Und alles andere ist darüber so unwichtig geworden. Verständnisloses Entsetzen, wohin mensch schaut. Mit einer wirklich demokratischen und damit wirtschaftsdemokratisch strukturierten Gesellschaft ließen sich Wirtschaftskriege nicht führen.

Uns bleibt, immer ständig und permament, und nicht erst wieder einmal kurz vor 12, darauf hin zu wirken, daß wir niemals wieder eine derartige Situation erleben müssen.

Beteiligt Euch massenhaft an Aktionen gegen den Krieg.
Kein Blut für Öl!

Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen

GUTSHAUS AUF RÜGEN

Kommuneprojekt sucht Unterstützung

Eine Initiative stellt sich vor: Intentionen – Probleme – Ergebnisse

Katja Hellwig, Kransdorf/Rügen ● Von Stralsund über den Rügendamm kommend, trifft man auf eine freie Landschaft mit weithügeligen Feldern und Weiden, durchzogen von alten Alleen an gewundenen Straßen, in der wie kleine Inseln Baumgruppen und Ansiedlungen liegen. Hügelgräber bezeugen die lange Geschichte der Besiedlung des Gebietes.

Eine dieser Insel-Baumgruppen ist der Ort Kransdorf. Nur 10 km von Stralsund entfernt, liegt er doch wohltuend abgeschieden von touristischen Zentren. Vom einstigen Dorf sind nur noch Reste vorhanden, bis auf das Gutshaus mit Krüppelwalmdach und einem Stall ist alles eingefallen und überwuchert.

Dieses Gutshaus Kransdorf ist unser Ausgangspunkt. Es hat uns zu einer Gruppe zusammengeführt, die trotz unterschiedlichen Alters die gleiche Besorgnis über die extreme Ausbeutung der Natur teilt und die nicht will, daß menschliche Beziehungen zu Oberflächlichkeit oder Vereinzelnung führen. Wir wollten die offene gesellschaftliche Situation in unserem Lande nicht ungenutzt vorübergehen lassen.

Das Ziel unseres „Insel" e.V. – Projektgruppe Kransdorf – ist die langfristige Wiederbelebung des Dorfes als eine ausstrahlende Begegnungsstätte mit folgenden Bereichen:

- ökologische Landwirtschaft (biologisch-dynamisch angestrebt), eingeschlossen die Einflußnahme auf die Landschaftsgestaltung
- Handwerk und Künste und deren therapeutischer Einsatz
- Bildungsarbeit

Die Anfänge sind gemacht. Lokale Verbindungen sind lebendig. Ein kräftiges Ja zu unserem Vorhaben sehen wir in der vertraglichen Fixierung für die Nutzung von Gutshaus, Garten und weiteren Baugrundstücken. Die Übernahme landwirtschaftlicher Flächen ist in Vorbereitung.

Weder fehlt es uns an Phantasie noch an Realismus, aber die Kräfte unserer Gruppe sind stark strapaziert, denn das Umlernen im Umgang mit Behörden und Gesetzen und nicht zuletzt die existenziellen Sorgen jedes Einzelnen führen uns an Grenzen. So weit gediehen sollte unser Projekt nicht als Übungsstück, um etwas über die „neue Welt" zu lernen, wieder zu den Akten gelegt werden.

Wir suchen Unterstützung!
Gibt es diesen oder jenen der unser Anliegen im H[illegible]mitträgt und seine Energien gern dazugeben möchte? [illegible]spielraum, aktiv unseren Impuls mit auszugestalten ist groß!

In vieler Hinsicht ist Hilfe gefragt:
- Beratung im Management/Rechtsberatung
- fachkundige Mitarbeit auf den Gebieten Gartenbau, Feldwirtschaft, alternative Energiequellen, Sozialtherapie u.v.m.
- Bauberatung bzw. Betreuung der Sanierung und des Ausbaus
- viele fleißige Hände an den Bauwochenenden
- Geräte und Materialien für Garten, Ausbau (Holz!) und Landwirtschaft
- und natürlich Geld – wie überall

(Unser Verein ist anerkannt gemeinnützig. Wir sind berechtigt für Spenden und Beiträge Spendenbescheinigungen auszustellen. Spendenkonto BLZ 12056652 Konto-Nr. 3619175)

Interessenten wenden sich bitte an „Insel" e.V.
Ralf Haas, Kransdorf 1, Post Jarkvitz 0-2331
☎ Stralsund (003738) 57 41

Inga Carrière, Bänschstr.71 Berlin 0-1035
☎ Ost-Berlin 588 78 01

ADRESSBUCH

2/3 Weltgruppen in der Ex-DDR

In Zusammenarbeit mit dem Büro „Information Koordination Tagungen" in (Ost-) Berlin hat das Informationszentrum Dritte Welt e.V. aus Freiburg ein Adreßbuch über die 3. Welt-Gruppen der ehemaligen DDR herausgegeben.

Darin enthalten sind Beiträge über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der sogenannten 2/3-Weltgruppen, außerdem eine Stellungnahme des Entwicklungspolitischen Runden Tisches zu den Grundsätzen einer entwicklungsbezogenen Bildung, Forschung und Publizistik.

Detlev Vogel, der die Szene schon aus der Vergangenheit gut kennt, hat seine Erfahrungen und seine Einschätzung der Entwicklung in zwei Beiträgen zusammengefaßt.

Adressen und Selbstdarstellungen sind der Informationsschwerpunkt der nun vorliegenden Broschüre. In Beiträgen mit einem Umfang von einer bis drei Seiten berichten die verschiedenen Gruppen über die Aspekte und Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Ein ortsalphabetisch sortiertes Adreßregister der rund hundert Adressen und die Sortierung nach Arbeitsschwerpunkten machen das Buch übersichtlich.

Adressen wichtiger bundesdeutscher Institutionen geben Benutzern aus den fünf neuen Bundesländern erste Möglichkeiten einer Kontaktaufnahme.

Zwischen Rostock und Dresden. 2/3 Weltgruppen. Ein Handbuch. Hrsg.: INKOTA-Netzwerk e.V.; Red. Detlev Vogel.
Informationszentrum 3. Welt, Postfach 53 28, 7800 Freiburg.

FRIEDENSZENTRUM ZWICKAU

Beitrag zu Friedenspolitik

Monika Dressel, Zwickau ● Das Friedenszentrum Zwickau, das seit November vergangenen Jahres auf Beschluß des Runden Tisches an der Ecke Plauensche Straße/Magazinstraße sein Domizil hat, ist jetzt arbeitsfähig. Eine Summe von jenseits der 500.000 Mark-Grenze ist bislang von der früheren Gebäudewirtschaft, dem juristischen Eigentümer, und von der Stadt investiert worden, um das vorher fünf Jahre leerstehende Haus auf Vordermann zu bringen. Ein Ausstellungsraum- und ein Veranstaltungsraum sind neben vielem anderen in aufwendiger Arbeit entstanden. Das Zentrum hat sich zum Ziel gesetzt, „einen Beitrag zu leisten, um das fortzusetzen, was mit Gorbatschow begonnen hat." Die InitiatorInnen wollen Friedenspolitik in einem sinnvollen Miteinander verstanden wissen und im Alltag praktizieren.

Jeden Dienstag Nachmittag öffnet das Kinderspielzimmer. Zur selben Zeit gibt es einen Treff von Arbeitslosen. Gegenwärtig ist eine Kunstausstellung zu sehen. Bald wird auch ein Lesezimmer nutzbar sein, später soll ein Alternativcafe entstehen.

Das westsächsische Zentrum steht in Korrespondenz mit über 300 Initiativen aus der ganzen Welt. Die Bibliothek des Friedensnobelinstitutes in Oslo hat die Reden und Biographien aller Friedensnobelpreisträger gespendet. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels in Frankfurt am Main überließ den Zwickauern Reden all seiner Literaturpreisträger. Der westdeutsche Wissenschaftler Carl Friedrich von Weizäcker stiftete ein handsigniertes Buch.

Auch die Kommune hat sich für das Zentrum ins Zeug gelegt. Als es ihm an den Kragen ging, weil der frühere Eigentümer die Rückübertragung des Gebäudes beantragte, entschieden Stadtverwaltung und Hauptausschuß der Stadtverordnetenversammlung entsprechend dem Einigungsvertrag: Rückübertragung an frühere Eigentümer ist ausgeschlossen, wenn Grundstücke und Gebäude in erheblichen Aufwand in ihrer Nutzungsart und Zweckbestimmung verändert wurden und wenn auch in Zukunft ein öffentliches Interesse dieser Nutzung besteht.

Anzeige

KÖPRÜ PIR МГЕФУРА A PONTE EL PUENTE IL PONTE MOST
DIE BRÜCKE
NACHRICHTEN • MEINUNGEN • KULTUR
FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

DISKUSSIONSFORUM
GEGEN NORMIERTES DENKEN UND
ZEITGEIST-STRÖMUNGEN

DIE BRÜCKE erscheint seit acht Jahren zweimonatlich regelmäßig und wird im In- und Ausland gelesen. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten gehören: das schwierige Verhältnis Deutschlands zu seinen eingewanderten Minderheiten, der Umgang mit Menschenrechten in West-Europa, Flucht und Völkerwanderung, Themen des alltäglichen und strukturellen Rassismus und Ethnozentrismus sowie Bereiche der interkulturellen Begegnung.

DIE BRÜCKE bietet in einem kommentierten Nachrichtenteil und einer umfassenden Medienschau einen Überblick über die aktuelle Diskussion.

DIE BRÜCKE ist Sprachrohr für alle Beteiligten, entwickelt und verändert sich mit den Interessen ihrer Leserschaft, von der sie auch gestaltet und getragen wird. Unbequeme Meinungen und Streitkultur sind ihre Grundelemente.

DIE BRÜCKE freut sich über jedes neue Interesse.
Kontaktaufnahme und Probehefte über:

DIE BRÜCKE
Riottestr. 16 * 6600 Saarbrücken 3
Tel. 0681/390 58 50 o. 81 72 32

Anzeige

VERBAND DER SELBSTVERWALTETEN BETRIEBE IN HESSEN

DIE VSBH-MITGLIEDSBETRIEBE UND -PROJEKTE · WIR MACHEN (FAST) ALLES!

AUSBILDUNG			
FaPrik (Kauffrauenausbildung)	Eichwaldstr. 44	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/468101◀
ISO (Seminare)	Mainzer Landstr. 147	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/7381833◀
Jugendbüro + Hauptschülerarbeit	Rheinstr. 109	6200 Wiesbaden	▶Tel.: 0611/309533◀
Legasthenie-Zentrum	Ludwigshöhstr. 69	6100 Darmstadt	▶Tel.: 06151/664440◀
Werkhof (Elektro/Metall)	Rundeturmstr. 16	6100 Darmstadt	▶Tel.: 06151/26664◀
BETRIEBSBERATUNG			
Büro Erhard Fitzner	Petterweilstr. 44	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/455487◀
ISO	Mainzer Landstr. 147	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/7381833◀
BUCHHANDLUNGEN			
Eulenspiegel	Weiherstr. 11	6203 Hochheim	▶Tel.: 06146/4615◀
Georg-Büchner	Lauteschlägerstr. 12	6100 Darmstadt	▶Tel.: 06151/77424◀
DRUCK			
Nexus	Oberwiesenstr. 2a	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/541050◀
HANDEL/NATURKOST			
Biologisches Gefach (Baubio.)	Im Langgewann 12c	6238 Hofheim	▶Tel.: 06192/24042◀
Blätterwald e.G. (UWS-Artikel)	Weilstr. 2	6292 Weilmünster	▶Tel.: 06472/7032◀
Distel-Naturkostladen	Homburger Str. 17	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/779405◀
FaPrik (Schul-/Bürobedarf)	Eichwaldstr. 44	6000 Franfurt	▶Tel.: 069/468101◀
Krebsmühle-Antiquitäten	Krebsmühle	6370 Oberursel	▶Tel.: 06171/79572◀
Malm-Naturkostladen	Friesengasse 14	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/702227◀
Met-Jonas (Honigwein)	Schulstr. 18	6479 Ober-Mockstadt	▶Tel.: 06041/5325◀
Wagner & Co (Solaranlagen)	Zimmermannstr. 1	3550 Marburg	▶Tel.: 06421/67055◀
HOLZ			
Elephant Holzwerkstatt	Niederurseler Str. 7	6370 Oberursel 5	▶Tel.: 06171/76144◀
Krebsmühle-Laugerei	Krebsmühle	6370 Oberursel	▶Tel.: 06171/79572◀
KULTUR/CAFE/DISCO			
Batschkapp (Musik/Disco)	Maybachstr. 24	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/531037◀
Café Klatsch	Marcobrunnerstr. 9	6200 Wiesbaden	▶Tel.: 0611/440266◀
Camera Obscura (Tonbild)	Augrabenweg 5	6230 Frankfurt	▶Tel.: 069/311745◀
Gallus Zentrum (Theat./Disco)	Krifteler Str. 55	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/7380037◀
Kino-Team/Berger Kinos	Günthersburgallee 38	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/448085◀
Kulturcafé	Hermannstr. 7	6100 Darmstadt	▶Tel.: 06151/25832◀

MEDIEN			
die tageszeitung	Mainzer Landstr. 147	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/733490◀
Dr. med. Mabuse (Gesundheit)	Mainzer Landstr. 147	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/7381724◀
Network (Hör-Dokumentationen)	Hallgartenstr. 69	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/451737◀
SOZIALES			
Kontakt (Alten-/Krankenpflege)	Leibnizstr. 5	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/439160◀
Bauhof (Arbeitstherapie im Suchtbereich)	Austr. 14	6050 Offenbach	▶Tel.: 069/823106◀
TAGUNGSHÄUSER			
Bessunger Forst	Aschaffenburger Str. 183-187	6101 Rosdorf	▶Tel.: 06151/145171◀
TECHNIK/ENERGIE/ÖKOLOGIE			
ARGUK (Umweltlabor/Analysen)	Krebsmühle	6370 Oberursel	▶Tel.: 06171/71817◀
AUEN (Energie-/Umweltplanung)	Neuhaußstr. 11	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/5973691◀
Wagner & Co (Solartechnik)	Zimmermannstr. 1	3550 Marburg	▶Tel.: 06421/67055◀
VERLAGE			
EXTRA Zeitschriften-Verlag	Langgasse 24 H	6200 Wiesbaden	▶Tel.: 0611/307011◀
Focus Verlag	Grünberger Str. 16	6300 Gießen	▶Tel.: 0641/71799◀
Georg Büchner (Verlag)	Lauteschlägerstr. 18	6100 Darmstadt	▶Tel.: 06151/77424◀
Nexus Verlag	Oberwiesenstr. 2a	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/541050◀
SOVA Verlagsauslieferung	Franziusstr. 44	6000 Frankfurt	▶Tel.: 069/490759◀
Wagner & Co (Solar/Regenwasser)	Zimmermannstr. 1	3550 Marburg	▶Tel.: 06421/67055◀

GÜTEZEICHEN (IN DISKUSSION)

VSBH BELEGSCHAFTSBETRIEB VSBH BELEGSCHAFTSPROJEKT

DIE BELEGSCHAFTSVERSAMMLUNG IST OBERSTES ENTSCHEIDUNGSGREMIUM DES BETRIEBES ODER PROJEKTES.

INFORMATIONEN ZUR MITGLIEDSCHAFT:
VERBAND DER SELBSTVERWALTETEN BETRIEBE IN HESSEN
MAINZER LANDSTRASSE 147 · 6000 FRANKFURT AM MAIN · TELEFON 069-7381874

FORTSETZUNG VON SEITE 1: THEORIE UND PRAXIS ALTERNATIVER LEBENSGEMEINSCHAFTEN

Kommune aufbauen — vom Kibbuz lernen

Im Zuge der rational unvermeidlichen Außerkraftsetzung der heteronomen, durch transzendente (göttliche) Strafen und Verheißungen gebotenen Solidaritätsethik („Liebe Deinen Mitmenschen Dir gleich") wurde durch die sozialistische Notwendigkeit der Selbstveränderung (Walter Ulbricht: „Vom Ich zum Wir") gleich mitliquidiert, geschichtsvergessen, nichtachtend, daß der jesuanische Radikalismus der Nächstenliebe und sein Urkommunismus von 1700-jähriger Pfaffenherrschaft nie ganz hat zerstört werden können, sondern über das Sozialengagement der Mönche, christlicher Bauernführer, „Levellers", „Non-conformists" und Frühsozialisten, über christliches Naturrecht bis in die „Brüderlichkeit" der bürgerlich-revolutionären Linken europäische Sozialstrukturen, Sozialpolitik und sozialistische Bewegungen mit geprägt hat.

Diese Hefe eines nonkonformistischen Engagements im klassengesellschaftlichen Schichtenteig ist den Linken verlorengegangen – ausgenommen die (vor allem: romanischen) Bewegungen des konstruktiven Anarchismus(7) und der israelischen Kibbuzim mit ihrem höchst beachtlichen, aber vom sozialistischen Mainstram nie als Vorbild ernstgenommenen, freiheitlich-kommunistischen Formen. Statt dessen vertraute man auf die sozialistische „Entwicklung", die „Organisation", die „Massenbasis", die revolutionäre oder parlamentarische; „the God that failed" (Koestler).(8)

Dies Scheitern gilt sogar für die Infrastruktur sozialistischer Parteien, Gewerkschaften und gemeinwirtschaftlicher Unternehmen, wo klassengesellschaftliche Autoritätsstrukturen, Hierachien, Status- und Karrierestrukturen, nicht zuletzt aber Patriarchalismus den Verlust ethischer Normen und damit der sozialistischen Glaubwürdigkeit am krassesten dokumentieren – mit einigen Ausnahmen bei den Grünen. Kurz, wir befinden uns mitten in einer tiefgreifenden Krise des Sozialismus, die weit über die mit Recht viel diskutierte Krise des Marxismus(9) hinausgeht.

Nachdem seit inzwischen mehr als einem Jahrzehnt über die Krise des Sozialismus diskutiert wird, scheint es hohe Zeit, eine sozialistische Neuorientierung nicht nur zu fordern, sondern konkrete Schritte in Angriff zu nehmen bzw. die vorhandenen Ansätze wesentlich ernster weiterzuentwickeln als dies bisher in der Linken geschehen ist. Wir selbst haben im vergangenen Jahrzehnt versucht, so konkret wie möglich zu einer solchen Neuorientierung beizutragen.(10) Gemeinsam mit anderen „Ökosozialisten" wie Johano Strasser, Ossip K.Flechtheim, Andrē Gorz, und nach vielen Dikussionen mit Genossen der sozialistischen Kibbuzbewegung, sind wir zu einigen essentiellen Aufbauprinzipien, zu Weg- und Zielbestimmungen einer überlebensfähigen und klassenlosen Gesellschaft gelangt; dabei erweist sich **die Hinwendung zu autonomer sozialistischer Praxis** vor allem in kommunitären Lebens- und Arbeitsformen als conditio sine qua non jeder in Zukunft erfolgsversprechenden Erneuerung des Sozialismus. Es handelt sich dabei in unserem Zusammenhang vor allem um die Prinzipien

- ökologischen Lebens und Arbeitens,
- der Selbstveränderung im Sinne von Gleichheit und existenzieller Solidarität,
- der Aufhebung des Patriarchats,
- der radikalen (Basis-)Demokratie und
- des „Umbaus des Sozialstaats" im Sinne von Dezentralisierung und Sozialer Selbsthilfe.

Wir haben diese Prinzipien mit weiteren, makropolitischen (ökologische Wirtschaftsdemokratie; Gewaltfreiheit) in „Sieben Essentials des Ökosozialismus" zusammengefaßt.(11)

Diese genannten ökosozialistischen Prinzipien sind den kommunitären und Arbeitsstrukturen des Kibbuz in hohem Maße immanent oder entsprechen zumindest Kibbuz**normen**. Auf der anderen Seite ist in diesem Tatbestand auch eine Bestätigung der sozialistischen Neuorientierung hierzulande zu sehen: Die Tatsache, daß Sozialismus, eine Gesellschaft der Gleichen und Freien, bei optimaler Beteiligung an allen gesellschaftlichen Entscheidungen, bisher nirgends in einer Industriegesellschaft in so hohem Maße verwirklicht wurde wie im Kibbuz, kann als Beweis dafür angesehen werden, daß die radikaleren, auch personalen Grundforderungen dem Ziel eines humanen Sozialismus angemessener sind als die des konventionellen „Staatssozialismus" jeglicher Prägung.

Nun hätte die hervorragende Bedeutung des Kibbuz für eine Neuorientierung der sozialistischen Theorie und Praxis freilich wenig praktischen Lernwert, wenn die Krise des „Staatssozialismus" jeder Couleur und das vielfache Versagen des Sozialstaats nicht wenigstens **aktive Minderheiten im linken Spektrum** in den letzten Jahren zu zahllosen autonomen Initiativen alternativer Sozial- und Kulturgestaltung sowie des kommunitären Lebens und Arbeitens veranlaßt hätte. Seit Ende der 60er Jahre haben zunehmende Minderheiten mit selbstorganisierten Kinderläden und (freilich nur selten kommuneartigen) Wohngemeinschaften begonnen, mikrosoziale und -kulturelle Strukturen autonom und „alternativ" zu organisieren: jenseits kleinbürgerlich-individualistischer bzw. bürokratisch-sozialpolitischer repressiver Lebens- und Erziehungsformen, und auch (inzwischen in etwa 10-12.000 Kooperativen) jenseits kapitalistischer Eigentums- und Arbeitsorganisationsformen.(12) Und seit Mitte der 70er Jahre verallgemeinerte sich dieser Prozeß der konstruktiven Selbstorganisation durch Aktivierung von mittlerweile ca. 500-600.000 besonders betroffenen und/oder selbstbewußten Bürgern in einer schnell wachsenden Zahl von Sozialen Selbsthilfegruppen.(13)

Die – sehr allmähliche – Abwendung von dem Irrglauben an die Allmacht zentralistischer, bürokratischer, staatlicher Sozialpolitik oder gar staatlicher Sozialismus-Konzepte zeigt sich aber nicht nur in **praktischen** Ansätzen zur Selbstorganisation, Selbsthilfe und Kooperation, sondern auch in einer **theoretischen** Neuorientierung, sowohl in den Sozialwissenschaften wie in den politischen Programmdiskussionen. Hier sei nur auf die wissenschaftlichen Ansätze in der Genossenschafts- und Sozialstaatsdiskussion verwiesen, die sich unter anderm mit dem Namen wie Peter Gross, Johano Strasser, Rolf Heinze, Wolfgang Beywl, Ivan Illich und Klaus Novy verbindet. Michael Opielka hat vieles von diesen Autoren und Beiträgen gesammelt und unter dem mittlerweile zum Signal der Neuorientierung gewordenen Stichwort „Umbau des Sozialstaates" herausgegeben.(14)

Daß kommunitäre, kibbuzartige Formen des Miteinanderlebens und -arbeitens in der Perspektive solchen Umdenkens liegen, ist offenkundig: Nirgends ist die relative Unabhängigkeit der Menschen von zentralistischer Kultur- und Sozialbürokratie, die Selbstorganisation, die personale statt einer monetären bzw. institutionell-bürokratischen Daseinsfürsorge der Menschen weitergehend verwirklicht als im Kibbuz. Der sozialökologische „Umbau der Gesellschaft", von dem Alternative aller Couleur bislang weiterhin nur theoretisch träumen können, ist im Kibbuz vieler Hinsicht verwirklicht.

In der linksökologischen Programmatik wird diese Vorbildstruktur vollgenossenschaftlicher Formen auch **de facto** als solche herausgestellt – paradoxerweise meist eben nur de facto, d.h. ohne das real exisiterende Vorbild Kibbuz beim Namen zu nennen; der dogmatische Antizionismus, durch dessen Verdikt der Kibbuz ideologisch zum „Wehrdorf" herabgewürdigt wird, verbietet es, hier zu lernen. Aber, wie gesagt, das Konzept selbst ist wie nie zuvor in der deutschen Linken anerkannt; demgemäß wird im grünen „Sindelfinger Programm" von 1983 gefordert, nicht nur **allgemein** autonome Initiativen und Projekte zu entwickeln, sondern auch „selbstorganisierte Großgemeinschaften". Auch die Sozialdemokraten haben theoretische Schritte weg vom altlinken Staatssozialismus, hin zu mehr Genossenschaftlichkeit, Selbstorganisation und Selbsthilfe unternommen. Die Grundwerte-Kommission der Partei hat im Februar 1982 dazu eine tatsächlich bahnbrechende (in der Partei aber noch keineswegs weithin „angekommene") Denkschrift veröffentlicht: „Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens".(15)

Der qualitative Sprung: Kommune wagen

Die Frage ist jetzt: wie und wann kann man von all diesem – relativ bescheidenen oder abstrakten – Absichtserklärungen und den noch bescheideneren selbstorganisierten Ansätzen zum Aufbau kommunitärer Lebens- und Arbeitsorganisationen kommen. In zwei Schritten soll hier eine erste Antwort versucht werden: Einmal ist lebhaft die Lust vorzustellen, die richtig vereinbartes Kommuneleben bereiten kann, und das heißt zugleich: Befürchtungen sind abzubauen, die in uns allen gegenüber eingebildeten und tatsächlichen Zwängen eines Gemeinschaftslebens bestehen (s.u.); zweitens ist dann eine Strategie der Verwirklichung zu entwickeln (s.u.).

Die kommunitäre Utopie und das Lustprinzip

Das, was im linken und alternativen Lager noch immer allgemein und unverbindlich utopisiert wird – als „ganzheitliches Gemeinschaftsprojekt", „Großgemeinschaft" oder „Selbstversorgung auf der Grundlage von Gemeinschaftseigentum" –, heißt konkret:

1. **Miteinander wohnen** (nämlich zusammenhängend, aber individuell aufgegliedert), um Isolierung zu überwinden und auch Bedürftige, Kinder, Kranke, Alte, Arme **nach Möglichkeit** integrieren zu können.
2. Nach Möglichkeit und Konsens **materielle Lebensbedürfnisse gemeinschaftlich erfüllen**, d.h. kraftsparend, kommunikativ und ökologisch verantwortungsbewußt.
3. Nach Möglichkeit und Konsens eine **Gemeinsame Kasse einrichten**, d.h. Befriedigung der (Grund-) Bedürfnisse aller, unabhängig von Einkommen und herrschender Leistungsbewertung des einzelnen.
4. Nach Möglichkeit in **gemeinschaftlicher Produktion** gemeinsam, ökologisch sinnvoll arbeiten, um soweit wie möglich von kapitalistischer und bürokratischer Fremdbestimmung, „Waren"-Produktion, Leistungshierachie und Arbeitsmonotonie freizuwerden.

Noch leuchtet die Überlegenheit dieser Kommuneprinzipien allerdings sehr vielen bestenfalls **allgemein-soziologisch** ein, nicht aber **konkret**-existenziell, im Sinne kommunitärer Neuorientierung des eigenen Lebens. In der Tat sollten wir nicht so tun, als verstünde sich die Überlegenheit des kollektiven oder kommunitären Lebens gegenüber dem besitz- und familienindividualistischen von selbst. So mögen Linke zwar für kollektive (genossenschaftliche, vergesellschaftete) Produktion, für Kommunalisierung statt zentralstaatlicher Organisierung der Daseinsfürsorge, für Konsum- und Mietergenossenschaften eintreten – bei der Vorstellung gemeinschaftlicher statt individueller **Lebensgestaltung**: „Togetherness"(16) statt ungebundener Single- oder Klein-Familienexistenz, zukken die meisten jedoch geräuschvoll oder insgeheim zurück. Offensichtlich ist es bis heute nicht gelungen, eine Realutopie des freien Miteinanderlebens zu entwickeln, die nicht nur ökologisch vernünftig und sozialistisch prinzipiengerecht, sondern zugleich lustvoller als das isolierte Fürsichleben erscheint: individuell befriedigender, sicherer, angst- und repressionsfreier, abwechslungsreicher und relativ sogar weniger eingeengt als das besitz- und familienindividualistische Leben.

Wir sind nun der Überzeugung, daß ein – durchaus „kibbuz-kritisch" auf der kommunitären Kibbuz-Konzeption basierender – realutopischer Entwurf vom Gemeinschaftsleben als die nicht nur gerechtere, humanere, sondern auch individuell befriedigenderer Form des Lebens und Arbeitens durchaus herstellbar ist. Hier können wir jedoch nur exemplarisch einige der wichtigsten Aufgaben benennen, die sich bei der Ausgestaltung des Kommunemodells stellen und die durchaus in einem hedonistischen Sinn zu lösen sind – das heißt: mit weniger Unlust, Druck, Angst – mit mehr Lustgewinn, Selbstbestimmung, Existenzsicherheit als in der besitzindividualistischen bürgerlichen oder gar in einer bürokratisch-kollektivistischen Herrschaftsordnung.

1) Vor allem muß und kann herausgearbeitet werden, daß die einzelne Person, auch die einzelne Beziehung oder Familie in der kommunitären Gemeinschaft **nicht weniger, sondern mehr persönliche Freiheit**, mehr „Entfaltung der Persönlichkeit" realisieren kann. Um mit dem Abbau von zwei der schlimmsten kollektivistischen Zwangsvorstellungen zu beginnen: Ein entwickeltes Kommunekonzept kennt sicher keine beengenden „Wohngemeinschaften", sondern Haus- oder Häusergemeinschaften, in denen jede/r einen abgeschlossenen Wohn- und Lebensbereich hat – freilich ohne dadurch zur isolierten Person/Familie in einer anonymen, fremdbestimmten Mietskaserne oder Eigentumswohnung zu werden. Ebensowenig kann eine libertäre Kommunekonzeption kollektivistische Eßrituale mit obligatorischer Einheitsverpflegung ins Auge fassen, wohl aber eine freiwillige, konsensuale Vereinbarung über gemeinsames oder individuelles Essen, bei der die großen ökologischen, ökonomischen und kommunikativen Vorteile zumindest ein- bis zweimaliger Zusammenkunft und Gemeinschaftsküche die meisten, vor allem aber die meisten Frauen sehr bald (bei häuslichem Jobsharing: noch schneller die Männer!) dahin bringen werden, mehr Lust zu haben (mehr Abwechslung, Arbeitserleichterung, soziale Kontakte), eine (oder alle) Hauptmahlzeit(en) gemeinschaftlich einzunehmen. Die Kibbuzerfahrung jedenfalls lehrt die hohe Bedeutung des gemeinsamen Speiseraums, der eben zugleich Kommunikationszentrum ist. Aber sie lehrt ebenso die notwendige Überwindung eines dogmatischen Alltags-Kollektivismus.

2) Noch weit mehr Flexibilität, zur Respektierung jedes nur möglichen individuellen Spielraums, wird das Kommuneprojekt entwickeln müssen beim **Prinzip der Gemeinsamen Kasse**. Hierauf gründen sich ja die meisten Aversionen und Vorbehalte gegen kommunitäres Miteinanderleben. Daher muß, bei zweifelsfreier Anerkennung des Grundsatzes solidarischer „Mutualität", der gegenseitigen Hilfe und Verantwortlichkeit, der völlig freien Vereinbarung der Mitglieder anheimgestellt werden, ob sie ihr (individuelles) Einkommen in **vollem** Umfang der Gemeinsamen Kasse überweisen wollen oder nur gewisse (hohe) Prozentanteile, die zur grundlegenden Versorgung aller Beteiligten ausreichen. Bei erheblicher Einkommensdifferenzierung in einer prinzipiell kommunebereiten Gruppe könnte ein undogmatischer „Kommunismus", der von den Gutverdienenden einen hohen Solidaritätsbeitrag, aber nicht die totale, „aufopfernde" Nivellierung fordert, Lust zur Gemeinsamkeit fördern, und Unlust (Kollektivierungsängste) abbauen. Solange sich also alle einig sind, daß in die Gemeinsame Kasse genügend eingezahlt werden muß, um allen in gleicher Weise menschenwürdige Wohn- und Kulturausgaben zu finanzieren, **muß das Projekt des Miteinanderlebens nicht deshalb zum Scheitern verurteilt werden, weil einzelne sich von bestimmten überschüssigen Anteilen ihres Einkommens (noch) nicht trennen wollen**. Das gilt allerdings nur, wenn der äußere, „materielle" Lebenszuschnitt des Besserverdienenden sich nicht ärgerlich auffallend von den Schlechterverdienenden unterscheidet und jedes individuelle Erben ausgeschlossen wird.

3) Ein anderer wichtiger Spielraum individueller Bedürfnisse und Entscheidung, der schwer mit dem Prinzip der Gemeinsamen Kasse und der Gleichheit zu vermitteln ist, aber dringend auch im Kommuneleben freigehalten werden muß, ist der **Beitrag an Arbeitszeit**, den jedes Kommunemitglied zu leisten bereit ist. Im Kibbuz ist solche Wahlfreiheit infolge seiner historisch gewachsenen Bedingungen undenkbar. Jede/r arbeitet dort noch immer 6 Tage, 48 Studen die Woche (allerdings mit vielen **generellen** Ausnahmeregelungen für Mütter, Ältere, Künstler, Leute, die sich weiterbilden etc.). In unseren Gesellschaften jedoch, in denen es als arbeits-ökonomische wie ökologische Tugend gelten muß, wenn Menschen bereit sind, weniger zu arbeiten und zu konsumieren, damit es mehr Arbeitsplätze und weniger Ressourcenzerstörung gibt, dürfte ein kommunitäres Lebensmodell die Möglichkeit verschiedener individueller Arbeitszeit-Beiträge keineswegs ausschließen – im Gegenteil. **Vielleicht wäre überhaupt die Füllung der Gemeinsamen Kasse und ihres (dann wahrscheinlich relativ frugalen) Ausgabenrahmens auf der Basis einer 30-Stunden-Woche bzw. der ihr entsprechenden Einkommensteile eine ideale Lösung aller hier angerissenen Arbeits-, Einkommensverteilungs- und kollektiven wie individuellen Konsumprobleme.**

4) Daß die Lust auf Kommuneleben niemanden vergällt werden darf durch zu weit gehende Bindungsklauseln, was eingebrachte Vermögensteile oder (Ab-)Zahlungsverpflichtungen betrifft, versteht sich von selbst: Einerseits kann gemeinschaftlicher Erwerb von Wohnungseigentum (oder Erbpachtverträge) und Produktionsmitteln nur durch längerfristige Finanzierungspläne und -verpflichtungen gelingen, aus denen niemand ohne Gefährdung des Ganzen beliebig aussteigen kann. Andererseits müssen sorgfältige Regelungen vorgesehen werden, die jeder/jedem eine Ablösung oder den Ausstieg ohne finanziellen „Totalschaden" ermöglichen. Da der Bestand des Gemeinschaftprojekts dadurch nicht in Gefahr geraten darf, heißt dies in der Aufbauphase freilich, eine Ersatzperson finden, die die finanziellen Verpflichtungen übernimmt, oder mit ziemlich langfristigen Erstattungsratenzahlungen für das eingebrachte vorab sich einverstanden zu erklären.

5) Ein bedeutsamer – und dazu in der Konsensfindung äußerst sensibler – Bereich ist die undogmatische Ausgestaltung der Gemeinschaftserziehung. Wir glauben, daß die **Idee der Gemeinschafterziehung** (als einer primären Sozialisation im Geiste von **Mit**menschlichkeit, Sicheinfügen, Sichbehaupten und Sichmitverantwortlich-Wissen **in einer Gruppe**) ebenso zu den unabdingbaren Essentials kommunitären Lebens wie die prinzipielle Gleichheit der Bedürfnisbefriedigung (Entkoppelung von Leistung und Konsum) und die direkte Demokratie gehört. **Nicht** unabdingbar dagegen sind ehemals im Kibbuz festgelegte (nicht zuletzt aus Wohnungsnot und äußerer Bedrohung erwachsene) enge Beschränkungen des familiären, privaten „Spielraums", die man Kindern und Jugendlichen (und Eltern!) im Rahmen der Gemeinschaftserziehung auferlegte. Solange gesichert scheint, daß die Erfahrungen der „Togetherness" verhaltensprägender Schwerpunkt des heranwachsenden Lebens bleiben, können die Phasen des individuellen und familiären „Fürsichseins" zweifellos in unterschiedlichen Varianten erprobt werden. Generell werden Kommunen also sehr gut daran tun, sich bei der Festlegung pädagogischer Grundsätze und „Ordnungen" in größtmöglicher Zurückhaltung und Toleranz zu üben.

6) Dasselbe gilt nicht minder für Festlegungen eines gesellschaftlich-politischen Engagements – gerade wenn man sich **zum Zweck** engagierter politischer Arbeit in (Wohn-)Gemeinschaften zusammenfindet. Doch spricht einiges dafür, daß der Zusammenhalt einer Kommune, deren Mitglieder eine gemeinsame – politische und/oder ökonomische – Arbeit ver-

Anzeige

UNFASSBA

UNFASSBA NR. 5 IST DA!
andere über uns:

"(der) Inhalt gefährdet das Ziel des Vollzugs und die Sicherheit und Ordnung der Anstalt,§68 Abs.2 Strafvollzugsgesetz. (...) Negative Berichterstattung sowie beleidigende Bezeichnungen von ausführenden Organen lassen den Schluß zu,daß Staatsmacht willkürlich eingesetzt und somit auch mißbraucht wird. Anarchie wird verherrlicht,zum Widerstand wird aufgerufen, was sich sicherlich nicht positiv auf die Erreichung des Vollzugszieles auswirkt (...)"
Bestellen bei: UNFI c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57,D-4400 Münster.
Preis: 3,80 DM in Briefmarken,ABO (= 5 Nrn.) = 15 Piepen.
WiederverkäuferInnen: 4 Stck.= 10 Doofmark. Alles nur bar & im voraus.
Knastexemplare frei.
Ⓐ
Themen Nr.5/Jan./Feb.91: Totale KDV, Staatsterror,Golfkrieg,Anarchafeminismus,Knastrevolten,Antifa,Atomkraft? NEE! Knastrevolten,Häuserkampf,...

Anzeige

FORTSETZUNG VON SEITE 8

bindet und nicht nur die Vorteile des gemeinsamen Wohnens, stärker ist: Hier bleiben Unzulänglichkeiten und Konflikte des Gemeinschaftslebens durch die Orientierung auf die gemeinsame Sache zumeist zweitrangig. Aber jede nicht bereits weltanschaulich festgelegte „Kommune in Gründung" wird in einem sehr liberalen, toleranten Geist ganz allein für sich klären müssen,

- ob sie sich überhaupt über die Arbeit an ihrem Kommune-Modell hinausgehende gesellschaftliche Aufgaben stellen will,
- wie gegebenenfalls ihre politische Orientierung und ihr gesellschaftliches Engagement aussehen sollen und
- in welchem Ausmaß, wenn überhaupt, das einzelne Kommunemitglied verpflichtet sein soll, sich an einem festgelegten gesellschaftlichen Engagement zu beteiligen.

7) Ein letzter wichtiger „Entlastungs"-Punkt – und nicht der geringste: Zweifellos wird eine Hauptabsicht beim Aufbau einer Kommune auch darin bestehen, eine kooperative Besitz- und Arbeitsorganisation anstelle der vorhandenen hierachisch und ausbeuterisch strukturierten aufzubauen und aus den Erträgen eine materielle Basis für ein gemeinsames kooperatives Leben zu entwickeln. Wir schließen uns bei der konzeptionellen Ausarbeitung der Anfangsphase kommunitärer Strukturen prinzipiell der Ansicht Alexander Barzels an (Gespräch mit dem Philisophen im Kibbuz Kfar Ha Horesh im Februar 1987): Für ihn besteht im Zentrum eines alternativen Modells die „klassenlose" Gemeinschaft, basierend auf gegenseitiger Hilfe, Verantwortlichkeit und menschenwürdigem Leben miteinander (d.h. von Starken und Schwachen, Männern und Frauen, Jungen und Alten), und die Arbeit hat dieser zentralen Zielsetzung zu dienen. Das bedeutet, daß sie zumindest in einer Anfangsphase durchaus auch außerhalb des sonstigen persönlichen und gesellschaftlichen (auch politischen) Zusammenlebens geleistet werden kann, und daß später eventuell zunächst nur kleine kooperative Arbeitsformen bestehen, während viele außerhalb „Lohnarbeit" verrichten, deren Erträge mit in die Gemeinsame Kasse fließen. Daß auf Dauer der Ausbau solcher kommuneeigenen Kooperativen – eventuell sogar von Elementen ökologisch sinnvoller Selbstversorgung – die Stabilität und auch die gegengesellschaftliche Ausstrahlungskraft einer Kommune erhöht, ist selbstverständlich; immerhin ermöglicht kooperative Arbeit den KommunardInnen den (partiellen) Ausstieg aus dem kapitalistischen Lohnarbeitsverhältnis.

Vier Schritte zum Aufbau kommunitärer Strukturen

Um von den skizzierten praktischen und theoretischen Ansätzen autonomer Lebensumgestaltung zu wirklichen Kommunen zu kommen, also zu kibbuz-förmigen Lebens- und Arbeitsgemeinschaften, sind vier große strategische Schritte notwendig, aber auch möglich:

Erstens: Selbstorganisation weiter entwickeln.

Alle kleinen Schritte der Selbstorganisation und gesellschaftlichen Selbsthilfe sind von den an einer humanen Gesellschaft Interessierten völlig neu und anders zu bewerten und weiter zu entwickeln: als höchst bedeutsame voranzutreibende Schritte einer „Graswurzelrevolution", die weitaus solidere Grundlagen für eine gesamtgesellschaftliche Erneuerung schaffen als kurzatmige Wahlkämpfe, parlamentarische Mehrheiten und großflächige Reformgesetz(entwürfe) – so wenig diese gering geschätzt werden sollen. Zu diesem ersten strategischen Schritt des Ausbaus einer Theorie und Praxis gesellschaftlicher Selbstorganisation und Selbsthilfe habe ich an anderer Stelle meine „Handlungsvorschläge" ausführlich zur Sprache gebracht.(17) Mit den drei anschließenden strategischen Schritten dagegen betreten wir weitestgehend theoretisches wie praktisches Neuland.

Zweitens: Kommunitäre Modelle diskutieren und entwikkeln.

Ausgehend von solchen tausendfältigen Erfahrungen und Teil-Unternehmungen gemeinsamer, selbstorganisierter Daseinsfürsorge und Lebenskultur müssen landesweit breite Diskurse sowie weitere Modelle und Vernetzungen verwirklicht werden: um mehr Genossenschaftlichkeit des Lebens (Wohnen), Arbeitens und Konsumierens, des gesellschaftlichen und kulturellen Handelns miteinander zu entwickeln, mit der Perspektive, teilautonome Nachbarschaften(18) aus Kommunen und „selbstorganisierten Großgemeinschaften" als Basisstruktur einer **wirklich**, demokratischen klassenlosen, solidarischen, nichtpatriarchalen und ökologisch überlebensfähigen Gesellschaft zu etablieren. Sozialökologisch orientierte Wissenschaftler und Publizisten, vor allem aber den größeren Zusammenschlüssen (Netzwerk; BBU; AG SPAK), undogmatischen Grünen, kritischen Christen und sozialökologisch orientierten Sozaldemokraten kommt hier, als Promotoren solcher herrschaftsfreien Diskurse, wesentliche Bedeutung zu. In intensiven Erkundungen, kritischen Lernprozessen und Dialogen mit den Avantgarden der kommunitären Lebensform, insbesondere mit den bei weitem erfolgreichsten in der israelischen Kibbuzbewegung, müssen unverzichtbare **Prinzipien** wie ebenso die vielen möglichen **Varianten** einer kommunitären Gemeinschafts- und Gesellschaftstruktur erarbeitet werden.

Drittens: Kommunitäre Modelle fördern.

Verantwortliche in den genannten Gruppen und Verbänden müssen sobald wie möglich aufhören, weiterhin nur von alternativen, kommunitären Lebens und Arbeitsformen zu **reden** und Modelle zu entwickeln – sie müssen nun endlich auch diese Lebens- und Arbeitsgemeinschaften konkret in Angriff nehmen: Freiwilligengruppen mit Hilfe von Aufbauorganisationen ermutigen, ihr Zusammenkommen fördern, mit ihnen Prinzipien erarbeiten, ihnen gemeinsame Wohnmöglichkeiten (vor-)finanzieren, gemeinsame Arbeit/Produktion soweit wie möglich fördern etc. Das es dabei notwendig sein wird, von den wenigen Modellen des Zusammenlebens und -arbeitens in Deutschland – in Westeuropa insgesamt – zu lernen, versteht sich von selbst; wir sind aber der Überzeugung, **daß gerade die Schaffung und Förderung von Kommune-Modellen mehr als durch irgendetwas anderes durch das Lernen in und vom Kibbuz in Gang gebracht werden kann** – nicht zuletzt in Gestalt von Trainingsmöglichkeiten für Gruppen, die sich entschlossen haben, miteinander kommunitäres Leben und Arbeiten zu wagen.

Dazu müßten zunächst verbindliche Gespräche und Verhandlungen mit kooperationsbereiten Kibbuzim bzw. Kibbuzorganisationen geführt werden, die es ermöglichen, daß nicht mehr nur einzelne als bloße „volunteers", sondern an Kommune-Aufbau interessierte **Vorbereitungsgruppen**(5-25 Mitglieder) für mindestens ein halbes Jahr in einem Kibbuz arbeiten können, mit dem ausdrücklichen Ziel, kommunitäres Leben und speziell genossenschaftliche Kooperation zu erproben – so wie dies israelische Gründungsgruppen auch tun. Eine kommunitäre Lerngruppe müßte sich dann – neben der permanenten Auseinandersetzung mit den (un-)veränderlichen Normen des Kibbuz(19) – vor allem darauf konzentrieren, die Strukturen, Regeln, Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten des **Zusammenlebens**: die Dialektik von Gemeinschaftsverpflichtungen und individueller Freiheit, verschiedener Arbeiten und gemeinsamer Kasse, Basisdemokratie und Sachkompetenz, in allen Einzelheiten kennenzulernen. Schließlich sollte eine Lern- und Vorbereitungsgruppe auch die existenzielle Bedeutung der **Vernetzung** der einzelnen Kibbuzim in einer hochorganisierten Föderation der Kibbuzbewegung kennenlernen, weil gerade in der Alternativbewegung Deutschlands die Betonung der autonomen Selbsthilfeorganisation allzu oft vergessen läßt, daß, wer Autonomie sagt, auch Föderation sagen muß, Vernetzung und Kooperation der autonomen Einheiten, sollen nicht die einzelnen autonomen Gruppen und Projekte sehr schnell in ihrer Isolierung in Existenznot geraten.(20)

Viertens: Eine kommunitäre Gesellschaft entwickeln.

In der mittel- bis langfristigen Perspektive solcher Aventgarde-Modelle selbstorganisierter Großgemeinschaften muß eine vollkommene Neuorientierung: ein alternatives Sozialismuskonzept liegen. Seine „ökosozialistische" Grundstruktur wird, im Gegensatz zu der des traditionellen „Staatssozialismus", die einer Assoziation bzw. Föderation von so weit wie möglich **autonomen, selbstorganisierten Kommunen und Nachbarschaften sein**, die den zentral-sozialistischen Institutionen, Verwaltungen und Entscheidungsgremien (Parlamenten, Landes- und Bundesregierungen) nur soweit Kompetenzen überlassen, als dies zur gerechten und rationalen Verwirklichung gesellschaftlicher Daseinsfürsorge in Massengesellschaften unerläßlich ist.

Angesichts dieser Vorschläge wird mancher einwenden: Sind es nicht doch – selbst in Israel – nur sehr kleine Minderheiten, die kommunitäre Versuche wagen, fehlt nicht das materielle Interesse breiter Schichten (wenn schon nicht Klassen), ohne welches die bewegende Kraft für eine gesamtgesellschaftliche Umgestaltung fehlt? Es gibt auch eine neuere, sozialpsychologisch fundierte „Bewegungslehre" (von Maslow und Herzberg), wonach Menschen, wenn die unmittelbarsten materiellen Interessen, die „basic needs", erfüllt sind, nach der Befriedigung der höheren menschlichen Bedürfnisse streben: nach Selbstverwirklichung, sozialer Anerkennung und gesellschaftlicher Partizipation. Könnte es nicht sein, daß diese zu alternativen, menschenwürdigeren Existenzformen drängenden Bedürfnisse künftig massenhaft werden, wie einige Tendenzen des Wertewandels anzuzeigen scheinen? Ganz abgesehen davon, daß es ein zunehmendes Versagen des Wohlfahrts- und Sozialstaates gibt, das keineswegs nur aus dessen finanziellen Schwierigkeiten resultiert, sondern aus den Strukturschwächen des bürokratischen Zentralismus: der Inhumanität (Fremdbestimmung) und Ineffektivität (Kostspieligkeit) sozial-kultureller Großveranstaltungen. Deren Alternative: die kommunale oder autonome, dezentrale soziale Selbsthilfestruktur, aus Steuergeldern angemessen unterstützt, erweist sich überall als die weitaus humanere und effektivere Form einer sozialen Demokratie, zumindest aber als notwendige Ergänzung zu bestehenden (eher zu vermindernden) zentralstaatlichen Sozialverwaltungen. Damit aber könnten Formen der kommunalen und/oder autonom-kommunitären soziokulturellen Selbstorganisation des gesellschaftlichen Lebens – bis hin zur Kibbuzstruktur – sehr wohl auch in einem handfest materiellen Sinn als rettende Alternative sich herausstellen. ●

Anmerkungen

1) Fritz Vilmar: Die rettende Kraft der Utopie. Zur Einführung, in: Walter B.Godenschweger/Fritz Vilmar: Die rettende Kraft der Utopie. Deutsche Juden gründen den Kibbuz Hasorea, Frankfurt/Main 1990, S.7
2) Brigitte Rücker/Fritz Vilmar: Kommune aufbauen – vom Kibbuz lernen. Schritte zur Verwirklichung eines alternativen Sozialismuskonzepts, Arbeitsheft Nr.5 der „Studiengruppe für Soziale Selbsthilfe", Berlin 1988.
3) Klaus Bartölke u.a.(Hg.): Integrated Cooperatives in the Industrial Society: The Example of the Kibbutz, Assen 1980; Gunnar Heinsohn (H.): Das Kibbutz-Modell. Bestandsaufnahme einer alternativen Wirtschafts- und Lebensform nach sieben Jahrzehnten, Frankfurt/M. 1982; Wolfgang Melzer/Georg Neubauer (Hg.): Der Kibbutz als Utopie. Historische Wurzeln – Wandel – Perspektiven, Weinheim 1988; Christiane Busch-Lüty: Leben und Arbeiten im Kibbuz. Aktuelle Lehren aus einem achtzigjährigen Experiment, Köln 1989
4) Fritz Vilmar (Hg.): Der Kibbuz heute: Wesenszüge, Strukturwandel und Aktualität. Gespräche mit Kibbuznikim, Typoskript, Berlin 1982.
5) Helmut Brüggemann/Michael Weidinger: Der israelische Kibbuz – Modell eines alternativen Sozialismus? In: Klaus-Jürgen Scherer/Fritz Vilmar (Hg.): Ein alternatives Sozialismuskonzept: Perspektiven des Ökosozialismus, 3.Aufl., Berlin 1984, S.591-632, hier: S.597.
6) Gunnar Heinsohn: Wer will eigentlich Sozialismus? in: Freibeuter, 7/1981, S.81-93
7) Rolf Cantzen: Weniger Staat – mehr Gesellschaft. Freiheit, Ökologie, Anarchismus, Frankfurt/M. 1987.
8) Die revolutionäre Entwicklung hat an die Stelle der alten – ökonomischen – Klassengesellschaft, die neue, politische gesetzt (Djilas); die parlamentarisch-reformistische geht über wichtige, aber strukturell begrenzte soziale Abmilderungen der bestehenden Klassenherrschaft nicht hinaus. Seit 70 Jahren stagnieren die westlichen Demokratien in einer Patt-Situation zwischen linken und rechten Mehrheitsbildungen, eine parlamentarische Konsolidierung sozialer Reformpolitik ist nirgends zu erkennen.
9) Es gibt erstzunehmende Gründe für die Annahme, daß der Marxismus als politische Handlungslehre nicht nur gescheitert, sondern für die Linke schwerwiegend kontraproduktiv geworden ist; vgl. Fritz Vilmar: Konservative Grundstrukturen und Wirkungen des Marxismus, in: Ossip K.Flechtheim (Hg.): Marx heute, Hamburg 1983, S.303-329.
10) In einem Berliner Forschungsprojekt haben wir die Ergebnisse, Markierungen und Schwerpunkte einer solchen Neuorientierung in einem umfangreichen Sammelband vorgelegt: Scherer/Vilmar: Ein alternatives Sozialismuskonzept . a.a.O. (Anm. 3). Vgl. ferner Klaus-Jürgen Scherer/Fritz Vilmar: Ökosozialismus. Rot-grüne Bündnispolitik, 2.Aufl., Berlin 1986
11) Scherer/Vilmar: Ökosozialismus ... , a.a.O. (Anm.8), S.48-61
12) Vgl. H.Kreutz u.a.: Eine Alternative zur Industriegesellschaft? Alternative Projekte in der Bewährungsprobe des Alltags, Nürnberg 1985.
13) Brigitte Runge/Fritz Vilmar: Handbuch Selbsthilfe, Frankfurt/M. 1988, S.33.
14) M.Opielka/I.Ostner (Hg.): Umbau des Sozialstaates, Essen 1987.
15) Erhard Eppler (Hg.): Grundwerte und Godesberger Programm, Reinbek 1984, S.101-170. Vgl. ferner Hans-Jochen Vogel: Genossenschaftsidee und solidarische Gesellschaft, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 2/1986, S.113-121.
16) Alexander Barzel: A Reconsideration of Kibbutz Thinking, in: Shdemot. Cultural Forum of the Kibbutz Movement, Nr. 25, S. 6-15.
17) Runge/Vilmar: Handbuch ...,a.a.O.(Anm. 11), S.201 ff.
18) Runge/Vilmar: Handbuch ...,a.a.O.(Anm. 11), S.150 ff.
19) Vgl. die bereits in den 20er Jahren im Kibbuz Degania entwickelten 17 Leitsätze des kommunitären Lebens, im sogenannten „Gesetz der Kwuza" (d.h.der „kleinen Gemeinschaft", später Kibbuz genannt); abgedruckt in: Hermann Meier-Cronemeyer: Aufstieg und Aufstieg, Weg und Wandlung der Kibbuzim, in: Journal für Geschichte, 6/1980, S.22 f.
20) Unsere wichtigsten Erfahrungen in israelischen Kibbuzim zusammengefaßt und dabei die möglichen und notwendigen Organisationsschritte, inhaltlichen Lernziele und kritischen Lernprozesse erläutert haben wir in unserer Broschüre „Kommune aufbauen – vom Kibbuz lernen", a.a.O. (Anm.2).

AN ALLE VERBRAUCHER UND VERBRAUCHERINNEN

Dem Krieg das Geld entziehen!

Beim Krieg am Golf geht es weder um die Durchsetzung des Völkerrechts noch um Demokratie und Menschenrechte. Diese werden schon seit vielen Jahren in allen beteiligten Golfstaaten mit Füßen getreten. Bei diesem Krieg geht es um Öl! Das Öl, das die reichen Industriestaaten für ihren verschwenderischen Wirtschafts- und Lebensstil vergeuden. Folgerichtig daher in den letzten Tagen auch die Aufforderung „unserer" Politiker an die Friedensbewegung, nicht mehr gegen den Krieg auf die Straße zu gehen, sondern den USA dankbar zu sein, daß sie „unsere" Interessen am Golf vertreten.

Kein Krieg für Öl – Kein Geld für Krieg!

Der Krieg am Golf ist ein Krieg zur Sicherstellung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung, die den reichen Ländern des Nordens den Zugriff auf die Recourcen der Welt sichert – auf Kosten von 3/4 der Weltbevölkerung. Die Erdölvoräte werden verschleudert um immer mehr Autos in den Stau zu treiben, um immer mehr Fleisch und Milch für die „Überschuß"vernichtung zu produzieren – während viele Menschen überall auf der Welt hungern oder unterhalb der Armutsgrenze leben.

Alle Verbraucherinnen und Verbraucher sind nun aufgefordert, deutlich zu machen, daß dies nicht ein Krieg für uns und in unserem Namen ist. Wir müssen aus der komplizierten Wirtschaftsmaschinerie, an deren Ende der Massenmord am Golf steht, aussteigen!

Der erste Schritt ist: Kauft nichts von Kriegsgewinnlern! Kauft nicht nur umweltverträglich, sondern auch friedensfördernd!

Verzichten wir auf die Produkte von Firmen, die am Krieg verdienen: Niemand zwingt uns, Waschmaschinen oder Glühbirnen von Firmen einzukaufen, die gleichzeitig Rüstungselektronik produzieren.

Auf der schwarzen Liste der Verbraucherinitiative stehen als bundesdeutsche Firmen u.a. Siemens, Daimler-Benz, AEG, Zeiss, Thyssen, Degussa, Mannesmann, MAN, Hochtief und BP.

Zu allen Produkten dieser Firmen gibt es Alternativen. Weitere Informationen bei der Verbraucherinitiative Bonn.

Der zweite Schritt ist: Den Banken das Geld wegnehmen!

Die ungerechte Weltwirtschaft, die Ausbeutung von Natur und Menschen hier und in der sogenannten III. Welt wird finanziert von unser aller Geld. Zum einen durch unser Konsumverhalten, zum anderen durch das Geld, das wir auf unseren Bankkonten angelegt haben.

Fast alle deutschen Banken sind direkt oder indirekt in Rüstungs- und Atomgeschäfte verwickelt. Oder sie unterhalten Geschäftsbeziehungen zu Firmen, die durch umweltzerstörende Produktion die Erde unbewohnbar machen und zu verbrecherischen Regimes, wie dem von Saddam Hussein.

Deshalb rufen wir parallel zu einer Aktion von Kriegsgegenern in den USA dazu auf, umgehend das Geld bei den Banken abzuheben.

Das so freiwerdende Geld kann unter anderem Betrieben und Projekten zur Verfügung gestellt werden,

- die schon seit Jahren an der Entwicklung alternativer Wirtschafts- und Arbeitsformen arbeiten;
- die sich nicht an der Ausbeutung der sogenannten III. Welt beteiligen;
- für die nicht in erster Linie Profit im Vordergrund steht;
- die demokratische und selbstverwaltete Strukturen realisieren wollen;
- die Gleichberechtigung von Frauen im Wirtschaftsleben umsetzen.

Wo können wir Geld sinnvoll anlegen?

Wer kein Projekt selber kennt, in dem er/sie investieren kann, sollte sich bei den Direktkreditvermittlungen der Netzwerke in den verschiedenen Städten der BRD oder bei den STATTwerken Berlin erkundigen.

Durch die komplexen Finanzströme kann kein Geldinstitut ganz frei von nicht zu beeinflußbaren Verwicklungen innerhalb unseres Wirtschaftssystems sein. Als Banken können wir aus eigener Erfahrung zu Geldanlage guten Gewissens nur empfehlen (kein Anspruch auf Vollständigkeit):

- Die **Ökobank Frankfurt** und ihre Regionalfirmen mit ihren Fonds- und Projektsparbriefen;
- die **GLS-Bank Bochum**, die u.a. einen Windkraftfonds aufgelegt hat;
- die **Paritätische**, die ausschließlich Geld an soziale Projekte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in NRW vergibt.

Daneben gibt es noch **kirchliche** Banken, die nicht im Rüstungsgeschäft investieren.

Der dritte Schritt muß sein: Umdenken! Anders leben und Wirtschaften!

Solange unser Luxus den Tod von Millionen Menschen bedeutet, kann es keinen Frieden geben, werden noch weitere Kriege um Rohstoffe folgen. Nur wenn die Lebensinteressen der Mehrheit der Menschen auf der Erde befriedigt werden und die Zerstörung der Natur gestoppt wird, hat der Weltfrieden eine Chance.

Die Entscheidung, ob Waffen oder Politik über unsere Zukunft entscheiden, liegt bei uns. Nicht nur bei Wahlen, sondern auch bei der täglichen Abstimmung mit dem Einkaufszettel.

Deshalb müssen wir uns hier bei uns für eine andere Wirtschaft einsetzen, die Abschied vom Wirtschaftswachstum und Abschied vom ständig steigenden Konsum nimmt. Wir müssen bewußte Konsumenten werden, deren Verantwortung nicht an der Ladenkasse aufhört, sondern anfängt. ●

Die Verbraucherinitiative, Breite Str. 51, 5300 Bonn; NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Huckarder Str. 12, 4600 Dortmund; Ökofonds der GRÜNEN NRW, Volksgartenstr. 35, 4000 Düsseldorf.

Quellen, Informationen: Ökobank Frankfurt, Brönnerstr. 9, 6000 Frankfurt/Main 1 · GLS-Gemeinschaftsbank Bochum, Oskar-Hoffmannstr. 25, 4630 Bochum · Die Paritätische Geldberatung, Loher Str. 7, 5600 Wuppertal 2 · Netzwerk Selbsthilfe Berlin, Gneisenaustr. 2a und STATTwerke Berlin, Mehringdamm 50, 1000 Berlin 61; Broschüre: „Die Todeskrämer", Bundesdeutsche Rüstungsexporte an den Golf, Hg.: BUKO-Koordinierungsstelle „Stoppt den Rüstungsexport"; Faltblatt: „Kein Krieg für Öl – Kein Geld für Krieg", Die Verbraucherinitiative Bonn.

LESETIP

Der BUND hat ein Info zu den ökologischen Folgen des Golfkriegs herausgegeben, daß für 2,– DM zzgl. Porto bezogen werden kann über:
BUND, Im Rheingarten 7, 5300 Bonn 3

REZENSION

»Gespräche über Bäume« mit Joseph Beuys

Joseph Beuys konnte die Installation seines Werkes „7.000 Eichen" (Kassel, 1982 bis 1987) nicht mehr erleben. Er starb eineinhalb Jahre vor der Pflanzung des letzten der 7.000 Bäume. Damit hat ihn bereits die erste von drei monumentalen, je sich erweiternden **Proportionsverschiebungen**, die existenziell mit der Aktion verbunden sind, überdauert. Seine Installation ist „das erste Werk der Kunstgeschichte, das sich ohne seinen Schöpfer ... vollendet. Es geht als Zeitskulptur über die Person des Künstlers selbst hinaus." (1)

Die erste Proportionsverschiebung

war mit der Pflanzung des letzten Baumes vollzogen. Am Anfang (1982) dominierte der Steinhaufen vor dem Fridericianum in Kassel. Bäume traten noch nicht in Erscheinung. Jedesmal aber, wenn im Laufe der letzten fünf Jahre auf dem Stadtgebiet von Kassel eine Eiche gepflanzt wurde, setzte man neben sie auch eine Basaltstele, so daß der mineralische-tote Teil der Skulptur zugunsten des lebend-organischen Teils mehr und mehr dahinschmolz. Mit jeder Pflanzung begann jedoch gleichzeitig schon

die zweite Proportionsverschiebung.

Schaut man die Verbindung Baum-Stein an, so erkennt man unschwer, daß die Basaltstele noch deutlich das Bild gegenüber dem jungen Bäumchen beherrscht. Die Bäume aber werden – so es die Umweltverhältnisse zulassen – unaufhörlich wachsen und damit die Steine neben sich immer belangloser erscheinen lassen. Dieser Teil der Aktion wird sich in der Zukunft, in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten, vollziehen. Kaum einer unserer Zeitgenossen wird mehr als den Beginn einer solchen Entwicklung beobachten, mit Sicherheit aber keiner der jetzt Lebenden ihre Vollendung erleben, insofern man überhaupt von einer solchen sprechen kann.

Die dritte Proportionsverschiebung

Parallel zu den beiden ersten Phasen verläuft eine dritte gewaltige Veränderung: die Ablösung einer materialistisch gesinnten und mechanistisch organisierten, lebenszerstörenden Gesellschaftskultur durch die allmähliche Errichtung der Sozialen Skulptur, in der jeder Mensch zum Künstler, zum Gestalter der Verhältnisse aufgerufen ist. Im Leben von Joseph Beuys war dieser Impuls einer gesellschaftlichen Wandlung immer deutlicher mit all seinen physisch-sinnlichen Werken untrennbar verbunden. Alle Versuche (die in letzter Zeit verstärkt unternommen werden), seine sozialen Ideen und sein gesellschaftliches Handeln vom sogenannten „künstlerischen Tun" abzutrennen, gehen an seiner Lebensleistung vorbei. Wohlgemerkt: Die Exponate (auch nicht die „7000 Eichen") sind nicht die Soziale Skulptur, sondern sie deuten darauf hin.(2) Sie markieren „Bodenstationen" und „Ankerungsplätze" für die Zukunftsaufgabe; denn Beuys war klar, „daß jetzt eigentlich nur ein Anfang gesetzt wird: Da wird ein Baum gepflanzt, da steht ein Stein daneben, der markiert, ... daß zu dieser Zeit sich also Menschen aufgemacht haben und einmal die Richtung umgedreht haben, um also wieder mit einem ganz einfachen, primitiven Beginn ... alle damit zusammenhängenden Theorien, Philosophien usw. in die Diskussion zu bringen."(3) Denn „ich sage: Der Baum ist auch ein Zeichen für die Wandlung der Gesellschaft, ein Zeichen dafür, daß die Gesellschaft nun auch nach organischen Gesichtspunkten ideologiefrei und vor allen Dingen jenseits von Kommunismus und Kapitalismus auf eine dritte Ebene gehoben werden muß."(4) Damit deutet Beuys die dritte große Proportionsverschiebung an, die mit den beiden erstgenannten Teilen einhergeht. Ihre Verwirklichung dringt nun weit über seine und auch unsere Lebenszeit hinaus und ist in einer nicht näher zu bestimmenden Zukunft angesiedelt. Aber immerhin: Sie beginnt schon heute immer dann, wenn sich Menschen auf den Weg machen. Jedenfalls war auch Beuys klar, daß „Kulturrevolution ... keine Hauruckmethode (ist). Die alten Bäume sterben ab und neue wachsen nach. Sie sind die Zukunft. Der neue Kunstbegriff kann nur evolutionär Wirklichkeit werden."(5) Sein Wachsen hängt – wie auch dasjenige der Eichen – von uns allen als Verantwortliche für diese Erde ab.

Vergangenheit – Zeit – Zukunft – Mensch

Die Zusammenhänge der „7000 Eichen" weisen nicht nur in die Zukunft, sondern reichen auch weit in die Vergangenheit zurück, denn der Basalt entstand in den Erdzeitaltern des Tertiär und Quartär. Die Erde war im Tertiär insbesondere von Blütenpflanzen und -bäumen wie (man höre!) der Eiche oder der Kastanie bewachsen. Im Quartär tauchten, wenn man den Forschungen glauben darf, die ersten Menschen auf.

Der Mensch rückt unter einem weiteren Blickwinkel bei der angesprochenen Beuys-Aktion in den Mittelpunkt der Betrachtung. Es sei daran erinnert, daß die alten Alchemisten der Eiche das Metall Eisen zugeordnet haben, und weiter, daß das Eisen dasjenige Metall im menschlichen Organismus ist, welches in Substanzform im menschlichen Organismus vorkommt, wo es vor allem an die roten Blutkörperchen gebunden ist.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Eichen-Basalt-Aktion von Joseph Beuys die gesamte Menschheitsentwicklung von ihren Anfängen bis weit in die Zukunft hinein umspannt. Insofern darf dieses Werk als die radikalste Umsetzung des „Erweiterten Kunstbegriffes" bezeichnet werden. Als Plastik entspricht es exakt den Kriterien, die Joseph Beuys in seiner letzten öffentlichen Rede anläßlich der Verleihung des Wilhelm-Lehmbruck-Preises in Duisburg für eine Weiterentwicklung aufgestellt hat: „Ich will sagen, es kommt nach den Prinzipien, die Wilhelm Lehmbruck auf den allerhöchsten Gipfel der Entwicklung der Plastik in der Moderne getrieben hat, eine Zeit, in der der Zeit- und Wärmebegriff den Raumbegriff erweitert."(6)

Aus Anlaß der Pflanzung des letzten der 7.000 Bäume publizierte die Freie Volkshochschule Argental „Zwei Gespräche über Bäume", die Joseph Beuys, in der Anfangsphase dieser Aktion, mit verschiedenen Gesprächspartnern geführt hat.

Das erste Gespräch fand am 24.April 1982 anläßlich einer Ausstellungseröffnung von Bernhard Blume und des zehnjährigen Bestehens der Galerie Magers in Bonn vor 150 Besuchern statt. Es folgt ein Interview, das der Verfasser dieser Zeilen mit Joseph Beuys am 26. August 1982 in einem kleinen Dorf bei Kempten führen konnte, als der Bildhauer für einen Tag ins Allgäu gekommen war, um Petra Kelly (Die Grünen) im bayerischen Landtagswahlkampf zu unterstützen.

Die vorliegende Publikation zeugt nicht nur von der Tiefe und Tragweite der 7.000 Eichen-Aktion, sondern reicht auch weit in das gesellschaftspolitische Wirken von Beuys bis hin zu seinem Engagement bei den Grünen. Obwohl er selbst, ebenso wie die von ihm mitinitiierten Organisationen „Aktion Dritter Weg" und „Freie Internationale Universität", zu den Gründern dieser damals noch jungen Partei gehörte, wuchs doch im Laufe der letzten Jahre seines Lebens eine zunehmende Distanz zu den Grünen, die übrigens auf Gegenseitigkeit beruhte. Er hat solche Initiativen immer als Experiment gehandhabt, nie als Selbstzweck, und es bedeutete für ihn, der Politik als Kunst, d.h. als Gestaltungskraft eines jeden Menschen verstand, eine große Enttäuschung, als sich Die Grünen schon bald im Machtspektrum Links-Rechts etablierten und zu einer üblichen Partei des Machterwerbs wurden. Das kommt (schon damals, 1982) in dem ersten Gespräch zum Ausdruck, wo er davon spricht, daß sich derartige Bewegungen im Laufe der Zeit sicher wieder andere Organisationsformen und Namen geben werden. Angesichts der Bürgerbewegungen in Ost-Deutschland eine Vermutung, die sich durchaus bewahrheitet. Insbesondere den Grünen (aber nicht nur ihnen) ist hier Gelegenheit gegeben, einen ihrer Gründungsväter zu studieren.

Heute, soviele Jahre nach den Gesprächen in einer Zeit, in der überall viele Bäume gepflanzt werden, mag man die Frage haben, ob derartige Aufzeichnungen noch aktuell und über einen Liebhaberkreis hinaus von Interesse sind. Hierbei ist es wichtig zu wissen, daß die Basis und der Ausgangspunkt der Gespräche zwar die Bäume sind, die Ausführungen aber auch weit über sie hinausreichen, eben in eine Dimension hinein, die hinter der Baumproblematik liegt: Fragen einer Umgestaltung unserer Gesellschaft, Ideen neuer Wirtschaftsformen (die Natur und Mensch nicht ausbeuten), Zukunftsaspekte unseres Planeten aber auch unserer Seele: „Dieser Spinatökologismus, der interessiert ja nicht. Die Bäume sind nicht wichtig, um dieses Leben auf der Erde aufrechtzuerhalten. Nein, die Bäume sind wichtig, um die menschliche Seele zu retten."

Während Beuys die konkrete Weiterentwicklung des Menschen und der Verhältnisse im Auge hat, setzt Bernhard Blume mehr auf den indirekten Einfluß des Künstlers durch Symbolik: „Die Wahl des Baumes (Eiche) muß eine stark symbolische sein und eine Metapher für Hoffnungsinvestitionen." Seine Beiträge bereichern vor allem durch trockenen Humor.

Mit „Gespräche über Bäume" wird eine weitere, auch ästhetisch überzeugende Produktion im Reigen der Beuys-Bücher vorgelegt, die vor allem ökologisch interessierte Leser ansprechen dürfte.

Rainer E.Rappmann

Beuys/Blume/Rappmann: „Gespräche über Bäume", Wangen 1990, 115 Seiten, 30 Abb., Fadenbindung, 24.80 DM, zu beziehen über den Buchhandel oder direkt bei: FIU-Versand, D-7988 Wangen 4, Engetsweilerstr.24, Tel: 07528/7734, Fax: 6028

Anmerkungen:
1) Rhea Thönges-Stringaris in den Vortrag: „Der umgekehrte Prometheus - oder die Revolution in der Kunst durch Joseph Beuys", Vortragsmanuskript, S.8
2) Joseph Beuys äußerte sich im Gespräch mit Michael Ende am 8.Februar 1985 in Wangen auf die Frage, ob alles, was er an sogenannter „Kunst" produziere, darauf abziele, die Kapitalfrage in Angriff zu nehmen, wie folgt: „Ja, daß das die Kapitalfrage in Angriff nimmt und die Frage des Ansatzes von der Kunst her klar macht ... Im Grunde handelt es sich um nichts anderes als um einen Kunstbegriff, der die Kapitalfrage lösen kann. Aus! Damit ist alles gesagt. – Und daß die Anordnungen so getroffen werden müssen, daß die Kapitalfrage dann auch gelöst wird, ganz einfach. D.h. die Anordnungen der Formen müssen so getroffen werden, daß die auslösenden Prozesse, ob in der Diskussion, ob in der Streiterei um dieses, auf jeden Fall es erreicht wird, daß der Kapitalbegriff getroffen wird und daß verstanden wird, daß es für den Menschen gar keine andere Möglichkeit gibt, die Frage des Menschen zu lösen, als durch die Kunst. So einfach ist das!"
aus Beuys/Ende: „Kunst und Politik", W[illich] 1986, S.113/114
3) in: „Gespräche über Bäume", W[angen] 1990, S.46
4) Podiumsgespräch am 27.Januar 1983 in der Hochschule für angewandte Kunst, Wien, veröffentlicht im Katalog „Beuys zu Ehren", München 1986, S.89
5) Auszug eines Spruches von Joseph Beuys, niedergeschrieben auf einer Bildtafel. Quelle: „Joseph Beuys: Jeder Mensch ist ein Künstler", ein Film von Werner Krüger, Edmund Schmidt-Produktion, Köln 1979.
6) Aus der Rede „Dank an Wilhelm Lehmbruck" von Joseph Beuys, u.a. publiziert in „Reden zur Verleihung des Wilhelm-Lehmbruck-Preises der Stadt Duisburg 1986 an Joseph Beuys", herausgegeben vom Wilhelm-Lehmbruck-Museum der Stadt Duisburg, Februar 1986.
7) „Gespräche über Bäume", a.a.O., S.115
8) ebda. S.22

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

KURZMELDUNGEN

14. Internationale Grenzland-Filmtage

Die Filmtage finden vom 4. bis 7. April 1991 in der oberfränkischen Stadt Selb statt. Das Filmfest, das wie kein zweites in der Bundesrepublik den Abbau der Grenzen zu unseren Nachbarn verkörpert, steht vor neuen Aufgaben. Die Grenzöffnung zur CSFR und nach Polen bietet die Chance dar, verstärkt grenzübergreifend zu wirken. Außerdem können die Filmtage dank ihrer langjährigen innerdeutschen Erfahrungen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Kultur leisten.

Auf dem Programm stehen rund 50 Spiel-, Kurz- und Dokumentarfilme aus vielen Ländern Europas. Darunter wieder zahlreiche bundesdeutsche Erstaufführungen. Im Mittelpunkt wird das Kino unseres nächsten Nachbarn, der CSFR stehen. Neben einer Werkschau mit Filmen Karel Kachynas gibt es mit Vladimir Drha einen Dokumentarfilmer von poetischen Rang zu entdecken. Hierzu kommen interessante Debüt- und Dokumentarfilme aus der Slowakei.

Besonders spannend dürfte die Präsentation der neuen DEFA-Filme werden. Sie wurden zumeist noch in DDR-Zeiten begonnen und konnten jetzt mit innerdeutscher Hilfe beendet werden. Das polnische Programm steht unter dem Motto: „Wie man in Polen heute sein Geld verdient...". Aus der finnischen Produktion ein Film von Matti Ijäs: „Räpsy und Dolly", eine Tragikkomödie in Blues.

Interessierte FilmemacherInnen können ihre Arbeiten noch bis 15. Februar 1991 zur Teilnahme anmelden. Weitere Informationen zum Programm, Kartenreservierungen (ab Anfang März) usw. gibt es im Büro der Grenzland-Filmtage, Postfach 307, 8592 Wunsiedel, ☎ (09232) 47 70, Fax (09232) 8 05 55.

Anzeige

Forum Recht

Rechtspolitische Magazin für Uni und soziale Bewegungen!
Heft 1/1991: Schwerpunkt ZENSUR
Probe-Abo (2 Hefte für 5 Mark, ohne Verlängerung) Schein oder Scheck an: RECHT&BILLIG VERLAG, Falkstr. 13, 4800 Bielefeld 1. Tel. (0521) 67696

VORANKÜNDIGUNG

Radio von Unten

Seit längerem verschickt der Göttinger Kurzwellenpressedienst unterschiedliche Publikationen in Sachen „Radio von unten", darunter Broschüren, Bücher, Zeitschriften, Ton- und Bildträger und Info-Pakete.

Mit Beginn dieses Jahres hat sich in der Organisation in Göttingen einiges getan.

Ein Verlag wurde gegründet, der unter dem Motto antritt: „Kommunikation, die Spaß macht...". Angestrebt werden soll ein gemeinsamer Vertrieb von eigenen und fremden Medien zum Themenbereich „Funk und Fernsehen (im weitesten Sinn)".

In der nächsten CONTRASTE wird Rainer Pinkau das Projekt und seine Hintergründe auf der Medienseite vorstellen.

Selbsthilfe braucht Unterstützung

Einen Ein- und Überblick in den Bereich der Unterstützung von Selbsthilfegruppen gibt der Paritätische Wohlfahrtsverband (PWV) NRW mit seiner Broschüre „Selbsthilfe braucht Unterstützung – Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen in NRW".

Von seinem Selbstverständnis und seinem sozialpolitischen Engagement her sieht es der PWV als seine Aufgabe an, neben der Beratung von Selbsthilfe-Zusammenschlüssen, die sich in Vereinsform organisiert haben, auch das Selbsthilfe-Engagement von BürgerInnen in anderer Form zu fördern. In Übereinstimmung mit der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen, die Mitglied im PWV ist, sieht der Verband den wichtigsten Ansatz zur Förderung dieses Engagements in der Schaffung einer selbsthilfefreundlichen und -fördernden Infrastruktur durch Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen.

In der Broschüre wird die Zielsetzung und die Arbeitsweise der Kontaktstellen dargestellt, über Selbsthilfegruppen informiert und deren Unterstützungsbedarf dokumentiert. Selbsthilfegruppen sind nicht nur eine Antwort auf gesellschaftliche Veränderungen und Mängel im Sozial- und Gesundheitssystem, sie sind auch Ausdruck einer neuen Form sozialen bürgerschaftlichen Engagements, das eine Förderung unabhängig von weltanschaulichen, politischen und vor allem unabhängig von Kostenträgerinteressen benötigt.

Die Broschüre „Selbsthilfe braucht Unterstützung" ist erhältlich beim Paritätischen Wohlfahrtsverband NRW, Loher Str. 7, 5600 Wuppertal 2. (Bitte 1,40 DM Rückporto beilegen.)

EIN NACHRUF...

Aus für WUTWELLE!

Mathias Lahmann, München ● Das letzten Oktober in der CONTRASTE vorgestellte Bremerhavener Modell „Wutwelle" ist tot. Aktive BürgerInnenbeteiligung in Sachen Hörfunk wird im Staat Bremen zukünftig nur noch über die sogenannten „Offenen Kanäle" möglich sein, weil es nach dem Willen der zuständigen Medienbehörde geht und... einmal mehr **nicht** nach den Wünschen der Basis vor Ort.

Die ungewöhnliche Eintracht zwischen bürgernaher Medienproduktion und professionellen Sender-Interessen (schließlich wurde die „Wutwelle" ja im Programm von Radio Bremen ausgestrahlt!) hatte keine Chance:

Argumente zählten nicht... Weder der bundesweit anerkannte Medienpreis, den das Projekt vor einiger Zeit von der Gesellschaft für Medienpädagogik bekommen hat, noch die Frage, warum ein funktionierendes kontinuierliches HörerInnenprogramm, das über die terrestrischen Frequenzen gut zu empfangen ist, einem sogenannten Offenen Kanal geopfert wird, der wahrscheinlich sowieso nur im Kabel sein Ghetto-Dasein fristen wird.

Die „Wutwelle" hätte dauerhaft eine interessante Ergänzung zu den Hörfunkprogrammen der bestehenden Sender sein können.

Nun wird nicht einmal mehr eine abschließende Dokumentation erstellt werden. So werden „schwarze Schafe" (und ungeliebte Verwandte!) begraben... nach dem Motto **-Nur kein Aufsehen!-**.

Die Arbeitsverträge für die zukünftigen „Kanal"-ArbeiterInnen sind schon so gut wie unter Dach und Fach, und der entsprechende Studioausbau wird bereits planerisch in Angriff genommen. Da rollt der Medienrubel (in diesem Falle: Kabelgroschen/ARD-Gebühren) schon eifrig.

Schade um ein tolles Projekt, das so vielen MacherInnen und HörerInnen im Norden Spaß gemacht hat und das ein Jahr lang basisnahe kommunale Kultur-und Medienarbeit unter einem Dach zusammenführte.

MIT HIGH-TECH ZUM PLANETARISCHEN BEWUSSTSEIN

Computer als spirituelle Wesen

„Mittlerweile ist man dabei, immer mehr Computer miteinander zu verbinden, so daß die in einem Computer gespeicherte Information direkt für den anderen zugängig ist. Die Entwicklung zielt darauf ab, mit Kleincomputern, die jeder in die Tasche stecken kann, zahlreiche Menschen mit Datenbanken rund um den Globus in Verbindung zu bringen. ... Unser nächster evolutionärer Schritt wird deshalb die Co-Evolution der Menschen mit ihren Erzeugnissen vorsehen. ... Wir werden uns nicht länger als isolierte Individuen erleben, sondern als Teil eines rasch sich integrierenden globalen Netzwerkes, als Nervenzelle eines erwachenden globalen Hirns."

Von Roman Schweidlenka, Kainisch/Österreich, Redaktion „Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften"

● Peter Russels optimistische Betrachtungen über die Computertechnologie in „New Age – Zeugnisse der Zeitenwende"(1) sind heute zu einem Glaubensdogma des New Age geworden. Auch daß, wie der New Age-Guru Russel weiter ausführt, die Synthese von spiritueller Entwicklung und „Computopia" (wie Rüdiger Lutz die Computergesellschaft in seinem Buch „Die sanfte Wende" nennt) unser Einssein im „globalen Dorf" und echte Religiosität ermöglichen wird.

Der Vater derartiger Gedanken ist der Medienprophet Marshal Mc Luhan, der 1964 den Begriff „globales Dorf" prägte. Die moderne Elektronik betrachtete er als gnadenvolle Gottesgabe an jene Menschen, die ein Neues Zeitalter verwirklichen wollen. Ist erst die Menschheit im elektronischen Informationsstrom vereint, dann werden alle glücklich, zufrieden und mit einem Neuen Bewußtsein im globalen Dorf leben.

Erst heute, in der Entstehungsphase des „Netzwerks eines planetaren Gehirns", meint Mc Luhan-Schüler Russel, „haben wir die Möglichkeit, spirituelle Anliegen zu verbreiten. Wir können jetzt diese ewigen Weisheiten überall zugängig machen, was niemals zuvor möglich war. (...) Deshalb, glaube ich, stehen wir an der Schwelle der ersten wahren Spiritualisierung der ganzen Menschheit."(2)

„Bewußtseins-Atombomben"

Offensichtlich befanden sich die Naturvölker und unsere Vorfahren in einer „falschen Spiritualisierung – hatten sie doch keine Computer.

Der in hochkarätigen Wirtschaftskreisen verkehrende Peter Russel ist wie die meisten New Ager davon überzeugt, daß die computerisierte „Informationsgesellschaft" eine humane, ökologische und spirituelle Gesellschaft mit planetarem Bewußtsein herbeiführen wird. Er regt zur raschen Verwirklichung ein „inneres Manhattan-Projekt" an, das „nur" 50 Millionen Dollar (ca. 900 Millionen ÖS, ca. 128 Millionen DM) kosten soll. Das in den vierziger Jahren begründete Manhattan-Projekt hatte die Aufgabe, die erste Atombombe zu bauen. Russel war vom CDU-Kongreß „Geist und Natur" (1988) in Hannover so begeistert, daß er gemeinsam mit Hazel Henderson und William I.Thompson das „innere Manhattan-Projekt" in „Hannover-Projekt" umtaufte. Der Kongreß wurde von diesen New Age-Stars als Startsignal für computerisierte „Bewußtseins-Atombomben" empfunden. Ob die CDU wieder finanzielle Zuschüsse dafür gewährt?

Die „innere Atombombe" von Computopia ist offensichtlich eine Zielvision des New Age, in dessen Rahmen sich bereits – ganz im Sinn von Gerd Gerken (Unternehmensberater, zu dessen Kunden etliche BRD-Konzerne zählen, d.Red.) – eine Computermystik entwickelt: Der Computer als Weg zur Erleuchtung. Wie einst die Schamanen mit Tiergeistern, so verbinden sich heute die New Ager mit dem „Bewußtsein des Computers", wie Jeremy in „Leben in Findhorn"(3) berichtet (seit 1962 bestehende spirituelle Gemeinschaft in Schottland, d.Red.):

„Kurz nachdem ich den Netzwerkjob übernommen hatte, träumte ich immer wieder von 'Apple', unserem Computer. Mitten in der Nacht stand ich auf, schlich in den Raum in der Mitte der Gemeinschaftshalle, wo er untergebracht ist und tippte ein: 'Apple', bist du bereit, Kontakt aufzunehmen?' Der Computer antwortete jedesmal: 'Falsch programmiert', womit er mir sagte, daß er nicht verstand. Nacht für Nacht schlich in meinem Traum nach unten und tippte ein: 'Apple, bist du bereit, Kontakt aufzunehmen?' Dann eines Nachts erschien das eine Wort 'Ja' auf dem Bildschirm.

Von da an setzte ich mich vor den Computer, bevor ich in irgendeiner Weise mit 'Apple' arbeitete, und stimmte mich auf die Intelligenz jenseits der Maschine ein, das Bewußtsein hinter seiner physischen Form. Der Kontakt war sehr stark und erstaunlich leicht herzustellen. Auf diese Weise habe ich mehr über die Arbeitsweise des Computers gelernt als aus dem Handbuch, das ich durchgearbeitet hatte, um ihn zu verstehen."

Im Glauben vieler New Ager wird unsere „alte", mit Computern „erneuerte" Industriegesellschaft den Quantensprung des menschlichen Bewußtseins herbeiführen, sobald eine „animistische Technologie", die „Versöhnung von Schamanismus und Industriegesellschaft", Wirklichkeit geworden ist. Die geistigen Pioniere dieses Glaubensdogmas kommen aus dem Findhornkreis: David Spangler und William Irving Thompson.

Auch der Ex-LSD-Messias Timothy Leary hat sich in den Götterhimmel der New Age-Gurus eingereiht. Von ihm erfahren wir, daß es eine gute Nutzung der Atomkraft gibt: AKWs. Leary, der beteuert, daß die Pioniere des New Age nur „in diesem wunderbaren Amerika" überleben konnten, hat sich nunmehr der Computermissionierung verschrieben. Um die kalten Maschinen schmackhaft zu machen, schwärmt er z.B. in Sphinx Nr.35/85/86: Computer sind „sexy" und „elektronischer Sex und Seelenfick sind der Schlüssel zu Frieden und Wachstum".

Evolution mit Computersex

Leary, den Ronald Reagan als Gouverneur von Kalifornien zu seinem persönlichen Erzfeind auserkoren hatte, bezieht sich bei seinem „Seelenfick" auf den sich zunehmender Beliebtheit erfreuenden „Computersex": Mittels eines eigenen elektronischen Netzwerkes kann man den geeigneten, unbekannten Partner seiner Wahl kontaktieren und es – wieder über den Computer – so richtig geil oder auch brutal treiben.

Leary: „Menschen, die Computer-Signale benutzen, um ihre gegenseitigen sexuellen Wünsche zu befriedigen, sind auf die nächste evolutionäre Stufe menschlichen Interagierens gestoßen, auf elektronisches Kopulieren."

Und: „Elektronische Spiele dieser Art werden inzwischen von Tausenden Computer-Netzwerk-Abonnenten gespielt. Sie suchen sich auf einem 'Anschlagbrett' den Partner/die Partnerin aus, der oder die Ihnen am verführerischsten erscheint. Und Sie selbst bestimmen, welche Rolle Sie übernehmen wollen. Sie können in beliebig viele schlüpfen – z.B. eine nymphomanische Spionin aus Kuba."

Sieht so die vielgepriesene neue Erotik des New Age aus? Haben wir das neue Bewußtsein erreicht, sobald wir uns bei unserem Liebesverkehr nur mehr Maschinen anvertrauen können?

Im Gegensatz zu Leary sieht der österreichische Sexualforscher Ernest Bornemann hinter dem Computersex einen neuen „sexuellen Faschismus" herandämmern. Was New Age-Leary nicht mitteilt: daß im Laufe der planetaren Computervernetzung auch der Staat und die herrschenden Interessengruppen immer mehr Informationen über den Bürger – auch über sein intimstes Sexualverhalten – erhalten. „Überall, wo es heute schon computergelenkte Datenbanken gibt, werden diese Informationen zur Steuerung gesellschaftlicher Mechanismen verwendet. So kann das natürlich auch mit dem Sex sein", meint Bornemann.(4)

Die wahren Hintergründe zum „spirituellen", „demokratischen" und „erotischen" Computopia erhellt unser alter Bekannter Gerd Gerken. Er weist darauf hin, daß IBM in der Vermarktung der Computer unschlagbare Erfolge damit erzielte, daß die elektronischen Datenspeicher als Weg zum New Age, zur „neuen Gesellschaft" und zur Basisdemokratie populär gemacht werden. Die Wirtschaft soll nun den staatlichen Institutionen die Bildung, die für die „elektronische Gesellschaft" Voraussetzung ist, aus der Hand nehmen. Die Computerisierung – so Gerken – muß zusammen mit einer „positiven Vision" und esoterischen sowie immateriellen Informationspaketen angeboten werden.(5) Die New Age-Vision lautet: Überall auf der Welt sitzt jeder Mensch vor seinem spirituellen Heimcomputer und erlangt so das planetarische Bewußtsein.

Die Opfer von Computopia

Mit dem Willen zu Computopia müssen sich die zu einem „planetaren Gehirn" führenden New Age-Gurus vom Schlag eines Peter Russel, eines William I. Thompson, eines Timothy Leary, einer Marilyn Ferguson oder der Findhorngemeinschaft logischerweise auch zu folgenden Tatsachen (von denen sie vor ihrem oft euphorischen Publikum klugerweise schweigen) bekennen:

Auch der in der Meinung vieler New Ager bereits spiritualisierte IBM-Konzern gehört zu diesen Mördern an Land und Leben. Gegenwärtig stirbt das Tal. Die Produktionsstätten für die angeblich zur Spiritualität dazugehörige Chipserzeugung werden nach Texas, Oregon, Florida und in den fernen Osten verlegt.(6)

○ Das Computopia bedeutet einen Krieg gegen die Rechte der arbeitenden Menschen. Um die Erleuchtung der New Ager durch das globale Gehirn sicherzustellen, sind die Arbeiter, vor allem farbige Frauen, großen Gesundheitsrisiken ausgesetzt: Die Krankheitsrate der Chipsarbeiter ist dreimal höher als in allen anderen Industrien. Krebs, die Schädigungen des Zentralnervensystems und die Veränderung genetischer Strukturen sind wohl das Opfer, das Old Ager dem Neuen Bewußtsein bringen müssen. Die New Age-Elektronindustrie wendet nicht einmal ein Prozent ihres Gewinns für die Sicherheit und die Gesundheit ihrer Arbeiter auf. Old Age-Industrien machen dafür immerhin bis zu drei Prozent ihres Profits locker.

Eine ungelernte Arbeiterin erhält einen Stundenlohn von 3,35 Dollar. Es verwundert daher nicht, daß sich die Nutznießer dieser Industrie – Unternehmer, Erfinder, Ingenieure, Manager – dem Neuen Bewußtsein so erfreut in die Arme werfen. Bereits ein junger Ingenieur verdient durchschnittlich 27.290 Dollar im Jahr und kann dann noch vor erlauchtem Publikum über den Computerschamanismus philosophieren. Da stört es wenig, daß gerade in diesem Industriezweig professionelle Gewerkschaftsbekämpfer tätig sind. Die Informationsindustrie in den USA kennt fast keine gewerkschaftliche Organisation.(7) Aber: Ist es nicht ein selbstverschuldetes Karma, arm zu sein und durch Umweltgifte grauenvoll zu verenden?

○ Im globalen Dorf sitzen die Menschen vor ihren Computerlieblingen und haben alle den gleichen Zugang zu allen Informationen? Die Befreiung der Menschen durch Computopia ist ein unhaltbarer Mythos, wie selbst Rüdiger Lutz, ein kritischer Freund der neuen Medien, in seiner „Sanften Wende" zugeben muß: Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse bestimmen auch die Art der Kontrolle von Computopia, die in unserer Welt „Faschismus und Terrorsysteme mit den Mediennetzen vereinbar" werden lassen. Bereits jetzt ist eine neue Klassenstruktur mit der Klasse der Informationsreichen und der Informationsarmen im Entstehen, die durch den „Wettbewerbsvorteil in einer kapitalistisch orientierten Gesellschaft" die Kluft zwischen arm und reich in den Industrienationen und zwischen diesen und der Dritten und Vierten Welt noch vergrößert.

Rüdiger Lutz: „Die Konzentration der Medienkonzerne hat längst begonnen, und es ist nur noch eine Frage von wenigen Jahren, bis in der gesamten Welt eine nach Mc Donalds-Manier aufgebaute Lieferung von 'Info-Burgern' stattfindet."(8)

Esoterischer Imperialismus

Viele New Ager wird es vermutlich auch nicht stören, daß sich der Computer gut für die Untergrabung demokratischer Werte eignet. Die Fähigkeit, Informationen zu konzentrieren und zu kontrollieren, liegt in den Händen mächtiger Interessengruppen – nicht beim Anhänger des planetaren Bewußtseins, der eben auf einem Seminar auf den Malediven weilt. Aber er flirtet vermutlich ohnedies damit, ein von einer hierarchischen Theokratie geführter Lichtarbeiter zu sein.

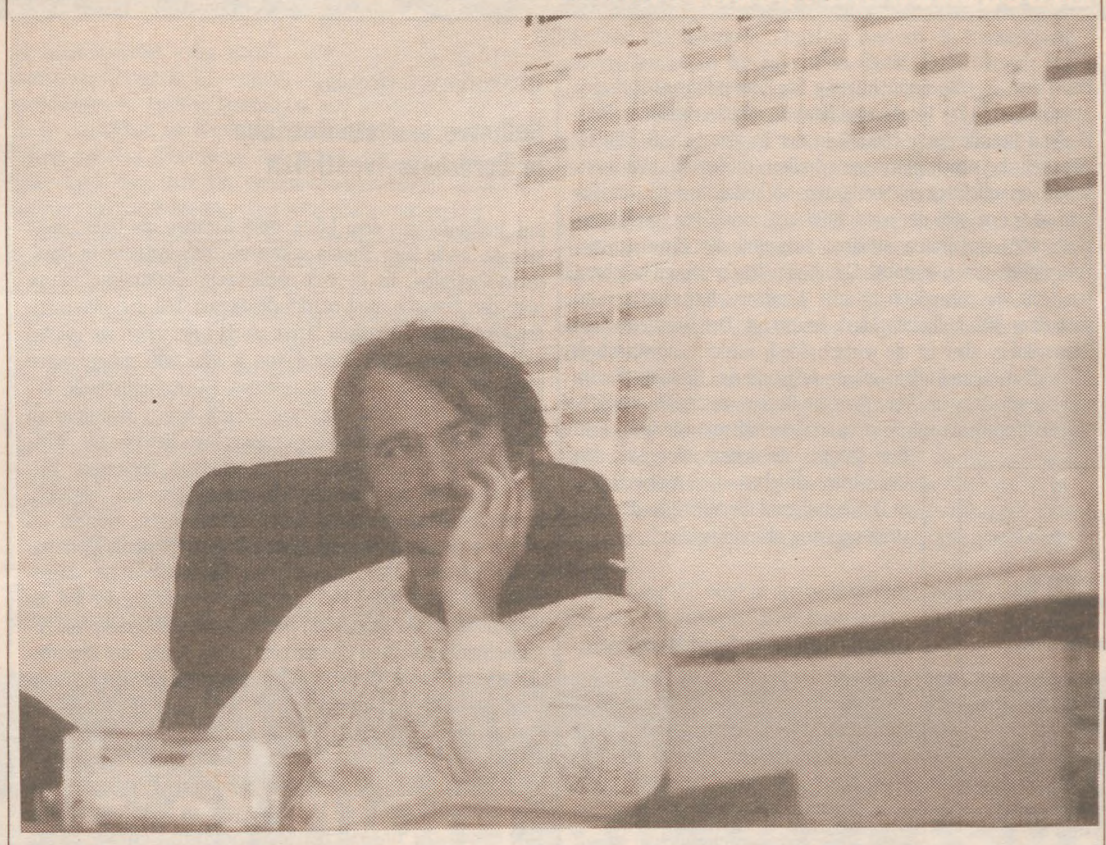


Foto: Petra Inden

○ Das Computopia des New Ages bedeutet einen Krieg gegen die Natur. Zwar wird die „Verbindung zu Mutter Erde" am spirituellen Supermarkt in tausenden Seminaren angekündigt, und die Armee der Plastikmedizinleute ist für die Erfüllung dieser romantischen Sehnsüchte gerade gut genug. Aber das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß für Computer Mikrochips notwendig sind.

Die Wiege des elektronischen Zeitalters und der Chipsproduktion befindet sich im ehemals fruchtbaren Silicon Valley in Nordkalifornien. Heute ist dieser ehemalige Obstgarten mit einem Jahresumsatz von über 40 Milliarden Dollar die größte High Tech-Fabrik der Welt. Das Tal ist durch die Chipsproduktion zur ökologischen Wüste geworden: 100 verschiedene giftige Chemikalien haben den Boden und die Brunnen verseucht. Totgeburten, Fehlgeburten, Mißgeburten und eine stark erhöhte Krebsrate sind die Segnungen, die die ansässige Bevölkerung von dieser für das Neue Bewußtsein notwendigen Produktionsstätte erhalten haben.

○ Das Neue Bewußtsein will wieder organisch, natürlich sein – aber Computopia bedeutet eine weitere Entfremdung von der natürlichen Welt. Bereits 1963 warnte der alternative Szeneninsider Wolfgang Martin im Ökomagazin Nachbarschaft (Nr.19):

„Im Computer (Hardware) entsteht ... durch die Programme (Software) eine Zweitwelt, eine künstliche Welt, die für sich alleine besteht und 'lebt'. Und diese beschränkte Kunstwelt wird der äußeren, der realen Welt, dem Menschen aufgezwungen."

Die Warnungen vor der esoterischen Computereuphorie, wie sie z.B. der bekannte Herausgeber der Akwesasne Notes John Mohawk in „Unser Ende ist Euer Untergang" ausdrückt, stoßen bei den meisten New Agern auf taube Ohren:

„Ich glaube, daß es bald so weit kommen wird, daß sich die Menschheit spalten wird, weil im Grunde ein Computer den Menschen noch mehr von seiner Umwelt isoliert. Er gibt ihm ein Gefühl der Kontrolle über seine Umwelt, noch mehr als er es bisher hatte. Wir hingegen benützen den Computer grundsätzlich dazu, der Welt zu sagen, daß es verrückt ist, daß es ein Fehler ist, sich von seiner Umwelt zu isolieren – möglicherweise ein tödlicher Fehler. Es ist wahr, der Computer ist das Spielzeug, das die Gedanken eines jeden beherrschen wird, während die Welt zusammenbricht.

... Meine Ansicht zur Zukunft der Welt ist, daß dieser Computer ein sehr interessantes Spielzeug ist, das vielleicht einen Nutzen haben könnte – während einer kurzen Zeit –, aber auf lange Sicht glaube ich, daß wir uns nicht einfach von der Realität isolieren können, und die Realität ist die Natur. Letztendlich, glaube ich, ist das Computerzeitalter ein Wahn, eine Täuschung."(9)

Mensch-Maschine

Ein Grund für die begeisterte Aufnahme der New Age-Gedanken ist sicherlich in der zunehmenden Verarmung zwischenmenschlicher Beziehungen in den Industrienationen zu suchen. Die Propheten des Neuen Bewußtseins predigen ja von „Gemeinschaft" und „neuer Menschlichkeit". Aber ist Computopia der Weg dazu?

Werner Pieper, der selbst Bücher über die Hacker genannten „Computerterroristen" verlegt, schreibt in Sphinx Nr.32/85:

„Und wie ist das mit den sozialen Bezügen? Warum sind soviele Computerfreaks Junggesellen bzw. werden welche? Computer rein, Frau raus? Ein Paradebeispiel schildert Art Kleiner, Mitarbeiter der 'Whole Earth Review' (ein in der US-New Age-Szene sehr beliebtes Magazin, d.A.) Seine Freundin sah keinen besseren Weg mehr, als ihm eine Botschaft von einem Terminal einer Freundin auf seinen Monitor zu plazieren. Sie sorgte sich um ihn, da er nur noch wie besessen vor seinem Maschinchen hockte. Ein paar Wochen später brach die Beziehung auseinander."

Kann der Computer die menschliche Wärme und Zuneigung ersetzen, indem er artig seine konservierten, tiefgekühlten Informationspakete ausspuckt? Werden Gespräche, Diskussionen und Zusammenkünfte nur mehr über die elektronischen Wunderwesen stattfinden? Vielleicht werden wir und unsere Kinder im Computopia des New Age in den langen Winternächten den Märchen und Legenden lauschen, die uns „Onkel Computer" erzählt; vielleicht werden wir mit dem Computer auf Visionssuche gehen oder unsere religiösen Zeremonien durch Computerprogramme ausführen. Vielleicht können wir dann wirklich nicht mehr zwischen Menschen und Maschinen unterscheiden ...●

Quellenangaben:
1 Geisler (Hg.), New Age-Zeugnisse der Zeitenwende, S.192 f.
2 Ebd. S.194 f.
3 Maynard (Hg.), Leben in Findhorn, S.186.
4 Basta Nr. 5/86.
5 Radar für Trends, Feb.85, S.52; Radar für Trends, Sept.84, S.65.
6 Peter Schille, Die dreckige Arbeit am sauberen Chips. In: Der Spiegel Nr.33/85, S.98-108
7 Ebd.; Theodore Roszak, Der Verlust des Denkens. Über die Mythen des Computer-Zeitalters (München, 1986), S.49 f.
8 Rüdiger Lutz, Die sanfte Wende. Aufbruch ins ökologische Zeitalter (München, 1984), S.95-97
9 Alexander Buschenreiter, Unser Ende ist Euer Untergang. Die Botschaft der Hopi und anderer US-Indianer an die Welt (München, 2.Aufl. 1989), S.255 f.

Dieser Beitrag erschien in „Roman Schweidlenka: Altes blüht aus den Ruinen – New Age und Neues Bewußtsein", Wien, Verlag für Gesellschaftskritik, 1989

KURZMELDUNG

Computer für die Volksvertreter

Die Nutzung moderner Datentechnik ist ein Politikum – auch und gerade für Politiker, die auf schnelle und gründliche Informationsbesorgung und -vermittlung angewiesen sind. Wichtig erscheint vor allem die Klärung der Frage, welchen Beitrag der Einsatz von Computertechnik zur Stärkung der Demokratie im Sinne einer „Kontrolle von unten" leisten kann.

Dieser Problematik hat sich ein Projekt im Studiengang Systemanalyse der Hochschule Bremerhaven gewidmet. Prof. Dr. Edgar Einemann stellt nun im vorliegenden Band die Ergebnisse vor: Technologiegestaltung ist nicht nur eine Frage der Arbeitsplatzbeschaffung, sondern eine der Systemplanung und Systementscheidung. Nur die offensive Formulierung von Nutzungsinteressen führt zu Systemkonzepten, die bestimmte politische Positionen – Dezentralisierung von Wissen, Stärkung der Demokratie von unten – unterstützen.

Edgar Einemann: Computer für die Volksvertreter. Strategische Nutzungskonzepte der EDV für Abgeordnete, Fraktionen und Parlamente. Marburg: Schüren Presseverlag GmbH. Januar 1991. 112 Seiten. DM 19,80. ISBN 3-924800-94-4

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFT GRÜNSPECHT

Zwischen Individualismus und kollektiver Orientierung

Mit grünem Gefieder und roter Kopfplatte ist der Grünspecht in seinen Heimatgefilden, den Auwäldern, kaum zu erkennen. Verirrt er sich aber einmal in städtisches Gebiet, wirkt er fast ein wenig exotisch. Diese Aussage trifft mit Einschränkungen auch auf die Namensvetter dieses leider selten gewordenen Vogels zu, der Handwerkercrew der neu gegründeten Produktivgenossenschaft Grünspecht.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaft ● Selbstbewußt, ein wenig knorrig, vor allem aber durch und durch individualistisch wirken die mittlerweile 13 Mitarbeiter des 1984 in Freiburg-Kappel gegründeten Zimmereibetriebes auf Außenstehende. Dabei ist das Unternehmen ein gutes Beispiel dafür, daß gemeinsam vieles besser geht als wenn jeder für sich „werkelt". Dies unterstreicht nicht nur die Anfangsphase der Firma, die vor sieben Jahren von vier frisch ausgelernten Zimmerleuten gleichberechtigt als BGB-Gesellschaft aufgebaut wurde. Damals haben sie eine alteingesessene Zimmerei in Freiburg-Kappel übernommen und weitergeführt.

Trotz mancher betriebsinterner Konflikte blieben die Mitglieder des Unternehmens ihrem ursprünglichen Anspruch treu: Wichtige unternehmenspolitische Entscheidungen treffen sie auch heute gemeinsam. Dies verdeutlicht die gerade erst vollzogene Genossenschaftsgründung. Durch sie wird die seit Jahren im Betrieb praktizierte gleichberechtigte Zusammenarbeit auf eine rechtliche Basis gestellt.

Selbstverwaltung auf rechtliche Basis gestellt

Ursprünglich gehörte die genossenschaftliche Rechtsform mit zur handwerklichen Tradition. Stärkere Verbreitung findet sie heute nur noch im landwirtschaftlichen Sektor. Dabei ist sie durch ihre demokratische Grundstruktur für Handwerker, bei denen sowohl selbständiges Arbeiten als auch Teamarbeit zum Berufsbild gehört, geradezu ideal. Von den „Grünspechten" wurde sie außerdem gewählt, weil regelmäßige Prüfungen durch den zuständigen Genossenschaftsverband für Gläubiger und Mitglieder eine hohe wirtschaftliche Sicherheit gewährleisten.

Für den Grünspecht ist charakteristisch, daß er in selbstgezimmerten Baumhöhlen nistet. An diese Übereinstimmung mit ihrem Namensvetter haben die Mitglieder der neugegründeten Genossenschaft wohl nicht gedacht, als sie sich dazu entschlossen, ein neues Betriebsgebäude selbst zu errichten. Gebaut wird es zur Zeit im Gewerbegebiet. Der Umzug dorthin soll spätestens im Sommer 1991 stattfinden. Durch das kontinuierliche Wachstum der Firma war schon seit längerem eine Vergrößerung erforderlich. Sie wurde dem Unternehmen aber auf ihrem alten Betriebsgelände in einem ausgewiesenen Wohngebiet nicht genehmigt.

Höhere Produktivität erhofft sich Hermann Hallenberger, einer der drei Vorstandsmitglieder der Genossenschaft, in der neuen Betriebsstätte. Durch die erhebliche Ausdehnung des überdachten Bereichs wird das Arbeiten auch bei schlechtem Wetter möglich. Die unkomplizierte Herstellung großer Tragwerke und verbesserte Flexibilität in den verschiedenen Arbeitsbereichen sind weitere Vorteile, die mit dem Umzug erreicht werden sollen.

Daß „die Grünspechte" ihr ganzes Können und Wissen in den eigenen Bau hineinstecken, versteht sich fast von selbst. Den gegenüber Kunden vertretenen baubiologischen Vorstellungen können sie dort ohne Einschränkungen gerecht werden. Sonst wirken für deren Umsetzungen verbindliche Ausschreibungsbedingungen oft hinderlich. Dennoch kann sich das Betriebsgebäude mit dem in Freiburg bekanntesten Auftrag der Firma nicht messen. Die Errichtung der Ökostation zur Landesgartenschau und ihr Wiederaufbau nach einem Brandanschlag hat eindeutig Modellcharakter. Im Vergleich dazu steht Funktionalität beim eigenen Gewerbebau eindeutig im Vordergrund.

Spezialitäten des Unternehmens sind Rundholzbauten, Dachstuhl- und Treppenbau sowie Zimmereiarbeiten bei der Altbausanierung. Etliche Dachausbauten und -sanierungen u.a. in verschiedenen Stadtteilen zeugen davon. Als beispielhaft für einen Neubau wird von Firmenmitgründer Hallenberger u.a. das Architektenhaus der Freiburger Architektenkammer hervorgehoben. Auffällig an dem Gebäude ist seine Einbindung in den gesamten Platz mit einem Verlauf entlang eines Kreisbogens. Dieser Verlauf spiegelt sich auch im Ausbau des Dachstuhls wieder.

Photos: Der Grünspecht

Baubiologischer Ansatz wird verstärkt

Zukünftig will die Zimmerei dem Grünspecht als Firmensymbol verstärkt Ehre machen, indem sie ihren baubiologischen Ansatz intensiviert. Neuester Schritt ist die offizielle Kennzeichnung als Isofloc-Fachbetrieb. Isofloc, ein Dämmstoff aus Zellulose, gilt durch seine guten Dämmeigenschaften bei gleichzeitiger Atmungsfähigkeit unter baubiologischen Gesichtspunkten als optimal. Das Material ist verrottungssicher, frei von gesundheitsschädigenden Zusätzen, mit Mineralsalzen brandhemmend imprägniert und dadurch gleichzeitig vor Schädlingsbefall geschützt. Schulungen der Mitarbeiter für die Verarbeitung und Anschaffung des erforderlichen Einblasgerätes waren wichtige vertragliche Voraussetzungen für die Anerkennung als Fachbetrieb.

Auch Bauplanung soll im wachsenden Maße zu den Arbeitsfeldern der Zimmerei gehören. Der Anfang dazu wurde gemacht durch die Einbindung eines Architektens in die Genossenschaft. Anstoß dazu gab die Errichtung des eigenen Gebäudes. „Auf diese Weise wird es möglich", so Hallenberger, „das Bauverständnis in der Genossenschaft umfassend weiterzuentwickeln. Die auf Eigenständigkeit hin orientierten Mitarbeiter können sich so langfristig berufliche Alternativen auch innerhalb der Firma suchen." Für einen relativ kleinen Handwerksbetrieb ist dies ein hoher Anspruch, für die gefiederten Namensvetter, die die meiste Zeit als Einzelgänger durch die Auwälder ziehen, auf jeden Fall völlig untypisch. ●

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Landwirtschafliche Genossenschaften in Ostdeutschland

Finanziell bald ausgetrocknet

Frühestens im April 1991 sollen wieder Investitionshilfen und andere Mittel zur Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der ehemaligen DDR zur Verfügung stehen - von Dezember bis März aber möglichst keine Mark. Darauf läuft zumindest eine Entscheidung des Bund-Länder-Planungsausschuß für Agrar- und Küstenschutz (PLANAK) hinaus. Schon am 3. Dezember 1990, also direkt nach der Wahl, wies der Bundeslandwirtschaftsminister die Verwaltungsbehörden an, für die Genossenschaften die Zahlungen nach dem Förderungsgesetz vom Juli einzustellen (im Beamtendeutsch des Telex: „... die Ermächtigung für Zuwendungen zunächst auszusetzen.") Die Folgen sind fatal. So arbeiten allein im Bundesland Brandenburg 160000 in der Landwirtschaft. Um einen Teil der Arbeitsplätze zu erhalten, müßte die Genossenschaft zu effektiveren Strukturen verholfen werden. Bisher sind aber erst 30% der rund 1000 LPGs und GPGs umstrukturiert. 10% von ihnen arbeiten aufgrund der Umstrukturierungshilfen schon rentabel. Um diesen Weg weiter zu beschreiten, hat das brandenburgische Landwirtschaftsministerium weit über 300 Millionen Mark beantragt. Der westdeutschen Bauernlobby aber ist die wirtschaftlich starke Landwirtschaft in Ostdeutschland allein schon aufgrund der Größenordnung der Betriebe suspekt. Vor allem die Bayern, so der Staatssekretär im brandenburgischen Landwirtschaftsministerium, Günther Wegge, versuchen alles, um den landwirtschaftlichen Genossenschaften in Ostdeutschland die Mittel für die Umstrukturierung abzuschneiden.

Neue Publikationen des
Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens eV

Band IV:
"Betriebe in Selbstverwaltung: Eine empirische Untersuchung in Nordrhein-Westfalen", W. Beywl, W. Helmstädter, S. Jentgens, U. Schramm,
(Hg.): Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Bonn/Darmstadt 1990;DM 19,80

Dieses Buch basiert auf einer Erhebung, die die AutorInnen im Auftrag der Landesberatungsgesellschaft NRW (G.I.B.) im Jahr 1988 durchgeführt haben. Die Ergebnisse wurden landesweit kontrovers diskutiert, so daß sich die AutorInnen entschlossen, eine Überarbeitung des Textes vorzunehmen. Es wird auch auf die neuere Diskussion über selbstverwaltete Betriebe und alternative Ökonomie Bezug genommen. Der empirische Teil der Untersuchung enthält 25 Tabellen und 5 Schaubilder.

Band V:
"Neue Genossenschaften braucht das Land: Ein Ratgeber zur Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften",
(Hg.): Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V./Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1990,
Schutzgebühr DM 5,– (190 Seiten)

Mit diesem Ratgeber wollen wir interessierten Multiplikatoren aus Betrieben, Verbänden und Parteien praxisorientierte Informationen und Hilfen anbieten. Insbesondere richtet sich der Ratgeber an die LPG'en und liefert ihnen Handlungsmöglichkeiten zur Umstrukturierung der Betriebe in genossenschaftliche Formen. Wir wollen Menschen Mut machen, die Umgestaltung der Landwirtschaft selbst in die Hand zu nehmen. Genossenschaften können dabei eine wichtige Rolle spielen.

Die Bücher und Broschüren können in der Geschäftsstelle des Vereins oder im Buchhandel bestellt werden.

Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens eV
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/215290

Genossenschaftsverbund Mondragon

Schnelle Anmeldung erforderlich

Der Genossenschaftverbund in Mondragon im spanischen Baskenland gilt als Ideal einer genossenschaftlichen Regionalwirtschaft. Eine Gelegenheit diesen vor Ort kennenzulernen, bietet der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie. Geplant ist eine Fahrt vom 11.10. bis 27.10.1991. Die Kosten werden sich auf circa 1.000.- DM belaufen, ohne Verpflegung, gerechnet ab Frankfurt. Gefahren wird in PKWs mit jeweils vier Personen. Für Übersetzung, Materialien, inhaltliche und organisatorische Betreuung, Übernachtungen etc. ist gesorgt. Die verbindliche Teilnahme muß allerdings bis spätestens 15. Februar zugesagt werden. Die Zahl der Teilnehmer bleibt auf 15 begrenzt. Weitere Informationen und Anmeldungen bitte richten an Bernd Scheda, Sielpfad 27, 2800 Bremen, Tel.: 0421/78586 p. oder 0421/701461 d.

Empirische Untersuchung

Selbstverwaltete Betriebe in Nordrhein-Westfalen

Auf Auskünfte aus dem Jahre 1988 beruhen die Daten einer kleinen Studie zum Thema selbstverwaltete Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Es ist eine landesweite Bestandsaufnahme über den erwerbs- und marktorientierten Teil der „Alternativen Ökonomie". Angaben liegen zu 514 Betrieben vor, wobei insgesamt von einer Anzahl von knapp 600 ausgegangen wird. Die Aussagen der vorgelegten Querschnittsstudie beschränken sich überwiegend auf die erhobenen quantitativen Daten. Neben der Analyse der untersuchten Betriebe als Wirtschaftgruppen (Landwirtschaft, Produktion, Reparatur, Verkehr und Transport, Handel, Dienstleistungen) mit vergleichbaren Schlüsselmerkmalen und Entwicklungen, werden im vorderen Teil der Untersuchung wichtige strukturelle Merkmale der Betriebe (Alter, Organisation, Marktteilnahme) dargestellt. Das dritte Kapitel enthält die Beschreibung der auf die Betriebsmitglieder bezogenen Daten zur Betriebsgröße, zur geschlechterspezifischen Zusammensetzung sowie zur Erwerbsorientierung. Anschließend erfolgt eine regionale Betrachtung der Ergebnisse. Abgeschlossen wird dieser Teil mit exemplarischen Regionalberichten über je zwei „städtische" und zwei „ländliche" Untersuchungsregionen. Die Studie von Wolfgang Beywl, Wolfgang Helmstädter, Stephanie Jentgens und Udo Schramm mit dem Titel „Betriebe in Selbstverwaltung. Eine empirische Untersuchung in Nordrhein-Westfalen" kann für DM 19.80 als Buch beim Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Am Hofgarten 20, 5300 Bonn bestellt werden.

TRION Geldberatungsgenossenschaft e.G.i.G., Hamburg

Vermögenswirksam Sparen

Bis maximal 936.- DM pro Jahr (für abhängig Beschäftigte mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 27.000 DM, bei Verheirateten von 54.000 DM) können seit Anfang dieses Jahres bei TRION Geldberatungsgenossenschaft eG.i.G. in Hamburg angelegt werden. Die Einzahlungen müssen vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers oder als eigene Einzahlungen über den Arbeitgeber erfolgen. Darauf gibt es vom Staat 20% Sparprämie. Mit dem für mindestens sechs Jahre angelegten Geld werden Genossenschaftsanteile an der TRION erworben. Wenn die Gelder den Mittelbedarf von TRION übersteigen, werden sie zur Finanzierung von sozialen und ökologischen Projekten im Sinne der Satzung der Genossenschaft eingesetzt. Unterlagen können angefordert werden bei: TRION eG.i.G., Gerberstr.9a, 2000 Hamburg 50.

Wissenschaftliche Untersuchung

Gutes Image von Genossenschaften

Nur 1.4% der Befragten in einer Studie zum Image von Genossenschaften machten eindeutig negativ gemeinte Aussagen wie Verlustunternehmen, DDR, Ostblock, korrupt. Fast 90% dagegen bejahen die genossenschaftliche Mitgliederförderung und 74% erkennen besondere Mitwirkungsrechte. Hervorzuheben ist, daß 71% den Genossenschaften positive umweltpolitische Ziele attestieren. Rund 54% glauben nicht an eine Gewinnmaximierung bei genossenschaftlichen Unternehmen. Das Ansehen der Genossenschaften bezeichneten auf einer fünfstufigen Skala 75% der Befragten als gut oder sehr gut. Nur 5% ordnen das Ansehen als eher negativ ein. Die Befragten bescheinigten den Genossenschaften eine außerordentlich hohe Problemlösungskompetenz. An erster Stelle wurden Probleme der Wohnungsnot genannt, die mit genossenschaftlichen Lösungen besonders gut angegangen werden können. Die Befragung zeigt, daß es für Genossenschaften relativ einfach wäre, Aufklärung zu betreiben und neue Mitglieder zu gewinnen. Sie ist die erste empirisch repräsentative Untersuchung zu diesem Thema, war allerdings auf den Kölner Raum beschränkt. Interessenten an der Studie können sich wenden an: Prof.Dr.Zerche, Seminare für Genossenschaftswesen und Sozialpolitik der Universität Köln, Albert-Magnus-Platz, 5000 Köln 41.

Wohnungsbaugenossenschaften

Die Entwicklung stagniert

1989 hat sich der seit mehreren Jahren zu beobachtende (leichte) Rückgang der Wohnungsbaugenossenschaften fortgesetzt. Ihre Zahl beträgt 1173. Dies sind drei weniger als im Jahr zuvor. Dagegen steigt die Zahl der Mitglieder weiter an. Sie hat sich 1989 gegenüber 1988 von 1.69 auf 1.71 Millionen erhöht. Die durchschnittliche Mitgliedszahl je Genossenschaft stieg damit von 1435 auf 1458. Im Durchschnitt bewirtschaftet eine Wohnungsbaugenossenschaft 876 eigene Wohnungen (Ende 1988: 873). 46 Wohnungsbaugenossenschaften unterhalten noch eigene Spareinrichtungen mit einem Sparkapital von insgesamt 1.02 Mrd. DM.

DOKUMENTATION ZUR ÖKOBANKGENOSSENSCHAFT

Wahlverfahren für die Vertreterinnen- und Vertreterversammlung in der Diskussion

Auf der ersten VertreterInnenversammlung der Ökobank im Oktober 1989 wurde beschlossen, die Wahlordnung für die Wahl der VertreterInnen neu zu fassen. Die gültige Wahlordnung wurde vielfach als undemokratisch und leicht manipulierbar kritisiert. Aus der Vielzahl der eingegangenen Vorschläge und Anregungen faßte ein allen Mitgliedern offenstehender Arbeitskreis im Sommer dieses Jahres die Hauptkritikpunkte und -änderungswünsche zusammen. Ihre Erläuterung durch Klaus-Rainer Brintzinger in der Ökorrespondenz wird nachfolgend dokumentiert.

Redaktion Genossenschaften ● Die Neufassung der Wahlordnung setzt zunächst ein Votum für ein verändertes Wahlverfahren voraus (**Frage I**). Im Arbeitskreis bestand in dieser Frage weitgehende Übereinstimmung – dies entspricht auch der am bisherigen Wahlverfahren vorgetragenen Kritik – jedoch sollte ein Votum der Mitglieder eindeutig klären, inwieweit ein neuer Wahlmodus gewünscht wird.

Wahl nach Bundesliste

Sodann stehen grundsätzlich zwei verschiedene Möglichkeiten des Vorgehens offen: Während die Mehrzahl der eingegangenen Vorschläge eine Wahl auf Bezirksebene vorsieht, besteht auch die Möglichkeit, am System der einheitlichen Bundesliste (wie in der bisherigen Wahlordnung) festzuhalten, allerdings die Anforderungen an Alternativlisten zu senken (**Frage II, 1**). Denkbar wäre, sogenannte „unvollständige Listen" zuzulassen, also Listen mit weniger KandidatInnen, als VertreterInnen zu wählen sind. Dadurch würde die Möglichkeit erleichtert, Gegenlisten zu einer vom Wahlausschuß aufzustellenden Liste einzureichen. Dem Vorteil der Demokratisierung des bisherigen Wahlmodus steht jedoch ein gravierender Nachteil gegenüber: Erhält die unvollständige Liste mehr Sitze, als sie KandidatInnen aufweist, müssen diese Sitze leer bleiben, wodurch die Mehrheitsverhältnisse in der VertreterInnen-Versammlung verzerrt werden können. Im Extremfall, wenn die satzungsgemäße und gesetzliche Untergrenze unterschritten wird, müßten Neuwahlen angesetzt werden.

Der grundsätzliche Kritikpunkt am bisher praktizierten bundesweiten Wahlverfahren – mangelnde Gelegegenheit und Möglichkeit zum Kennenlernen der KandidatInnen – wird durch diese Variante nicht aus der Welt geschafft. Der Vorteil dieses Verfahrens bestünde dagegen in dem relativ geringen – finanziellen wie personellen – Aufwand bei der Durchführung der Wahl.

Das Modell Bezirkswahl

Demgegenüber geht das Bezirkswahlverfahren (**Frage II, 2-4**) einen völlig anderen Weg: Das Bundesgebiet wird in Wahlkreise eingeteilt, in denen jeweils direkt – also ohne überregionale Bestätigung – die jeweiligen VertreterInnen gewählt werden. Die Mitglieder z.B. aus Frankfurt oder aus Freiburg wählen ihre hessischen oder südbadischen VertreterInnen. Die Größe des Wahlkreises hängt – wie noch beschrieben wird – von der weiteren Ausgestaltung des Verfahrens ab. Der grundsätzliche Vorteil dieses Verfahrens besteht in der erhöhten Chance, die KandidatInnen selbst kennenzulernen und sie vor der Wahl zu befragen bzw. mit ihnen über Ökobankangelegenheiten zu diskutieren.

Der Arbeitskreis hat nun zur genauen Ausgestaltung des Wahlverfahrens mehrere Alternativen auf der Grundlage der eingegangenen Vorschläge und des rechtlichen Rahmens entwickelt. Gemeinsam ist allen Alternativen, daß sie vom Grundsatz der Personenwahl (an Stelle der Listenwahl) ausgehen. Es bestand Übereinstimmung, daß konkurrierende Listen bei politischen Wahlen adäquat sein mögen, jedoch nicht dem Wesen der Ökobank entspechen.

Grundsatz der Personenwahl

Die verschiedenen Varianten des Bezirkswahlmodells unterscheiden sich insbesondere in der Rolle der Wahlveranstaltungen vor Ort in den einzelnen Wahlkreisen. Das am weitestgehende Modell (**Frage II, 4**) sieht vor, daß die gesamte Wahl auf Bezirkswahlveranstaltungen durchgeführt wird – also jedes auf der Versammlung erscheinende und im Wahlkreis wohnende Mitglied hat eine Stimme; eine Möglichkeit zu Briefwahl besteht nicht.

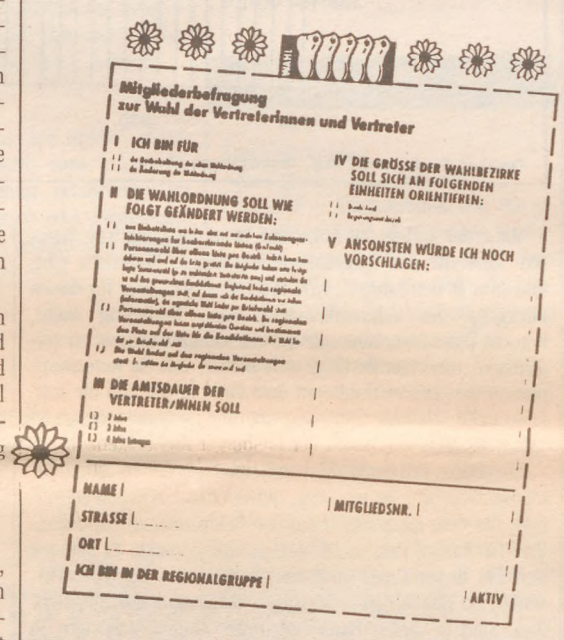
Vorteil solch eines Verfahrens ist ein großes Maß an unmittelbarer Demokratie. Alle Teilnehmer haben die Möglichkeit, die KandidatInnen kennenzulernen, sie zu befragen und mit ihnen zu diskutieren. Außerdem können auch noch auf der Veranstaltung selbst KandidatInnen nominiert werden.

Problematisch ist jedoch, daß nicht teilnehmende Mitglieder von der Wahl und damit von der Mitwirkungsmöglichkeit in der Genossenschaft ausgeschlossen sind. Da auch bei einer relativ großen Anzahl von Wahlkreisen Entfernungen von mehr als 100 km vom Wahlort unvermeidbar sein dürften und erfahrungsgemäß nur ein sehr kleiner Teil der Mitglieder diese Reise auf sich nimmt, besteht die Gefahr, daß irgendwelche Zufallsmehrheiten die Besetzung der VertreterInnenversammlung – des höchsten Organs der Genossenschaft – vornehmen. Zudem sind bei dieser Variante organisatorische Schwierigkeiten zu befürchten. Da der Wahlakt sich auf die Versammlung veschränkt, muß diese unbedingt von Mitgliedern des Wahlausschusses durchgeführt werden. Auch bei einer Erweiterung der Mitgliederzahl des Wahlausschusses dürfen die Grenzen der Belastbarkeit (mit ehrenamtlicher Arbeit) sehr bald erreicht sein.

Wahlversammlung plus Briefwahl

In dem Arbeitskreis bestand daher weitgehende Übereinstimmung, daß die Wahlversammlung nur informativen oder empfehlenden Charakter haben könne, d.h. daß zumindest die Möglichkeit der Briefwahl gegeben sein müßte. Empfehlender Charakter der Wahlversammlung (**Frage II, 3**) bedeutet, daß auf der Versammlung eine Reihenfolge der KandidatInnen vorgenommen wird; dies kann dann als – unverbindliche – Empfehlung für die nichtanwesenden (oder für die nicht so gut informierten) Mitglieder angesehen werden. Der eigentliche Wahlakt folgt dann per Briefwahl. Die Versammlung nimmt also unmittelbar Einfluß auf die Besetzung der VertreterInnenversammlung, sie hätte gewissermaßen präjudizierenden Charakter. An der Durchführung der Versammlung müssen daher dieselben strengen Anforderungen gestellt werden wie im zuerst dargestellten Modell, genauso dürfen die Wahlkreise eine bestimmte Größe nicht überschreiten, um die Teilnahme von einer ausreichenden Zahl an Mitgliedern zu sichern.

Da jedoch bei Verwirklichung dieses Modells gleichzeitig eine Briefwahl stattfinden müßte, bringt diese Variante den höchsten finanziellen wie personellen Aufwand mit sich. Gleichwohl kann dieses Modell für sich in Anspruch nehmen, die meisten Aspekte eines idealen Wahlsystems – Wahlversammlung wie Briefwahlmöglichkeiten – zu vereinigen.



Briefwahl und Chancengleichheit

Die letzte Variante – das Modell mit informierender Wahlversammlung (**Frage II, 2**) – räumt im Gegensatz zu den obigen Vorschlägen die größten Spielräume ein. Die Wahl erfolgt dabei ausschließlich per Briefwahl, die Reihenfolge der KandidatInnen auf dem Stimmzettel richtet sich nach dem Alphabet (oder nach dem Los). Die Versammlungen haben dann die Aufgabe, die KandidatInnen den Mitgliedern vorzustellen.

Da an diese informativen Wahlveranstaltungen keine hohen formalen Anforderungen zu stellen sind (mithin die Anwesenheit von Wahlausschußmitgliedern nicht unabdingbar ist), kann eine Vielzahl von Veranstaltungen stattfinden (z.B. in jedem Ort mit einer Regionalgruppe/-firma), die gleichzeitig der Information über die Entwicklung der Ökobank und der Kommunikation der Mitglieder dienen. Der wesentliche Vorteil diese Modells besteht in der einfachen technischen Handhabung und in den relativ geringen Kosten für die Bank, die generelle Briefwahl sorgt überdies für ein Höchstmaß an Chancengleichheit für alle KandidatInnen.

Wahlkreisgröße und Amtsdauer

Zwei weitere Fragen müssen noch im Rahmen dieser Mitgliederbefragung behandelt werden: Die Größe der Wahlkreise (**Frage IV**) und die Amtsdauer der gewählten VertreterInnen (**Frage III**). Wenn auch diese Fragen extra im Befragungscoupon aufgeführt sind, so lassen sie sich nicht ganz unabhängig von der Frage 2 entscheiden. Auf das Problem der Wahlkreisgröße wurde bereits eingegangen. Grundsätzlich gilt: Je verbindlicher die Wahlversammlung, desto kleiner muß der Wahlkreis sein. Dies führt jedoch zu höheren Kosten und somit – fast zwingend bei Betrachtung der Ertragslage der Bank – zu selteneren Wahlen, also zu einer längeren Wahlperiode. Und unabhängig davon: jede Wahl ist teuer, jede Änderung der Wahlordnung macht das bisherige Wahlverfahren aufwendiger und damit teurer. Deshalb befürwortet die Mehrheit des Arbeitskreis Wahlordnung eine Verlängerung der Amtsdauer auf drei Jahre.

Mit diesen vier Fragen (siehe Meinungscoupon) sind die großen Linien einer neuen Wahlordnung abgesteckt. Die Mitglieder der Ökobank sind nun aufgerufen, ihre Meinung abzugeben. Auf der Grundlage dieses Ergebnisses werden Aufsichtsrat und Vorstand eine neue Wahlordnung beschließen, die der nächsten VertreterInnenversammlung zur Zustimmung vorliegen wird. ●

OFFENER BRIEF AN VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Voraussetzungen schaffen für eine optimale Wahl

Mit den Vorschlägen der Ökobank zu einer neuen Wahlordnung für die VertreterInnenversammlung scheint noch nicht aller Zündstoff zu dem Thema beseitigt zu sein. Ökobankvertreter Jens Reuter aus Hamburg kritisiert in einem offenen Brief die bisherigen Änderungsvorschläge.

Werter Vorstand und Aufsichtsrat,

da der Platz für Anmerkungen zu den vorgeschlagenen Änderungen der Ökobankwahlordnung auf dem in der Ökorrespondenz abgedruckten Mitgliedsbefragungs-Coupon sehr klein ist, einige knappe Anmerkungen dazu und zur Vorgehensweise an dieser Stelle.

Zur Vorgehensweise: Klarheit über gewünschte Änderungen der Wahlordnung kann die Befragung auf dem Coupon der Ökokorrespondenz 3/90 nur unzureichend verschaffen, weil die Fragen nach der Wahlart (z.B. bundesweite Einheitsliste oder Listenwahl pro Bezirk oder ...) mit den Fragen der Wahlprozedur (Briefwahl oder Wahlversammlung oder/und örtliche Nominierungsveranstaltungen) unvorteilhafterweise verquickt worden sind, obwohl es sich dabei erst einmal um grundsätzlich verschiedene Angelegenheiten handelt. Eine andere, naheliegende Möglichkeit ist überhaupt nicht erfragt worden.

Auch die Darstellung der verschiedenen Modelle läßt Deutlichkeit vermissen: So wird z.B. im begleitenden Erläuterungstext in der Ökorrespondenz Nr.3/90 der Vorschlag zur Änderung der Wahlordnung II.3 als „Wahlversammlung plus Briefwahl" bezeichnet. Anschließend aber erklärt, daß es sich bei dem vorgeschlagenen Prozedere allenfalls um eine Vorwahl handelt, die nur die („präjudizierende") Reihenfolge der KandidatInnen auf der Liste zur Folge haben soll. Somit handelt es sich also doch nicht um eine „Wahlversammlung zur Wahl der VertreterInnen", sondern nur um die Nominierung von KandidatInnen für eine offene Bezirksliste. Danach erst soll die richtige Wahl in Form von Briefwahl erfolgen.

Dieses Verfahren als „Wahlversammlung plus Briefwahl" zu bezeichnen ist äußerst mißverständlich und fördert nicht die Aufklärung über verschiedene Wahlarten und -prozeduren.

Zu den Vorschlägen: Vorschlag II.2 berücksichtigt die Negativerfahrungen der letzten (und ersten) VertreterInnenwahl überhaupt nicht. Zwar handelt es sich um Bezirkswahlen mit Bezirkslisten und um eine Personenwahl statt um die Wahl einer bundesweiten Einheitsliste, aber das vorgeschlagene Wahlprozedere unterscheidet sich vom alten Wahlprozedere überhaupt nicht.

Die Wahlveranstaltungen werden als „informative" Veranstaltungen bezeichnet. Tatsächlich wären sie bei dieser Variante aber eher „informell" und unverbindlich - im Zweifel also auch weniger einladend zur Teilnahme für die GenossInnen. Es ist jedenfalls fragwürdig, ob auf diese Weise einer viel zu geringen Beteiligung an den regionalen Veranstaltungen (wie beim letzten Mal geschehen) erfolgreich entgegen gewirkt werden kann.

Vorschlag II.3 birgt in der vorliegenden Form die Gefahr in sich, daß bei geringer Beteiligung an der „Vorwahl" ein Vorwahlergebnis Einfluß auf die richtige Wahl gewinnen kann, daß nicht repräsentativ für die GenossInnen vor Ort sein muß. Gerade durch den präjudizierenden Charakter, den die „Vorwahl" bei diesem Vorschlag erhalten soll, würde aber eine unbefriedigend verlaufende Vorwahl in ihrer Wirkung noch erhöht. Das stimmt bedenklich.

Warum Vorschlag II.4 nicht mit der Variante „Briefwahl" vorgestellt worden ist, ist nicht plausibel. Sollte das Verfahren der Briefwahl mit dem Verfahren einer richtigen Wahlversammlung nicht kombinierbar sein - aus rechtlichen oder organisatorischen Gründen -, hätte dies im Erläuterungstext in der Ökokorrespondenz Erwähnung gefunden haben müssen.

Warum aber eigentlich keine richtige -Wahlversammlung plus Briefwahl-? Auf der Wahlversammlung würden die VertreterInnen von den anwesenden GenossInnen tatsächlich gewählt werden und nicht anwesende GenossInnen könnten per Briefwahl wählen. Das hätte den Vorteil, daß die Wahlversammlung einen verbindlichen Charakter bekäme und eine Teilnahme für die GenossInnen lohnenswerter scheinen muß. Gleichzeitig wäre niemand von der Wahl ausgeschlossen und eine mißglückte Wahlversammlung würde keinen ungerechten Einfluß auf den gesamten Wahlakt nehmen können wie bei Vorschlag II.3 möglich. Dies wäre außerdem ein übliches Verfahren. Die erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen wären dieselben, die auch für den Vorschlag II.3 geschildert und in Erwägung gezogen worden sind. Die Anmeldung zur Kandidatur (Jede/r Genossin/e kann kandidieren) muß selbstverständlich vor der Wahlversammlung erfolgt sein und in der Ökorrespondenz bekannt gemacht worden sein. Dies gilt für andere Vorschläge aber auch.

Bei genauerer Betrachtung der drei Vorschläge zur Bezirkswahl fällt auf, daß die Vorschläge II.3 und II.4 gar keine ernstzunehmenden Altenativen zu Vorschlag II.2 sein können. Allenfalls können sie in der vorgetragenen Form dazu beitragen, eine Entscheidung zugunsten der Variante II.2 zu präjudizieren. Demokratisch, wie vorgegeben, ist die eingeschlagene Vorgehensweise deswegen nicht, weil eine Entscheidungsmöglichkeit über andere alternative Wahlverfahren auf diese Weise praktisch vorenthalten wird.

Offensichtlich wird jedenfalls, daß die Ökobankgenossenschaft bereit sein muß, einen relativ hohen Aufwand zur Installation ihrer Gesellschafterversammlung zu betreiben, wenn sie ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden will. Dieser Aufwand für die Wahl der VertreterInnen ist deshalb erforderlich, weil es sich eben nur um eine stellvertretende Gesellschafterversammlung, nämlich die „Vertreterversammlung" handelt.

Es gibt natürlich keine Garantie für eine optimal verlaufende Wahl mit hoher, direkter Beteiligung der GenossInnen vor Ort. Es lassen sich aber Voraussetzungen schaffen, die diesem Optimum entgegenkommen. Eine Personenwahl auf Bezirksebene wäre schon ein Fortschritt. Die vorgeschlagenen Wahlprozeduren noch nicht.

Mit freundlichen Grüßen
Jens Reuter
(Vertreter Hamburg

Was hier nicht steht, steht in der taz.
taz, die tageszeitung.

DAS VERFLIXTE GELD – 14. FOLGE

Die Konjunkturkrisen

Helmut Creutz, Redaktion Heidelberg ● Daß der Kapitalismus aus einfachen mathematischen Gründen zusammenbrechen muß und die Ursachen mit der Geldordnung zusammenhängen, wurde in der letzten Folge anhand langfristiger Entwicklungsdaten nachgewiesen. Die bei uns noch halbwegs tragbaren Folgen dieser Entwicklung können wir in fortgeschritteneren Formen in Lateinamerika studieren, aber auch bereits in den USA. Wenn bei uns jedoch von der „Krise" die Rede ist, dann wird meist weniger diese langfristige, große gemeint, sondern jene Krisen, die sich mit ziemlicher Beharrlichkeit im Abstand von sechs bis zehn Jahren als Konjunktureinbrüche wiederholen. Die Folgen für die Beschäftigungssituation, die Arbeitseinkommen, aber auch die Lage der Unternehmen sind bekannt. Letztere lassen sich vor allem an dem Anstieg der Pleitezahlen ablesen.

Haben auch die sich wiederholenden Konjunkturkrisen mit der Geldordnung zu tun?

Erinnern wir uns: Langfristig nehmen die Geldvermögen und Schulden etwa dreimal rascher als die Leistungsgrößen zu, wobei es durch Zinsströme von den Schuldnern zu den Geldvermögen zu einer fatalen Selbstvermehrung dieser Größen kommt. Doch nicht nur diese Überentwicklung der monetären Bestandsgrößen führt zu einer ständig zunehmenden Belastung für die Wirtschaft. Noch rascher als durch diese Akkumulationen können die Lasten durch kurzfristige Zinssatzveränderungen ansteigen. Konkret: Nehmen die Geldvermögen und Schulden im Jahr um acht Prozent zu, dann steigen die Zinslasten und -einkommen – gleichbleibende Zinssätze vorausgesetzt – um acht Prozent. Klettern aber die Zinssätze im Laufe eines Jahres von beispielsweise 6 auf 9 Prozentpunkte an, dann nehmen die Zinslasten und -einkommen, auch bei gleichbleibenden Geldvermögen und Schulden, um 50 Prozent zu. Das heißt, die Belastung steigender Zinssätze ist ungleich folgenschwerer für die Wirtschaft als die laufende Zunahme der monetären Bestandsgrößen! Machen wir uns das anhand einiger Beispiele aus den offiziellen Statistiken klar:

Von 1978 bis 1981 sind die Geldvermögen um 29 Prozent angestiegen und das BSP um 20 Prozent, die „Zinsaufwendungen der Banken", also die Zinsausschüttungen an die Geldgeber, jedoch um 121 Prozent. Ursache dieses überproportionalen Anstiegs der Zinseinkommen war ein Anstieg der Zinssätze in den drei Jahren von 6,1 Prozent auf 10,6 Prozent.

Wie sieht das bei den Zinslasten aus?

Ziehen wir als Vergleichszahlen für die Zinsbelastung der Wirtschaft einmal die „Zinserträge der Banken" heran, also jene Größe, die von der Bundesbank in jedem Sommer für das verflossene Jahr veröffentlicht wird: 1978 lag diese Größe bei 112 Mrd. DM = 8,7 Prozent des Bruttosozialproduktes, 1981, also drei Jahre später, bei 215 Mrd. = 13,9 Prozent des BSP. Gemessen an dem Anstieg der wirtschaftlichen Leistung in den drei Jahren hätte eine Zinsertragsgröße, die ja für die Zinsbelastung der Wirtschaft als Maßstab herangezogen werden kann, nur um rund 22 Mrd. DM zunehmen dürfen. In Wirklichkeit stieg sie um 103 Mrd. DM an, also um 81 Mrd. DM mehr als eigentlich tragbar! Geht man von Größenordnungen Ende 1989 aus, dann lagen die gesamten Bruttolöhne und -gehälter aller abhängig Beschäftigten bei 981 Mrd. DM, die gesamten Geldvermögen bei 4.442 Mrd. DM. Ein Anstieg der Zinssätze um zwei Prozentpunkte (die wir für dieses Jahr ansetzen müssen) würde also rechnerisch die Volkswirtschaft mit 88 Mrd. DM zusätzlich belasten, ein Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter um zwei Prozent dagegen nur um knapp 20 Mrd.DM. Oder anders ausgedrückt: Eine Erhöhung der Bruttoeinkommen der abhängig Beschäftigten um acht Prozent wurde weniger zu Buche schlagen als ein Anstieg der Zinssätze um die zu erwartenden zwei Prozentpunkte!

Natürlich ist das nur eine theoretische Rechnung, da eine Zinserhöhung, aufgrund der Laufzeitfristen der Einlagen und Kredite, nur bei Neukrediten direkt durchschlägt und erst nach und nach für die ganzen Vermögens- bzw. Schuldenmassen wirksam wird.

Die Beeinflussung der Gesamtentwicklung durch Zinssatzveränderungen

Eine Wachstumsregel heißt, daß ein Organismus nur in sich stabil bleiben kann, wenn sich alle Teile im Gleichschritt mit dem Ganzen entwickeln. Dasselbe gilt auch für einen wirtschaftlichen Organismus, bei dem „das Ganze" die volkswirtschaftliche Leistung ist. Das heißt, nimmt diese Leistung in einer bestimmten Größenordnung zu, dann können auch die Ansprüche aller Beteiligten an den Leistungskuchen in diesem Umfang zunehmen, ohne daß es zu Verteilungsproblemen oder irgendwelchen Spannungen kommt. Da bei uns jedoch die Entwicklungen der Geldvermögen und Schulden, und damit auch die von diesen Größen abgeleiteten Zinsforderungen und -lasten, überproportional zunehmen, kommt es zu einer eklatanten Verletzung dieser Regel. Welche Folgen das Überwachstum dieser Größen und die Zinssatzanstieg hat, wird aus der Grafik 1 ersichtlich.

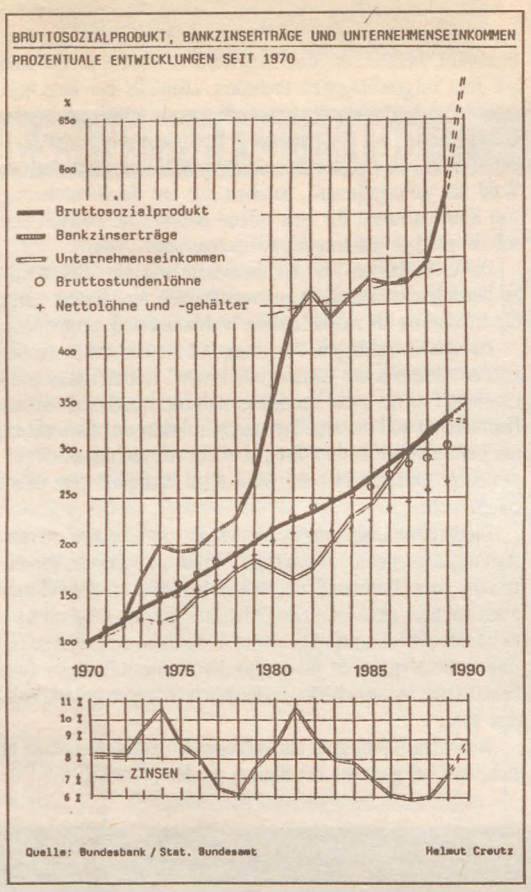
In dieser Grafik sind die Entwicklungen des nominalen Bruttosozialprodukts, Unternehmenseinkommen ab 1970 in Prozenten wiedergegeben. Außerdem sind auch die Veränderungen der Brutto-Stundenlöhne und der gesamten Nettolöhne und -gehälter auf diese Weise dargestellt. Die Grafik macht als erstes deutlich, daß das nominelle BSP relativ gleichmäßig angestiegen ist und sich bei dieser prozentualen Entwicklung die konjunkturellen Schwankungen nur schwach abzeichnen. Wesentlich deutlichere Schwankungen weisen jedoch die Kurven der Unternehmenseinkommen und der Bankzinserträge auf. Deutlich erkennbar ist auch, daß sich diese beiden Größen gegenläufig entwickeln. Das heißt, einem Anstieg der Zinserträge folgt mit etwa einjähriger Verzögerung ein Rückfall der Unternehmenseinkommen, der sich – ebenfalls mit einjähriger Verzögerung – bei einem Rückgang der Zinserträge wieder umkehrt. Außer der Gegenläufigkeit der beiden Kurven gibt es jedoch noch einen anderen schwerwiegenden Unterschied: Während die Unternehmenseinkommen zur Entwicklung des BSP zurückkehren, heben sich die Zinserträge der Banken immer stärker von der Leistungsgröße ab. Sie schießen förmlich in den Himmel.

Wie ein Blick auf die zusätzlich eingetragene Kurve der Kapitalmarktzinsen erkennen läßt, hängen die Veränderungen der Bankzinssätze wie der Unternehmenseinkommen mit den Zinssatzveränderungen zusammen. Konkret: Die Einkommen der Unternehmen fallen bei steigenden Zinssätzen zurück und erholen sich erst wieder bei sinkenden Zinssätzen. Das wird besonders deutlich in der letzten Hochzinsphase mit einem Zinsgipfel 1981, dem ein besonders großer Rückfall der Unternehmenseinkommen, gemessen an der BSP-Entwicklung, gegenüberstand. Seit 1981 bzw. 1982 aber haben sich diese Unternehmenseinkommen wieder an die Leistung heranentwickelt und diese 1987 erreicht. Dieser letzte Anstieg der Unternehmenseinkommen seit 1981 hatte tatsächlich, wie immer wieder herausgestellt, eine ungewöhnliche Dimension. Betrachtet man die Entwicklung jedoch objektiv, dann haben die Unternehmen in diesen Jahren nur ihre Rückstände aufgrund der beiden Hochzinsphasen wieder ausgeglichen.

Prüft man nun einmal die Entwicklungen der lohnbezogenen Größen, dann ist das bei diesen anders: Während die zinsbedingten Kostensteigerungen anfangs voll die Unternehmen treffen, verschiebt sich das Bild im Laufe der Zinssenkungsphasen und auch langfristig zuungunsten der Arbeitnehmer. Das zeigt besonders die Kurve der Nettolöhne und -gehälter, die sich vor allem seit 1981 immer mehr von der Leistungsentwicklung entfernt haben. Ein Vergleich aller Kurven läßt den Schluß zu, daß die zinsbedingten Lastenanstiege anfangs zwar von den Unternehmen aufgefangen werden müssen, auf Dauer aber zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

Wann kommt die nächste Konjunkturflaute?

Die lange positive Konjunkturentwicklung der 80er Jahre, die sich manche nicht erklären können und die andere dem Regierungswechsel 1982 zugute halten, fällt mit dem Zinsabstieg seit 1981 und dem langen Zinstal zusammen, das sich praktisch bis 1988 hingezogen hat (siehe Zinskurve). Gemessen an der Wirtschaftsleistung gingen Zinsbelastungen – trotz weiter eskalierender Verschuldung – relativ sogar zurück. Das läßt die gestrichelte Linie oben in der Kurve der Bankzinserträge in Grafik 1 erkennen, wenn man sie mit der Entwicklung des BSP vergleicht. Hier, in der relativen Entlastung der Wirtschaft von den jährlich aufzubringenen Zinsen, findet die gute Konjunkturlage der letzten Jahre ihre Erklärung. Wie empfindlich die Wirtschaft auf die Umkehr des Zinstrends reagiert, zeigt sich bereits an den folgen des leichten Anstiegs des Kapitalmarktzinses von sechs auf sieben Prozent im Jahr 1989: Die Zinserträge der Banken schießen wieder in die Höhe und die Unternehmenseinkommen lassen bereits einen leichten Rückfall erkennen. Da 1990 die Zinssätze weiter geklettert sind, und zwar sogar um zwei Punkte, kann man die Entwicklungen bei den Bankzinserträgen wie die Unternehmenseinkommen ohne großes Risiko im voraus – wie geschehen – eintragen. Sicher können die Entwicklungen durch den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten von der Regel abweichende Folgen zeigen. Doch allzugroße Veränderungen der bisherigen Wechselwirkungen zwischen Zinssätzen und den Verläufen der Konjunkturen sind kaum zu erwarten.

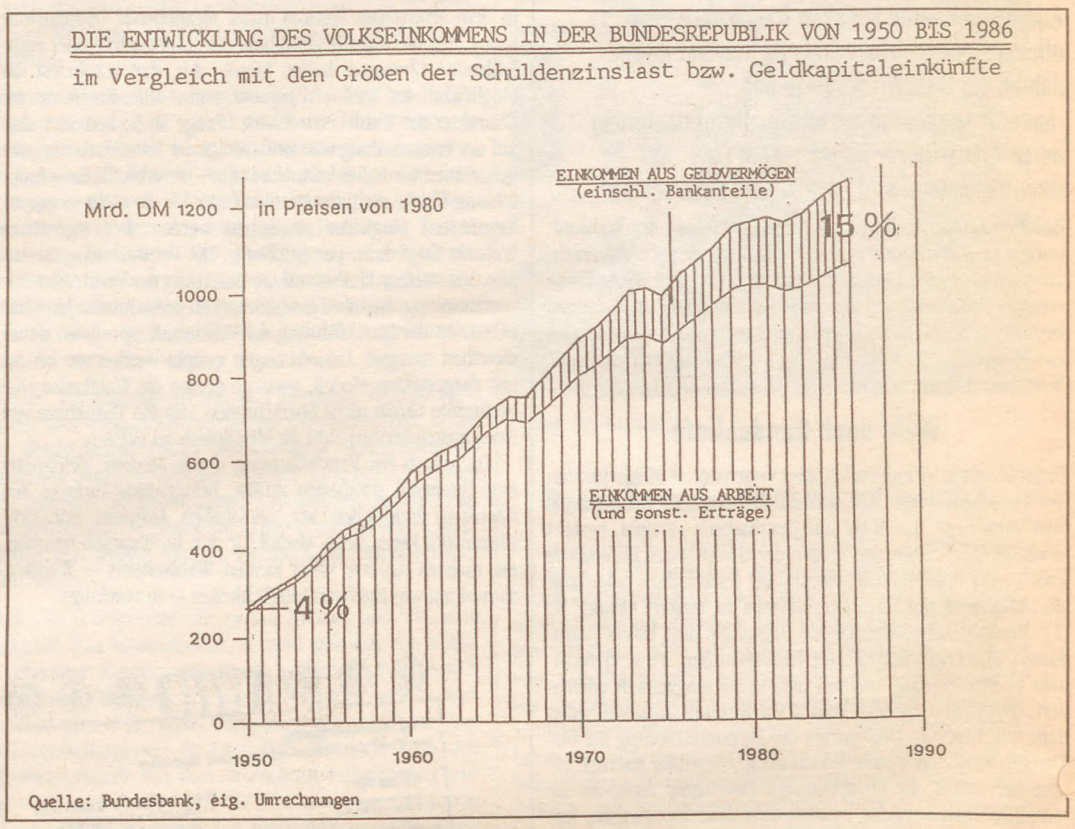


Wie sehen langfristig zinsbedingte Verschiebungen der Einkommen aus?

Daß man einen Kuchen nur einmal essen kann, bedarf keiner Erklärung. Schneidet sich jedesmal einer der Anspruchsberechtigten ein größeres Stück heraus, bleibt für die anderen weniger übrig, es sei denn, sie backen immer einen größeren Kuchen. In unserer Volkswirtschaft ist uns das bislang gelungen. Langfristig betrachtet haben wir die Wirtschaftsleistung bis heute in dem Tempo weiter gesteigert, das nach dem Kriege sachlich sicher sinnvoll war. Doch trotz dieser ständigen Leistungsausweitung sind die Einkommen der Arbeitsleistenden relativ zurückgefallen, in den Wirtschaftflauten sogar absolut. Diese Zusammenhänge gehen aus der zweiten Grafik hervor, in der die Entwicklung des Volkseinkommens seit 1950 in inflationsbereinigten Größen eingetragen ist.

Aus dieser Darstellung läßt sich durch Verlängerung in etwa auch die wahrscheinliche zukünftige Entwicklung herauslesen. Das ist in der dritten Grafik einmal versucht worden.

Geht man für die nächsten 35 Jahre davon aus, daß sich das Wirtschaftswachstum zukünftig etwas verlangsamt (obwohl die Umwelt einer radikalen Entlastung bedarf!), daß sich ähnliche Konjunktureinbrüche wie bisher ergeben und die Geldvermögen wie in den letzten Jahren weiter zunehmen, dann ergibt sich die dargestellte mögliche Entwicklung des



Als erstes springt ins Auge, daß es in der langfristig linearen Zunahme des Volkseinkommens einige Einbrüche gibt, und zwar in den Jahren 1967, 1975 und 1982. Wer für diesen Rückgang des Volkseinkommens eine Erklärung sucht, braucht diese Einbrüche nur mit der Zinsentwicklung zu vergleichen. Auch hier bestätigt sich wieder, daß die Rezessionsphasen den Zinsanstiegen auf dem Fuße folgen und die konjunkturelle Erholung durchweg ein Jahr nach dem Zinsgipfel wieder einsetzt.

Im oberen Teil der grafischen Darstellung der Volkseinkommensentwicklung ist ein separater Streifen zusätzlich schraffiert, der dem Einkommen aus den Geldvermögen einschließlich Bankanteil entspricht. Anders ausgedrückt: Es handelt sich bei dieser Größe um die Zinsbelastung der Volkswirtschaft, die sich in den Zinserträgen der Banken dokumentiert. Zwar sind in diesen Bankzinserträgen Doppelbuchungen in Höhe von rund einem Drittel enthalten, da jedoch andererseits die gesamten Geldvermögen in der Bundesrepublik nur zu zwei Dritteln über Banken verzinst werden, ist diese statistische Größe der Bankzinserträge für unsere Vergleichsrechnungen ziemlich realistisch.

Sehen wir uns jetzt die Entwicklung dieser Zinsgröße an, dann erscheint sie eigentlich kaum aufregend. Sie hat zwar deutlich zugenommen, aber das trifft auch für das gesamte Volkseinkommen zu. Untersucht man aber die Größen genauer, dann ist dieser zinsbezogene Anteil in den dargestellten 36 Jahren von 4 auf 15 Prozent des Volkseinkommens angestiegen. Das aber heißt, daß die übrigen Einkommen (in denen ja auch noch die Verzinsung der unverschuldeten Sachkapitals stecken!) anteilmäßig von 96 auf 85 Prozent zurückgefallen sind.

Nimmt man nun die konjunkturellen Einbruchsphasen näher unter die Lupe, dann zeigt sich noch etwas Interessantes: Die Zinseinkommen blieben, trotz der Einbrüche, von Verlusten verschont. Im Gegenteil, sie nahmen (da sich die Einbrüche mit den Hochzinsphasen decken) sogar verstärkt zu. Das wiederum heißt, daß die flautenbedingten Rückgänge des Volkseinkommens letzlich alleine von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden müssen!

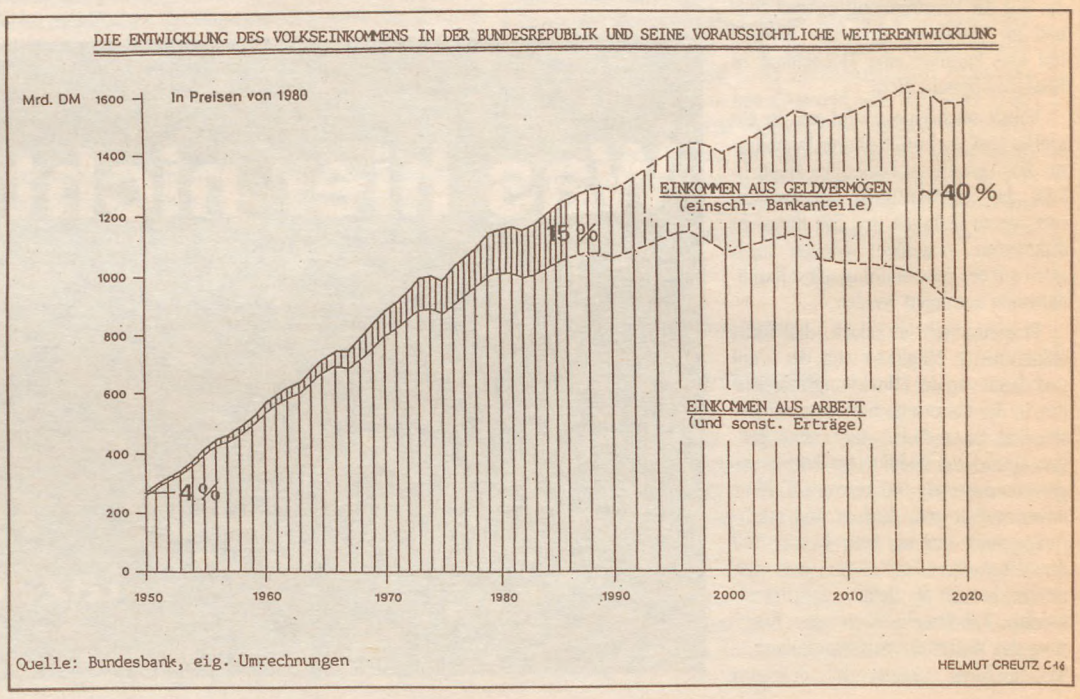
Volkseinkommens. Trotz des weiteren Wirtschaftswachstums würden die Einkommen der Arbeitsleistenden demnach zurückfallen. Das heißt, wir würden lateinamerikanische Verhältnisse bekommen.

Zusammenfassung

Die Krisen in Planwirtschaftsländern sind durch die mangelnde Leistungs- und Verteilungseffizienz vorprogrammiert. Sie führen schließlich zu einem Verzehr des Bestandes, und der Versuch, die immer größeren Lücken durch Verschuldungen im Ausland zu schließen, beschleunigt letztlich den Zusammenbruch. Das alles wird in der Mehrzahl der Länder noch durch aufgestaute Geldüberhänge und eine inflationäre Ruinierung der Währung verstärkt.

In den kapitalistischen Marktwirtschaften müssen wir zwischen den sich wiederholenden Konjunkturkrisen und der langsam zum Durchbruch kommenden Krise unterscheiden. Erstere werden entscheidend von den Zinsschwankungen bzw. den Hochzinsphasen bestimmt. Die unausweichliche große Krise ist die Folge der Überentwicklung der Geldvermögen und Schulden und der damit verbundenen Zinsströme von der Arbeit zum Besitz, die anfangs nur zu relativen Rückgängen der Arbeitseinkommen führen, schließlich immer mehr zu absoluten. Aus einfachen mathematischen Gründen gibt es keinen Ausweg aus der großen Krise. Es sei denn man kann das Überwachstum der Geldvermögen und Schulden abbremsen, im Idealfall auf das der wirtschaftlichen Leistungen. ●

Eine Liste der Bücher und Schriften von Helmut Creutz wie auch anderer Veröffentlichungen zu Geld-, Wirtschafts- und Bodenordnungsfragen kann gegen Freiumschlag bezogen werden bei:
Versand Reinhold Hug
Werner-Voß-Damm 54
1000 Berlin 42



JOBS

Wir, W.e.s.p.e. e.V., betreiben in Neustadt/Wstr. ein Projekt zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung, Vernetzung von verschiedenen Betrieben und Einzelprojekten.
Die anfallende Arbeit besoders im Zusammenhang mit Umbau, Finanzierung u. Organisation des „Ökohofes" ist ehrenamtlich nicht mehr zu bewältigen. Deshalb suchen wir für die Bereiche Verwaltung, Finanzierung u. Organisation einen hauptamtlichen Menschen. Sympathie für die Projektziele u. Kenntnisse / Erfahrung in den gen. Bereichen sind erforderlich. Wünschenswert u. denkbar ist es, wenn aus u. neben dieser Arbeit ein neues Kollektiv (Steuerbüro, Betriebsberatung) entstehen würde. Näheres unter ☎ (06321) 3 38 70 Ute, Ede, Christine oder Wespe e.V., Friedrichstr. 36, 6370 Neustadt/Wstr.

Grün-Alternatives Zentrum sucht Mitarbeiter (ABM, 2 Jahre) für denkmalgeschützte Wassermühle: 2 Zimmerer, 2 Maurer, 1 Bauingenieur (Haustechnik).
GAZ, B. Göring-Str. 152
O-7030 Leipzig

Wir sind ein selbstverwaltetes Unternehmen in München. Als Ingenieurbüro planen wir Anlagen zur anaeroben Vergärung von organischen Abfällen, im Handwerksbereich erstellen wir Solar- und umweltfreundliche Heizungsanlagen. Zur Verstärkung unserer Finanzgruppe suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine(n) **Diplom-Betriebswirt/in (FH)** mit Erfahrung auf den Gebieten Rechnungswesen und Controlling sowie guten EDV-Kenntnissen.
Das Aufgabengebiet umfaßt:
- Erstellung der Finanzbuchhaltung
- Budgetplanungen
- betriebswirtschaftliche Projektbegleitung
- Bereitstellung bedarfsgerechter Analysen, Kennzahlen und Berichte.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen an
REA Gesellschaft für Recycling von Energie und Abfall mbH
Rottmannstr. 18
W-8000 München 2
☎ (089) 52 20 18

Wir suchen **Köchin oder Koch** mit Spaß am Beruf für unsere Vollwert-Küche: Essensplanung, Einkauf, Kochen, Kräuterbeet-Bestellung.
Tagungshaus Bausen Nr. 6
3132 Clenze
Tel. (05844) 15 62

Der **Werkhof Lübeck** sucht Menschen, die sich selbständig machen wollen, dabei schon an Konzept + Finanzierung gedacht haben + ihre Ideen zwar eigenverantwortlich, aber in der Gruppe verwirklichen wollen. Gefordert sind Kreativität, Durchhaltevermögen + Zeit. Von 2nd-Handladen bis Reisebüro, von Friseurin bis Zeitung ist vieles möglich. In unserer ehemaligen Industriehalle sind noch 120qm für selbstverwaltete gewerbliche, soziale o. politische Projekte zu vergeben. Infos unter ☎ (0451) 7 57 18.

Wir suchen für den Ausbau unserer neuen Wohn- u. Arbeitsräume weitere Projektmitglieder. Wir, das sind z.Zt. 1 w u. 5 m, bieten neben Ausbau noch Muskeltraining bei Möbeltransporten u. Holzwerkstatt sowie Entspannung bei Gebrauchtmöbelverkauf etc. Dazu Wohnen u. Arbeiten unter einem Dach.
EMMAUS e.V., Stgt.
☎ (0711) 24 05 86 o. 54 53 19 (Uli verlangen)

Kulturzentrum Merlin Stuttgart sucht mehrere MitarbeiterInnen für die Bereiche Verwaltung, Café (Service/Küche) und Kultur. Engagement, wesentlich, Erfahrung erwünscht. Arbeitsantritt sofort möglich. Bew. nur schriftlich an:
Merlin Kultur & Café
Augustenstr. 72
7000 Stuttgart 1

Zimmereikollektiv in Bremen sucht erfahrenen Zimmermann/frau für Einstieg 2/3.91. Weitere Informationen unter:
☎ (0421) 42 08 31.

Zimmereikollektiv in Bremen sucht erfahrene Bauleute für den Innenausbau (Holz, Gips, Dämmung u.a. Isoflex).
Bitte ☎ (0421) 42 08 31.

Naturladen „Kraut und Rüben" sucht: **Vollzeit-MitarbeiterIn** zum 1.3.91 für den Bereich **Verkauf**. Erfahrungen im Naturkostfachbereich oder kaufmännische Qualifikation erforderlich. Schriftliche Bewerbung an:
Kraut & Rüben
Brunnenstr. 9
4000 Düsseldorf

JOBSUCHE

Hallo, ökologische Holzwerkstatt im Großraum Stuttgart.
Wer will mich ab September '91 (2. Lehrjahr) zum Schreiner ausbilden?
☎ (0711) 441 48 69 ab 22 Uhr od. Peter Schulze, Muskatstr. 3, 7000 Stuttgart 75.

Einzelhandelskaufmann mit 11monatiger Zusatzausbildung für Material-und Absatzwirtschaft (Computer) sucht Job in Norddeutschland im Großhandel Naturkost, USP...
Christoph Meffert
Augustastr. 60
4400 Münster
☎ (0251) 79 49 37

Hilfe! Ich muß aus gesundh. Gründen meine jetz. Tätigkeit als Operator im Fotosatz (gel. Radio- u. TV-Techn.) aufgeben. Möchte ökol. u. sozial sinnvolle Projekte unterstützen u. suche daher Mitarbeit in alternat. Betrieb, mögl. im Ber. alt. Energie od. Elektronik.
Chiffre: Hilfe

PROJEKTE

Wir (22, 23, 2 Mon.) suchen neuen Lebens- und Arbeitsraum in Haus- oder Hofgemeinschaft. Auch Suchende können sich melden.
☎ (06185) 73 28

Ich organisiere einen Erfahrungsaustausch von ProjektlerInnen, die zugleich **Hauptfinanzier des selbstverwalteten Betriebs** sind.
Katrin ☎ (040) 24 51 41

Grün-Alternatives Zentrum e.V., Leipzig, sucht zum Aufbau einer alten Wassermühle einen Leichtlastwagen oder Kombi oder Lieferwagen mit Kasten- oder Pritschenaufbau. Angebote mit Preis und technischen Daten an:
GAZ e.V. bei Ökolöwe
Bernhard-Göring-Str. 152
O-7030 Leipzig

ÖKOLOGIE

Kongreß-Reader
»Ökologischer Stadtumbau«
Die AGÖF – Dachverband von 85 in- und ausländischen ökologischen Instituten und Büros – hatte aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens Mitte September 1990 einen Fachkongreß mit rund 200 Teilnehmenden durchgeführt.
Der Kongreß-Reader umfaßt 167 A4-Seiten (u.a. Energiedienstleistung als kommunale Aufgabe · Aspekte der kommunalen Entsorgung · Erneuerbare Energieträger · Wasser – ein „Wert-Stoff" · Wohnumwelt im Spannungsfeld · Behutsame Stadtentwicklung · Wärmetechnischer Standard auf dem Prüfstand: das Niedrigenergiehaus) und ist jetzt für DM 25,- (plus Versandkosten) bei der AGÖF, Rheingasse 8-10
5300 Bonn 1 zu beziehen.

Wir sind umgezogen

versiko
- Versicherungsvermittlung -
Tel.: 0 2 11 / 97 37 111

COMPIKO
- EDV-Projektsteuerung -
Tel.: 0 2 11 / 97 37 160

Ökologische Finanzberatung
- Bau- + Gewerbefinanzierung -
Tel.: 0 2 11 / 97 37 180

ökowerk e.V.
- Interessengem. ökol. Betriebe
- Versorgungswerk betriebliche Alterversorgung
Tel.: 0 2 11 / 97 37 150

jetzt:
Fichtenstr. 42
4000 Düsseldorf 1

REISEN

Sanftes Kinder- und Jugendreisen
In der neuen Ausgabe dieser Fachzeitschrift, die sich an alle Interessierten wendet, werden Themen behandelt wie Stellungnahmen und Einschätzungen der Gespräche um die Einführung eines Gütesiegels für sanfttouristisches Reisen/Reiseangebote, oder der Praxis von Begegnungsreisen. In einem ausführlichen Mittelteil (12 Seiten) werden auf engstem Raum Treffpunkte zur weiteren Vertiefung und Informationsbeschaffung angeboten (Adressen, Materialien, Vorstellungen von Vereinen und Verbänden).
Auf insgesamt über 60 Seiten eine wertvolle Hilfe für diejenigen, die nach Verbesserung und Ausweitung eines natur- und sozialverträglichen Tourismus suchen.
Bestellungen an:
BDP LV Bremen/Nds.
Heinrichstr. 28
2800 Bremen 1
Kosten: 7 DM zzgl. Versand

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Geld in den Wind für eine gesunde Umwelt...

können Sie durch den **GKG-Windkraftfonds** investieren.

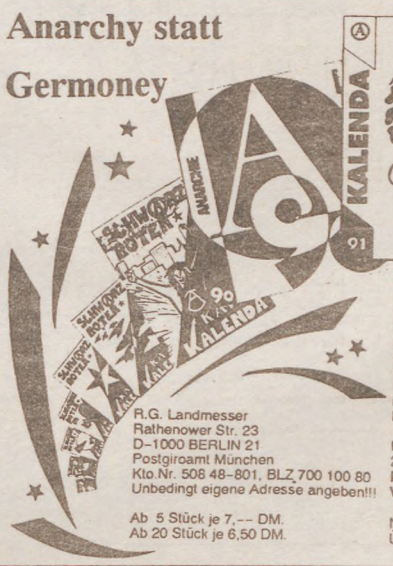
Mit dem Kapital des GKG-Windkraftfonds werden Windkraftanlagen in Norddeutschland auf Höfen mit biologisch-dynamischer Anbauweise, in einem niederländischen Windpark und in einer Gemeinde in Sachsen-Anhalt gebaut.

Durch diesen Fonds tragen Sie dazu bei, den Anteil der regenerativen Energiequellen zu erhöhen, und Sie können eine Verzinsung von 5% auf Ihr Kapital erwarten.

Die GKG-Windkraftbroschüre und ausführliche Informationen erhalten Sie unter folgender Adresse – oder rufen Sie uns doch einfach an:

GEMEINNÜTZIGE-KREDIT-GARANTIEGENOSSENSCHAFT eG (GKG)
oder
GLS GEMEINSCHAFTSBANK eG
Oskar-Hoffmann-Str. 25 · 4630 Bochum 1
Tel. 02 34/376 53 · Fax 02 34/3138 83

Anarchy statt Germoney



R.G. Landmesser
Rathenower Str. 23
D-1000 BERLIN 21
Postgiroamt München
Kto.Nr. 508 48-801, BLZ 700 100 80
Unbedingt eigene Adresse angeben!!!

Ab 5 Stück je 7,-- DM.
Ab 20 Stück je 6,50 DM.

Für Menschen, die ein klein wenig phantasievolles Chaos dem ge- und verordneten Stumpfsinn vorziehen; für Kreuz- und QuerdenkerInnen mit Herz und Humor. Für Inspiration und gegen das Vergessen der Spätgeborenen. Für Grenzen-lose Freiheit in einer Welt des Friedens, Wohlstands, der Gleichberechtigung und ökologisch bewußten Lebensweise.

Hochwertige, stabile Bindung, 256 Seiten.
Preis 10.– DM incl. Porto und Verpackung.

Nur gegen Vorauskasse: Überweisung, Scheck, bar.

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

atom Nr. 33

Aus dem Inhalt

★ **»Entsorgungs«poker:** Gorleben, Konrad, Morsleben, Wismut

★ **Standorte:** Mühlheim-Kärlich, Euregio, Würgassen, THTR, Lingen

★ **High Noon am Golf:** Bundeswehr übt Ernstfall Ölinteressen des Westens Aufruf zur Desertation

★ **Alternative Parteien:** PDS für Linke wählbar(er als die Grünen)?

★ **Zur Diskussion:** Ökohorror, Tauschwerte, Langeweile

Weitere Themen auf den 68 starken Seiten: Atommülltransporte, Kriminalisierung, Herbstkonferenz ...

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis: DM 5,– Abo (5 Ausgaben): 30 DM

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

Mehr als 1000 Worte über unsere Leistungsfähigkeit zeigt Euch CONTRASTE*

TEXTLINE
Satz und Software Entwicklung
Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 73496

* CONTRASTE wird gesetzt und umbrochen mit PDP Textline 5

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint monatlich.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5, Petra Inden, ASH-Krebsmühle, ☎ (06171) 7 60 88; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; 3500 Kassel, Regina Engel, Kantstr. 10, ☎ (0561) 28 23 48; 6900 Heidelberg 1, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 1 34 02; 7053 Stetten, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031) 668 58 66; DDR, 8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (003751) 57 09 14

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 622 90 40; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9,
☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 1 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 1 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

AG SPAK

Genossenschaften in der DDR
Vom 15. bis 17.2.1991 führt der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK ein Seminar über Genossenschaften sowie Selbstverwaltungsbetriebe und -projekte in der DDR durch. Tagungsort ist Dresden. Anmeldung sofort bei Christian Peters, Schloßstr. 37, 1000 Berlin 19.

Fünfzehn Jahre Alternative Ökonomie im Film
Die Darstellung von Selbstverwaltungsansätzen und Genossenschaften im Film und Video hat nun schon eine lange Tradition. Diese Tradition aufzugreifen, indem inhaltliche und formale (aus filmerischer Sicht) Kriterien an solche Filme erarbeitet werden, um sie anschließend unter diesem Blickwinkel geschärfter zu betrachten, ist Ziel eines Seminars vom 8. bis 12.5.1991 in Bremen. Das Seminar beginnt am Mittwochabend um 20.30 Uhr mit der Klärung der organisatorischen Fragen und zum „Aufwärmen" mit einem Film. Der Donnerstag beginnt mit einem Referat über inhaltliche Kriterien, sprich welche Inhalte in Filmen über Alternative Ökonomie vermittelt werden müßten. Anschließend werden Filme gezeigt, die unter diesem Gesichtspunkt betrachtet und am Abend intensiv diskutiert werden.
Am zweiten Tag liegt der Schwerpunkt auf den filmerischen-künstlerischen Mitteln, mit denen solche Filme umgesetzt werden müßten. Begonnen wird mit einem Referat dazu. Zu den vermittelten Kriterien werden anschließend Filme gezeigt, die wieder am Abend anhand dieser Kriterien zu diskutieren sind. Der Samstag und der Sonntag dient zur Planung des Sommerseminars Alternative Ökonomie des TAK AÖs 1991 vom 26.7. bis 4.8.1991 in dem Tagungshaus Läufertsmühle in Neckargerach. Anmeldung und Organisation des Seminars liegen bei Bernd Scheda, Sielpfad 27, 2800 Bremen.

ISO

Kollektives Management: Was tun I
Das kennt jede(r): Mit großem Engagement setzt mensch sich zusammen, beginnt ein Projekt, gründet einen Betrieb. Aber schon nach kurzer Zeit wird es schwierig – Arbeiten werden doppelt erledigt – Besprechungen werden endlos – Beschlüsse werden nicht eingehalten – einige werden zu MacherInnen.
Dabei ist eine gut funktionierende Teamarbeit jeder hierarchischen Arbeitsorganisation weit überlegen. In diesem Wochenendseminar könnt Ihr Eure Teamfähigkeit verbessern. Ausgehend von konkreten Arbeitsaufträgen werdet Ihr Methoden zur effektiven Teamarbeit erarbeiten. Ihr werdet lernen, Eure Fähigkeiten und die der anderen optimal für gemeinsame Ziele inzusetzen. Alle Aufgaben sind im gleichberechtigten Team zu lösen.
TeilnehmerInnenbeitrag: 180 DM zzgl. Übernachtung u. Verpflegung
Termin: 8. bis 10.3.1991 in Linsengericht (Hessen)
Teamerin: Martina Pauli, ISO
Anmeldegebühr: 50 DM

Visualisierungstechniken: Was tun 3
In vielen Sitzungen, Besprechungen und Versammlungen werden seitenweise Papiere verteilt, umfangreiche Protokolle angefertigt, die dann ungelesen abgelegt werden oder gleich im Papierkorb landen.
In diesem Seminar könnt Ihr Eure Fähigkeiten erweitern, um mit neuen Visualisierungstechniken:
* Sitzungen intensiver vorzubereiten,
* den Sitzungsverlauf übersichtlich zu dokumentieren,
* Entwicklungen und Planungen gezielt voranzubringen.

TeilnehmerInnenbeitrag: 100 DM zzgl. Übernachtung u. Verpflegung
Termin: 28. bis 29.4.1991 in Frankfurt
Teamerin: Martina Pauli, ISO
Anmeldegebühr: 50 DM

Grundkurs: Buchführung
Qualifizierte Kaufleute finden sich selten in sozialen Projekten. So bleibt die Buchführung oft MitarbeiterInnen überlassen, die dafür nicht ausgebildet sind. In 30 Stunden an 5 Tagen könnt Ihr Eure Kenntnisse vervollständigen und systematisieren. Vorträge und Übungen sollen Euch die nötige Sicherheit für die alltäglichen Buchführungsaufgaben verschaffen.
Die Inhalte werden sich an Euren praktischen Bedürfnissen orientieren: Belegorganisation, Verbuchung einfacher Geschäftsvorfälle, Einnahmen-Ausgaben-Rechnung. Grundlagen der doppelten Buchführung, Organisation der Buchführung, wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, Steuern.
TeilnehmerInnenbeitrag: 250 DM *zzgl. Übernachtung u. Verpflegung*
Termin: 18. bis 23.2.1991 oder 4. bis 9.3.1991 in Frankfurt
Teamer: Uwe Kirchbach, ISO
Anmeldegebühr: 50 DM

Freie MitarbeiterInnen und Honorarkräfte
Vielgeliebt und oft falsch gestaltet ist die Abgeltung von Leistungen durch Honorare.
Wann sind Honorarverträge zulässig und wie werden sie richtig gestaltet, damit sie zu der gewünschten Abgabenfreiheit führen?
TeilnehmerInnenbeitrag: 50 DM
Termin: 11.3.1991 in Frankfurt von 10-18 Uhr
Teamer: Uwe Kirchbach, ISO

Netzwerk zur kulturellen und sozialen Selbsthlfe e.V.
Der Köder muß dem Fisch schmekken...
...nicht dem Angler
Konzepte, Ideen und praktische Tips zur Öffentlichkeitsarbeit von SV-Betrieben und Verbänden.
Für das Wochenendseminar vom 15. bis 17. März 1991 in Marburg haben wir kompetente Teamer eingeladen, die uns darin schulen werden, wie wir unsere vielfältigen Aktivitäten zur Vernetzung und Dienstleistung in der Öffentlichkeit wirksam darstellen können.
TeilnehmerInnenbeitrag: 150 DM zzgl. Übernachtung u. Verpflegung
Termin: 15. bis 17.3.1991, Altes Amtsgericht, Marburg-Fronhausen
Seminarteam: Victor Malsy und N.N. (Praxisinstitut Bremen)
Anmeldegebühr: 150 DM
Anmeldung: bis 25.2.1991
Kooperation: Netzwerk/ISO/Paritätisches Bildungswerk

Anmeldung & Information:
Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung e.V.
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt/Main
☎ (069) 738 18 33

MÜNSTER

Soziales Management
Diese Fortbildung richtet sich an MitarbeiterInnen in:
- Einrichtungen der Sozial- und Kulturarbeit
- selbstverwalteten Betrieben
- alternativen Projekten und
- Politischen Initiativen.

Anmeldung & Information:
Projektwerkstatt Bildungswerk
Achtermannstr. 10-12
4400 Münster
☎ *(0251) 51 11 77*
Beginn: März 1991

INNOVA

Theorie und Praxis der genossenschaftlichen Selbsthilfe – die vergessene Rechtsform. Innova – Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. führt sein bewährtes Existenzgründungsseminar für Genossenschaften durch.
Termin: 22. bis 24. März 1991 in Hattingen
Anmeldung: Innova
Am Hofgarten 20
5300 Bonn 1

NETZPLAN

Bilanzanalyse: ein Instrument der Unternehmenssteuerung und -beurteilung
Kennzahlen erstellen und auswerten, mit Demonstrationen am Personalcomputer.
Termin: 13. März 1991, 19.30 Uhr
Leitung: W. Stark (Bankbetr.w.)
Teilnahmebeitrag: 40 DM

PC-Einsatz im Kleinstbetrieb
Die wichtigsten Verwaltungsfunktionen im Betrieb werden in diesem Bausteinseminar erarbeitet: (Kosten-)kalkulation (123), Textverarbeitung (Word) und ein Tag Betriebssystem DOS.
Neuer Termin: 15. bis 19. April 1991
Leitung: Peter Golle (Dipl. Oec.)
Teilnahmebeitrag: 400 DM, Einzeltag 100 DM.

Infos & Anmeldung bei
NETZplan eG
z. Hd. M. Wirtz-Miller
Schaezlerstr. 17
8900 Augsburg
☎ (0821) 51 54 03

NIEDERKAUFUNGEN

Leben in der Kommune
An diesem Wochenende soll es um die Vorstellungen vom zusammen Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen gehen.
Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Kommune u.a. mit
- Gemeinsamer Ökonomie, d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden
- gemeinsame Veratwortung füreinander, *was die gemeinsame Verantwortung* für Kinder miteinschließt
- Alltagsleben/Alltagorganisation mit 50 Menschen.

Es wird Gelegenheit sein, zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Termin: 22. bis 24. März 1991
Teilnahmebeitrag: 90 DM
Anmeldung & Information:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Kirchweg 1
3504 Kaufungen

FRAUEN

Buchführungskurs
Sicher gibt es nur wenige Frauen, die gerne oder mit Begeisterung Buchführung machen und Bilanzen lesen, aber es ist auch nicht notwendig, die Buchführung zum großen unangenehmen Rätsel zu stilisieren. Es kann auch Spaß machen!
Diese Woche ist für Frauen, die die Buchführung ihres Betriebes/Projektes selber machen (wollen), und auch für solche Frauen, die es endlich mal besser verstehen wollen, was es mit den Zahlen auf sich hat, die die Steuerberaterin regelmäßig vorlegt.
Wir werden uns mit den gesetzlichen Anforderungen an die Buchführung und den verschiedenen Buchführungssystemen beschäftigen, an Beispielen das Prinzip Belege-sammelns und Verbuchen einfacher Geschäftsvorfälle üben; wir werden die betriebswirtschaftliche Auswertung der Steuerberaterin studieren und verschiedene Bilanzen lesen lernen. Auch soll ein Überblick über die notwendigen Arbeiten der Personalbuchführung gegeben werden, z.B. das Anmelden von Angestellten, Lohn und Gehaltsabrechnung, das Abführen der Krankenkassenbeiträge und der Lohnsteuer.
Wenn Ihr Lust habt, feiern wir in den 8. März hinein.
Bildungsurlaub So., 3.3.91 bis Fr., 8.3.91
Kosten: 290 bis 350 DM
Anmeldung:
Frauenbildungshaus
Zum Osteresch 1
4447 Hopsten-Schale
☎ (05457) 15 13

EUROPA

SALENCINA

Europa sehen wir anders
Projekte in Ost und West
Seminarwochenende der Stiftung Salencina, Maloja (Schweiz)
vom 11. bis 18. Mai 1991
- Analyse und Perspektive der Veränderungen in Europa
- Ein anderes Europa – das Europa der Projekte in Ost und West

Wir wollen uns mit den jüngsten Ereignissen und Veränderungen auseinandersetzen. Der Schwerpunkt liegt weniger auf dem europäischen Integrationsprozeß (EG 92) als auf den Veränderungen in Osteuropa. Die globale Dimension dieser Prozesse schließt für uns die Frage ein: Was heißt das alles für die sog. 3. Welt?
Welche Utopien/Gegenstrategien bleiben angesichts der laufenden Entwicklungen? Ansatzpunkt für diesen Teil ist unser Projektalltag. Wie gehen wir im konkret Praktischen voran mit den gewonnenen allgemeinen Erkenntnissen. Wir wollen die verschiedensten selbstbestimmten Projekte aus Europa (Ost und West) zusammenbringen und Ideen/Strategien austauschen. Einladen wollen wir Projekte aus den Bereichen Wohnen, Arbeit/Produktion und Handel. Konferenzsprache ist Deutsch.
Für Detailprogramm/Information:
Salencina, Orden Dent
7516 Maloja/Schweiz
☎ (082) 4 32 39
Wir suchen noch weitere Kontakte zu Projekten in Ungarn, Polen, CSFR.
Wer weiß was und informiert uns?

RADIO

LORA MÜNCHEN

Radio zwischen Kunst und Handwerk
25. bis 28. März 1991 in der Vollmar Akademie Kochel.
Das Seminar stellt unterschiedliche Sendeformen in Hörbeispielen vor. Mit eingeladenen PraktikerInnen wird das berufliche Umfeld beleuchtet: Produktionsbedingungen / Politische Konfrontationen / Finanzielle Probleme / Feedback.
Gebühr: 60 DM für Unterkunft & Verpflegung.
Anmeldung & Information:
LORA München e.V.
Schwanthaler Str. 76
8000 München 2

AGRARPOLITIK

Perspektiven einer ökologischen Landwirtschaft, Ernährungund Vermarktung im »neuen« Deutschland
Welchen Beitrag können EVG's zur Umgestaltung leisten?
9. Jahrestagung der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften vom 21. bis 24 Februar 1991 in der Jugendbildungsstätte Lidice-Haus, Bremen.
Kosten: 85,- DM, Fahrtkostenerstattung auf 50% Basis DB 2. Klasse
Anmeldung & Information:
Ev. Jugendbildungsstätte Asel
z. Hd. Hannelore Köhler
Zum Freizeitheim 3
2944 Wittmund-Asel
☎ (04462) 52 89

SONSTIGES

LERNWERKSTATT

Wahrheit und Wirklichkeit: 8-tägiges Exerzitium, spirituelles Reinigungstraining mit **Karl Scherer** (Intuitives Atmen, Enlightenment Intensive, Gehmeditationen), 20.-28.2.91, 950,- DM/ 1.100,- DM;
Logik der Seele: 10-tägiges intensives Retreat um Körper, Verstand, Seele, Geist und Wesen; inspiriert von der Sufi-Tradition, mit Atemübungen, Leitung: **Stefan Makowski, Rudolf Bahro;** 1.-10.3.91, 550,-DM/700,- DM; Preise nach Selbsteinschätzung incl. UK + VV;
Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51

TAGUNGSHÄUSER

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch *Plätze frei! Wir bieten insgesamt 27 Bet*ten (2-, 3, 4-Bett-Zimmer), Vollverpflegung mit vegetarischer Vollwertkost, wunderschönen festlich-meditativen Tagungsraum (80qm), Sauna.
Haus in kleinem Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrliche Landschaft. 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Saarbrükken, Pfm.
Eigenes Seminarprogramm über die Grundlagen ökologischer Politik (Rudolf Bahro).
Info & Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51

ÖKOLOGIE

Ökologische Zerstörung in Afrika und alternative Strategien
Tagung vom 7. bis 9. März 1991 in Bremen. Veranstalter: Informationszentrum Afrika, Bremen und Buntstift e.V., Göttingen
Information & Anmeldung:
Informationszentrum Afrika
Friesenstr. 29
2800 Bremen 1
☎ (0421) 70 12 40

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

Fortbildungen der G.I.B. 1991

Die Landesberatungsgesellschaft NRW (G.I.B.) bietet 1991 die unten aufgeführten Fortbildungsveranstaltungen an.
Zielgruppe der G.I.B. sind in erster Linie ExistenzgründerInnen, Betriebe mit demokratischen Entscheidungsstrukturen und / oder ökologisch sinnvollen Produkten sowie öffentlich finanzierte Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte.
Informationen erhalten Sie bei der Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen (G.I.B.), Essener Str. 225, 4250 Bottrop.
☎ Fax: (02041) 6 70 10

Projektmanagement
Betriebliches Management
Instrumente ökonomischer Betriebsführung
Instrumente ökonomischen Handelns in sozialen Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten
Organisation und Kommunikation in Betrieben
Verkaufen – aber wie?
Konferenzen erfolgreich gestalten
Kommunale Arbeitsmarktinitiativen
Marketing in der betrieblichen Praxis
Moderation in der betrieblichen Praxis
Moderation als Beratungsmethode
Moderation II / Erweiterung des Methodenbestandes
Organisationsdiagnose
Organisationsdiagnose II
Fragen stellen in der Organisationsbeartung
Systematische Beratung (Jahresgruppe)